

AUSLANDSINFORMATIONEN



Mehr als nur Zuschauer?

JUGEND UND POLITIK

AUSLANDSINFORMATIONEN

4 | 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

wer in den vergangenen Jahren in Deutschland die öffentliche Debatte über Jugend und Politik verfolgte, konnte den Eindruck einer Generation gewinnen, die zunehmend engagiert ihre Interessen vertritt und gleichzeitig das Gefühl vermittelt, mit den eigenen Anliegen nicht angemessen gehört zu werden. Und die vor allem ein Thema umtreibt: der Klimawandel. Klimastreiks und die Fridays for Future-Bewegung bestimmten spätestens seit 2019 weitgehend das Bild von „der Jugend“ in Deutschland. Aber wie belastbar ist dieser Eindruck? Die Bundestagswahl im September 2021 jedenfalls ließ gewisse Risse in diesem Bild entstehen, hatten sich doch ebenso viele Erstwähler für die Liberalen entschieden wie für die Grünen, den vermeintlich „natürlichen“ Favoriten.

Wenn wir also schon in Deutschland kaum von einer Generation mit homogenen Interessen ausgehen können, so wird das Panorama beim Blick über Deutschland und Europa hinaus noch vielfältiger. Die Wünsche und Prioritäten, das gesellschaftliche Umfeld und die politischen Beteiligungschancen junger Menschen unterscheiden sich teilweise erheblich. Während Jugendliche in der westlichen Welt frei für ihre Interessen demonstrieren können, kann sie dies in anderen Ländern ihre Freiheit oder sogar ihr Leben kosten. Können sich junge Menschen in den wohlhabenderen Nationen auch deshalb mit wichtigen und grundlegenden Zukunftsfragen beschäftigen, weil die eigenen materiellen Bedürfnisse in der Gegenwart in den meisten Fällen gedeckt sind, prägen Sorgen um das eigene finanzielle Auskommen und das ihrer Familien andernorts das alltägliche Leben vieler ihrer Altersgenossen. Und wird in Deutschland über eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch wegen der zahlenmäßigen Überlegenheit älterer Wähler diskutiert, stellen junge Menschen in Subsahara-Afrika die Mehrheit der Bevölkerung.

Und doch lassen sich über Grenzen hinweg auch Gemeinsamkeiten finden: Politisches Interesse und Einsatzwille auf der einen Seite, Distanz zu den traditionellen Institutionen wie Parteien auf der anderen – dieses gemeinsame Charakteristikum der jungen Generation etwa stellen Elisabeth Hoffmann, Florian Karner, Katharina Hopp, Alina Reiß, Sebastian Grundberger, Thomas Schaumberg und Laura Rubio beim Blick auf Westafrika, Südostasien und Lateinamerika heraus. Sie zeigen auf, dass Probleme wie Korruption, fehlende Jobchancen und – gerade in Pandemiezeiten – die Gesundheit der Angehörigen viele Jugendliche beschäftigen. Den Klimawandel erkennen viele zwar als international zu lösende Herausforderung durchaus an, aber „Klimastreiks und ähnliche Aktionen sind [...] bestenfalls ein Randphänomen in wirtschaftlich besser gestellten Gegenden“, wie unsere Autoren schreiben.

Etwa ein Viertel der jungen Menschen weltweit ist von Gewaltkonflikten betroffen. Andrea Ellen Ostheimer zeichnet in ihrem Beitrag nach, wie sich bei den Vereinten Nationen der Diskurs zur Rolle Jugendlicher in Konflikten im Laufe der vergangenen Jahre gewandelt hat und dabei vermehrt den positiven Beitrag der Jugend bei der Konfliktvorbeugung und -mediation in den Mittelpunkt stellt.

Der israelisch-palästinensische Konflikt wiederum prägt den Alltag junger Menschen in den palästinensischen Gebieten. Steven Höfner und Alena Jabarine schildern die Situation einer Generation, die unter der Doppelbelastung aus israelischer Besatzung und dem verkrusteten

Autoritarismus von Fatah und Hamas leidet und versucht, eine gemeinsame Stimme zu finden – nicht zuletzt mit Hilfe digitaler Mittel.

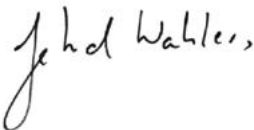
„Gefürchtet und umgarnt zugleich“ wird die junge Generation in Subsahara-Afrika, so Benno Mühler und Anna Reismann. Schon die schiere Zahl junger Menschen – unter ihnen viele potenzielle Wähler – sorgt dafür, dass die Jugend zumindest vor den Urnengängen regelmäßig umworben wird. In der Praxis aber bleibt die Jugendpolitik vieler Staaten und auch der Afrikanischen Union von der Lebenswirklichkeit der Adressaten oft weit entfernt. Speziell auf Nigeria blickt Vladimir Kreck und analysiert, wie in dem bevölkerungsreichsten Land des Kontinents junge Menschen durch rechtliche, kulturelle und wirtschaftliche Schranken von politischer Teilhabe ferngehalten werden.

Einen Fokus auf Bildungs- und Berufschancen junger Menschen legen Kevin Oswald und Luiz Gustavo Carlos. Strukturelle Chancenungleichheit führt dazu, dass in Brasilien eine „Generation Weder-Noch“ heranwächst, die zu einem viel zu großen Teil weder eine Ausbildung noch einen Arbeitsplatz bekommt – eine Situation, auf die frühere linke Regierungen genauso wenig wie die heutige Regierung Bolsonaro eine nachhaltige Antwort gefunden haben.

Schließlich doch noch einmal der Blick nach Europa: Um junge Menschen auf beiden Seiten des Rheins für die deutsch-französische Partnerschaft zu begeistern, haben die Studenten Hugo Leclerc und Jannis Stöter im Frühjahr 2021 den Thinktank La DenkFabrik gegründet. Mit den Auslandsinformationen sprachen die beiden über ihr Projekt, den Zustand der deutsch-französischen Partnerschaft und darüber, wie Jugendliche auf dem Alten Kontinent stärker in den europäischen Integrationsprozess einbezogen werden können.

Junge Menschen wollen weltweit etwas bewegen. Auf die Frage, was genau ihnen dabei wichtig ist und auf welche Hürden sie treffen, gibt es jedoch keine einheitlichen Antworten. Das machen die Beiträge dieser Ausgabe der Auslandsinformationen deutlich. Und: Der in der deutschen Debatte oft beschworene Gegensatz zwischen Jung und Alt erscheint bei der Betrachtung vieler Themen, die Jugendliche rund um den Globus beschäftigen, irreführend. Frieden, demokratische Teilhabe, eine Wirtschaft, die auf Leistung und fairen Chancen beruht statt auf Korruption: Hier dürften sich die Ziele junger Menschen mit den Wünschen weiter Teile der jeweiligen Gesellschaften decken.

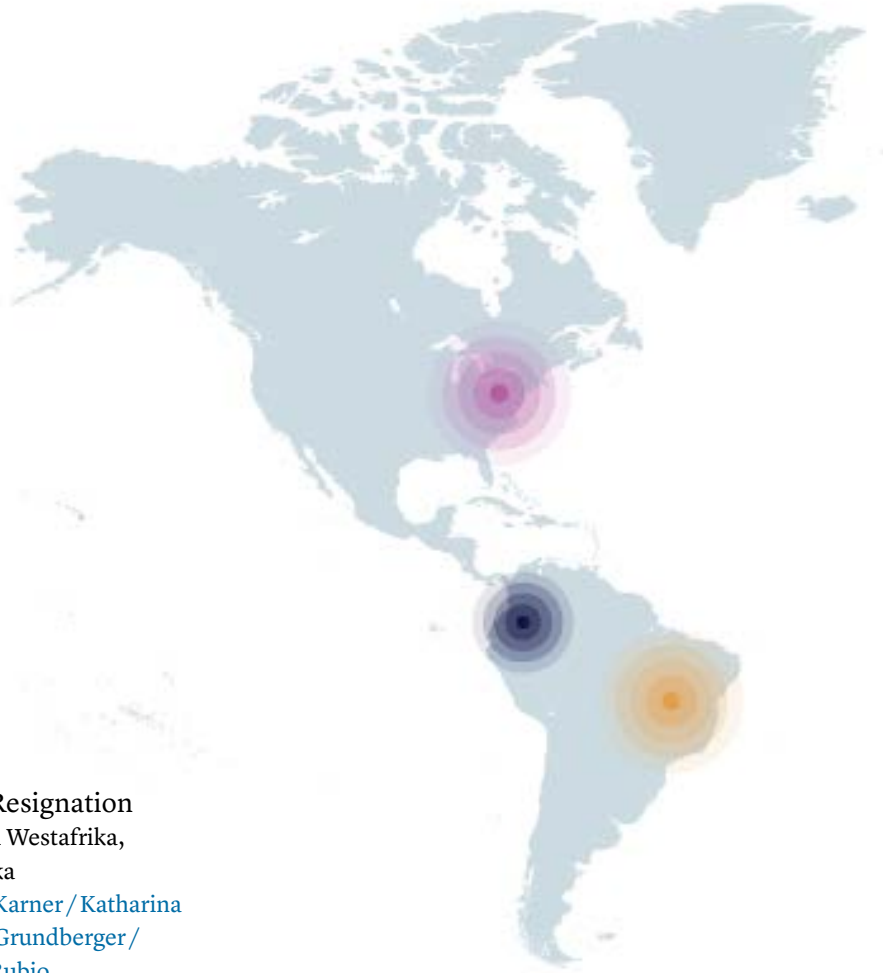
Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr


Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

Mehr als nur Zuschauer?

Jugend und Politik



6 ●

Zwischen Hoffnung und Resignation
Junge Menschen und Politik in Westafrika,
Südostasien und Lateinamerika

[Elisabeth Hoffmann](#) / [Florian Karner](#) / [Katharina Hopp](#) / [Alina Reiß](#) / [Sebastian Grundberger](#) /
[Thomas Schaumberg](#) / [Laura Rubio](#)

23 ●

Die Youth, Peace and Security Agenda
im Kontext der Vereinten Nationen
Eine Stärkung der positiven Rolle der Jugend in
Friedensprozessen

[Andrea Ellen Ostheimer](#)

37 ●

Geteilt und doch geeint
Die palästinensische Jugend in einer
widersprüchlichen Realität

[Steven Höfner](#) / [Alena Jabarine](#)

49 ●

Gefürchtet und umgarnt zugleich
Die Jugend im Blickpunkt der
afrikanischen Politik

[Anna Reismann](#) / [Benno Müchler](#)

58 ●

Alte Herrscher, junges Volk
Nigerias Jugend wird von politischer
Teilhabe ausgeschlossen

[Vladimir Kreck](#)



69 ●

Die „Generation Weder-Noch“ in der Sackgasse?

Auswirkungen von sozialer Ungleichheit und
der Coronapandemie auf die brasilianische
Jugend

Luiz Gustavo Carlos / Kevin Oswald

79 ●

Im Gespräch

Treibstoff des europäischen Motors

Was bedeutet die deutsch-französische
Partnerschaft für junge Menschen beiderseits
des Rheins?

Ein Gespräch mit Hugo Leclerc und
Jannis Stöter

WEITERE THEMEN

90 ●

Zwischenruf

Tun, was man für richtig hält

Die neue Bundesregierung muss die Lücke
zwischen Anspruch und Wirklichkeit in ihrem
Außenhandeln schließen

Frank Priess



Quelle: © Adriana Loureiro, Reuters.

Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Zwischen Hoffnung und Resignation

Junge Menschen und Politik in Westafrika, Südostasien und Lateinamerika

Elisabeth Hoffmann / Florian Karner / Katharina Hopp / Alina Reiß / Sebastian Grundberger /
Thomas Schaumberg / Laura Rubio

Rund um den Erdball – in Ländern mit und ohne demokratisch gewählte Regierungen – gehen junge Menschen für ihre Themen auf die Straße und fordern Veränderungen. Je nach Region prägen dabei unterschiedliche Erfahrungshorizonte ihr Bild von Politik und Gesellschaft. Welche Themen aber bewegen Jugendliche konkret? Ein Blick nach Westafrika, Südostasien und Lateinamerika.

„Die gegenwärtige junge Generation formuliert wieder nachdrücklicher eigene Ansprüche hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft und fordert, dass bereits heute die dafür erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen werden. Als zukunftsrelevante Themen haben vor allem Umweltschutz und Klimawandel erheblich an Bedeutung gewonnen.“ Diese Ausführungen stammen aus einer Zusammenfassung der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 – und beziehen sich somit auf Deutschland. Bei hiesigen Jugendlichen stehen demnach Umweltschutz und Klimawandel „im Mittelpunkt der Forderung nach mehr Mitsprache und der Handlungsaufforderung an Politik und Gesellschaft“. Insgesamt kennzeichnet die junge Generation eine „pragmatische Grundorientierung“, sie ist leistungsorientiert und überwiegend zufrieden mit der Demokratie.¹ Dieser grundsätzlichen Zufriedenheit mit der Demokratie steht allerdings eine Distanz zu den diese maßgeblich tragenden politischen Parteien gegenüber. Laut einer Umfrage der Generationen Stiftung aus dem Jahr 2021 fühlten sich vor der Bundestagswahl rund 54 Prozent der jungen Befragten von keiner der antretenden Parteien vertreten. Sogar mehr als 83 Prozent gaben an, die Regierung habe ihre Anliegen trotz vielfältiger Proteste in den vergangenen Jahren ignoriert.²

Wie aber sieht es in anderen Weltregionen aus? Welche Anliegen formulieren Jugendliche, welche Ziele? Wie schätzen sie ihre Perspektiven ein? Und auf welche Weise prägen die politischen und sozioökonomischen Umstände, die sich je nach Region und Land teilweise gravierend

unterscheiden, die Einstellungen und Ambitionen junger Menschen?

Der vorliegende Beitrag nimmt drei Regionen in den Blick, in denen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Regionalprogramme mit einem Schwerpunkt auf politischem Dialog und nicht zuletzt der Förderung von politischem Nachwuchs unterhält: Westafrika, Südostasien und Lateinamerika. Er bezieht sich unter anderem auf nichtrepräsentative Umfragen, die von diesen Programmen in der jeweiligen Region unter jungen Menschen durchgeführt wurden. Dabei zeigt sich ein vielschichtiges Bild: Während der Wille zu politischem Engagement bei vielen durchaus gegeben ist, führen die politischen Gegebenheiten oft zu Resignation – oder zu Protest. Das Vertrauen in Parteien und politische Institutionen ist vielfach erschüttert. In Südostasien etwa ist ein Großteil der Umfrageteilnehmer unzufrieden mit dem Regierungssystem. In Westafrika, wo bereits die Nähe zu klassischen Politikern als rufschädigend gilt, gehen viele junge Menschen in die innere und äußere Emigration, die gut Gebildeten gehen am seltensten zu Wahlen – gänzlich anders als etwa in Deutschland, wo bei der Bundestagswahl 2017 87 Prozent mit hohem Bildungsniveau, aber nur 64 Prozent mit niedrigerem ihre Stimme abgaben.³

Und doch sind junge Menschen in den betrachteten Regionen trotz teils deutlich widrigerer Umstände als in Deutschland auch Motor der Veränderung: Sie interessieren sich zwar wenig für Parteien, aber doch stark für Politik. In Lateinamerika und Südostasien geht die Jugend auf die Straße. Sie protestiert, je nach Land,

gegen Korruption, Einparteiensysteme, Militärcoups, fahrlässige COVID-19-Politik, gegen Armut, Hunger und Drogenhandel. Und die Proteste zeigen durchaus Wirkung und schieben mancherorts tiefgreifende Veränderungsprozesse an: In Chile etwa initiierten sie einen neuen Verfassungsprozess. Der Klimawandel spielt für junge Menschen – zumindest im nationalen Kontext – in den drei Vergleichsgebieten dagegen kaum eine Rolle, Fragen nach politischer und wirtschaftlicher Stabilität dominieren. Der Klimawandel gilt als verursacht durch westliche Industrienationen.

Corona ist ein sehr wichtiges Thema für die junge Generation und bereitet große Sorgen. Viele junge Menschen in den untersuchten Regionen haben Angst vor Armut und Hunger, dem Sterben von Familienangehörigen und dem Anstieg von Arbeitslosigkeit. Im Folgenden werden die für die drei ausgewählten Regionen gewonnenen Erkenntnisse ausführlicher dargelegt.

„Jung“ und „afrikanisch“ – ein Pleonasmus

Während die Begriffsbestimmung eines „jungen Menschen“ in Deutschland Jugendliche zwischen 14 und einschließlich 17 bzw. – je nach Definition – Personen unter 27 Jahren umfasst,⁴ ist die Begriffsbestimmung im afrikanischen Kontext weiter gefasst. Die Afrikanische Charta der Jugend⁵ legt eine Altersspanne zwischen 15 und 35 Jahren fest. Die Altersgruppe unter 35 Jahren macht heute etwa 77 Prozent der afrikanischen Bevölkerung insgesamt aus, die sich wiederum bis zum Jahr 2050 auf 2,4 Milliarden nahezu verdoppeln soll.⁶ Allerdings variieren die Konturen der Jugend im (west-) afrikanischen Raum stark nach sozialem Kontext und den tatsächlichen Umständen. So ist es keine Seltenheit, dass sich Mitglieder politischer Parteien mit 40 bis 50 Jahren noch zu den Jugendverbänden zählen oder ein unverheirateter 40-Jähriger noch im Elternhaus wohnt. 60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer im Folgenden näher erläuterten Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung verbinden den Übergang hin zum Erwachsenwerden mit finanzieller Unabhängigkeit bzw. einer geregelten

und vergüteten Tätigkeit. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit erfolgt eine Emanzipierung vom familiären Umfeld entsprechend spät: 49 Prozent wohnen nach wie vor im Haushalt der Familie.

72 Prozent der befragten jungen Menschen befinden sich aktuell auf der Suche nach einer Arbeitsstelle.

Für diese Studie⁷ des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden vom Marktforschungsunternehmen LOOKA 2.000 junge Menschen aus Côte d'Ivoire, Guinea, Benin und Togo im Alter von 18 bis 35 Jahren befragt. Die Studie ergab vielfältige Einblicke in deren Ambitionen und Sichtweisen. Ihre Ergebnisse werden hier abgerundet und ergänzt durch qualitative Befragungen afrikanischer Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Region Westafrika und in Deutschland.

Persönliche Prioritäten: Bildung, Jobs und materielle Sicherheit

Trotz Unzufriedenheit mit dem Bildungssektor, der als zu unflexibel wahrgenommen wird und dessen Curricula sich oftmals zu wenig an den tatsächlich nachgefragten Kompetenzen des Arbeitsmarktes orientieren, hat sich der Bildungsstand in der Region über die Jahre langsam, aber stetig verbessert. So ist beispielsweise der Anteil junger Ivorerinnen und Ivorer, die die höhere Sekundarstufe besuchen, von 25 Prozent (2014) auf 34 Prozent (2019) angestiegen und der Anteil derjenigen, die studieren, hat sich von 8,2 Prozent (2013) auf immerhin 10 Prozent (2019) erhöht.⁸ In einer immer besser ausgebildeten jungen Bevölkerung steigen die Ambitionen und die Verbesserung der persönlichen wirtschaftlichen Situation ist prioritär. Der nationalen und regionalen Wirtschaftspolitik fehlt es indessen noch an geeigneten Ansätzen, private Investitionen zu fördern und durch entsprechende Rahmenbedingungen wirkungsvoll zu begleiten,





Und was kommt nach dem Abschluss? Das Bildungsniveau junger Menschen in Westafrika hat sich zuletzt merklich erhöht. Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bleiben für viele dennoch unsicher. *Quelle: © Afolabi Sotunde, Reuters.*

um im Ergebnis den Industrialisierungsgrad zu erhöhen und die große Masse an Schulabsolventinnen und -absolventen in den Arbeitsmarkt aufnehmen zu können. Laut der KAS-Umfrage befinden sich 72 Prozent der befragten jungen Menschen aktuell auf der Suche nach einer Arbeitsstelle, knapp ein Drittel kann sich vorstellen, den afrikanischen Kontinent hinter sich zu lassen. Je höher der Ausbildungsgrad, desto stärker die Bereitschaft, das eigene Land aus ökonomischen Gründen zu verlassen – in West- und Zentralafrika ist die Tendenz etwas ausgeprägter als im östlichen und südlichen Teil des Kontinents.⁹ Diese mögliche Talentabwanderung kann mittel- und langfristig erhebliche volkswirtschaftliche Verluste bedeuten. Verstärkt wird dieser Trend auch von der Verantwortung junger Menschen gegenüber der Verwandtschaft: Sechs von zehn Befragten gaben an, ihre (Groß-)Familie finanziell zu unterstützen.

Die Attraktivität internationaler Organisationen als Arbeitgeber, insbesondere für gut ausgebildete Fachkräfte bzw. Universitätsabsolventen, ist entsprechend hoch und die Tendenz geht nach wie vor deutlich zu staatlich bzw. institutionell abgesicherten Jobs und weniger zu einem Engagement in der freien Wirtschaft, das mit beruflicher Unsicherheit verbunden wird. Bei denen, die sich doch für den Weg des Unternehmertums entscheiden, handelt es sich vorwiegend um junge Männer im Landwirtschafts- und Tourismussektor. Der Anteil an registrierten kleinen und mittleren Unternehmen ist über alle Wirtschaftssektoren hinweg gering, die Mittelschicht bislang wenig ausgeprägt. Eine eindeutige Mehrheit sieht ihre Bedürfnisse und Sorgen in der jeweiligen Politik ihrer Regierung oder politischen Klasse eher nicht berücksichtigt. Gleichwohl blicken die meisten Befragten optimistisch in die Zukunft. 85 Prozent sind

überzeugt, dass sich ihr Leben in ihrem Land in den nächsten zehn Jahren verbessern werde. Eine 2013 veröffentlichte Umfrage des Pew Research Center wies bereits in eine ähnliche Richtung, indem sie herausarbeitete, dass die Hälfte der befragten Afrikanerinnen und Afrikaner optimistisch in die Zukunft blickt und glaubt, die nächste Generation werde besser gestellt sein.¹⁰ Das mag überraschen, doch der Kontinent ist zu einem zunehmend wichtigen Absatzmarkt geworden, afrikanische Ökonomien befinden sich seit Jahren im Aufschwung. So lag das reale BIP-Wachstum für Westafrika vor der COVID-19-Pandemie bei 3,3 Prozent (2018), wobei unter anderem die Côte d'Ivoire und Benin deutlich hervorstechen und ein reales BIP-Wachstum von 7,4 Prozent bzw. 6 Prozent verzeichneten.¹¹ Auch wenn die langfristigen Folgen der COVID-19-Pandemie noch nicht vollkommen absehbar sind, so scheint sich die Entwicklung derzeit zu stabilisieren. Für 2021 und 2022 erwartet die Weltbank in West- und Zentralafrika immerhin ein Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent bzw. 3 Prozent.¹² Das hohe Bevölkerungswachstum führt zwar dazu, dass die Anzahl von in extremer Armut lebenden Menschen steigt, jedoch hat sich die Armutsrate in Afrika in den letzten Jahrzehnten stetig verringert.¹³

Wahlen bedeutend, aber wenig Vertrauen in politische Akteure

Eine deutliche Mehrheit der jungen Menschen informiert sich via Fernsehen über politische Vorgänge im Land (34 Prozent). Es folgen Facebook (20 Prozent) und Radiokanäle (19 Prozent). Politische Informationen, die aus dem Familienumfeld kommen, genießen ein vergleichsweise hohes Vertrauen – im Durchschnitt verlassen sich 31 Prozent auf derart vermittelte Informationen. Bei weniger gebildeten jungen Menschen beträgt dieser Anteil sogar 37 Prozent, während nur 18 Prozent der Universitätsabsolventinnen und -absolventen bei politischen Informationen in erster Linie auf Familienmitglieder vertrauen. Soziale Medienkanäle folgen als vertrauenswürdige Informationsquelle hier auf Rang zwei mit 21 Prozent, wobei Facebook (20 Prozent) sich

in Westafrika weit vor Whatsapp (8 Prozent) als wichtigste Plattform an der Spitze befindet. Nur 4 Prozent der Befragten informieren sich regelmäßig über online oder analog erscheinende Zeitungen.

Die Bedeutung von Wahlen bleibt für die junge Generation hoch. 77 Prozent geben an, schon einmal an nationalen Wahlen teilgenommen zu haben, 67 Prozent wollen dies auch in Zukunft tun, während sich 26 Prozent erst noch entscheiden wollen. 5 Prozent schließen eine Teilnahme aus. Die Umfrage bestätigt die Ergebnisse einer jüngst erschienenen Afrobarometer-Studie über die Jugend in der Côte d'Ivoire: je höher das Bildungsniveau, desto niedriger die Wahlbereitschaft. Während 60 Prozent der weniger gebildeten Befragten an der letzten Wahl teilgenommen haben, waren es unter den höher Gebildeten nur 41 Prozent.¹⁴ Die Gründe für dieses Ergebnis sind sicherlich komplex und lassen sich an dieser Stelle nicht umfassend erörtern. Es wäre jedoch naheliegend zu vermuten, dass höher gebildete junge Menschen strukturelle Gegebenheiten eher hinterfragen und angesichts der mangelnden Einhaltung demokratischer Prinzipien dazu tendieren, politischen Akteuren weniger zu vertrauen. Interessanterweise gaben unter den Befragten außerdem ein Viertel (26 Prozent) an, dass sie das Wahlalter von 18 Jahren für zu niedrig hielten.

32 Prozent der Befragten gaben an, niemals über Politik zu sprechen.

Spielraum für politische Diskussionen findet sich im Freundeskreis und etwas weniger in den Familien selbst. Auf lokaler und kommunaler Ebene wenden sich junge Menschen in erster Linie an den jeweiligen *chef du quartier*, wohl am ehesten mit einem Ortsvorsteher oder -sprecher zu vergleichen, um Probleme anzusprechen und zu lösen. Nur minimale Lösungskompetenz wird den gewählten Bürgermeistern und Abgeordneten zugetraut. Zwar kennt etwa die Hälfte der Befragten den Namen eines Parlamentariers,

89 Prozent geben jedoch an, nicht zu wissen, auf welche Weise sie einen Abgeordneten kontaktieren können. Deutliche Mehrheiten gäbe es für die Einbindung traditioneller oder religiöser Autoritäten in politische Entscheidungsprozesse – obwohl dies in manchen Ländern gesetzlich nicht zulässig ist. Dies lässt den Rückschluss zu, dass diese Akteure der alltäglichen Lebensrealität der jungen Bevölkerung näher sind und ein höheres Vertrauen genießen als gewählte politische Akteure. Bei der Exekutive scheint dieses Vertrauensdefizit noch nicht angekommen zu sein. So ernannte der ivoirische Präsident Alassane Ouattara kürzlich 14 neue Distriktgouverneure: 13 Männer, eine Frau, keine Person jünger als 50 Jahre. Unter dem Bild der neuen Amtsträger war zu lesen, dass sich der Präsident eine moderne und dezentralisierte Côte d'Ivoire wünsche, um die Entwicklung in den Regionen fernab der wirtschaftlichen Metropole Abidjan für die ivoirische Bevölkerung zu beschleunigen.

Die Bedrohung der Ernährungs-sicherheit taucht als zentrale Herausforderung für die gesamte westafrikanische Region auf.

Da wundert man sich nicht über die ernüchternde Tatsache, dass 32 Prozent der jungen Befragten angeben, niemals über Politik zu sprechen. Bei jungen Frauen ist diese Tendenz mit 40 Prozent besonders ausgeprägt. Bei vielen jungen Parteimitgliedern ist ein großer Unmut spürbar, der selten offen angesprochen wird. Denn an konstruktiven, transparenten Dialogprozessen innerhalb von Parteien, die auch die Interessen junger Menschen ernst nehmen, fehlt es. Indiz dafür ist auch, dass Jugendverbände häufig von Personen jenseits der 40 oder 50 Jahre angeführt werden. Nicht selten lassen sogar in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagierte junge Menschen in Gespräche einfließen, dass sie apolitisch seien, um jegliche Nähe zu klassischen Politikakteuren zu vermeiden.

An Gestaltungsinteresse für die Entwicklung des eigenen Landes mangelt es jedoch nicht, die Hälfte der Befragten – die alle aus den jeweiligen Hauptstädten bzw. aus Wirtschaftszentren stammen – gab an, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.

Bad Governance und Angst vor Ernährungsunsicherheit

Die Analysen derjenigen, die sich für Politik interessieren, weisen mit Blick auf die gesellschafts-politischen Herausforderungen überwiegend Gemeinsamkeiten auf. Neben den Sorgen aufgrund von Arbeitslosigkeit bzw. der schwierigen Suche nach geregelter Beschäftigung taucht der Aspekt der *bad governance*, der schlechten Regierungsführung, immer wieder auf. Das Vertrauen in staatliche Institutionen und Verwaltung ist gering ausgeprägt, insbesondere im Bildungsbereich. Die Einmischung des Militärs in die nationale Politik wird als problematisch, Korruption als systemisch und als zentrales Entwicklungshindernis wahrgenommen.

Die Bedrohung der Ernährungssicherheit taucht in zahlreichen Rückmeldungen der Befragten als zentrale Herausforderung sowohl für das jeweilige Land als auch für die gesamte westafrikanische Region auf. Die diesbezüglichen Sorgen nähren sich aus den erheblichen Abhängigkeiten des Kontinents im Warenverkehr und aus der bislang kaum entwickelten Versorgungsautonomie – trotz des Ressourcenreichtums in einer Region, wo große Teile der Gesellschaft als Kleinbauern ihr Überleben sichern. Die COVID-19-Pandemie hat diese Situation durch teilweise Grenzsicherungen für Menschen und Waren zugespitzt. Die endlich konkrete Umsetzung der Afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) oder auch Projekte wie der gemeinsame afrikanische Reisepass wurden von den jungen Menschen nicht als Lösungen für mehr Mobilität und Ernährungssicherheit durch Wirtschaftswachstum genannt. Dies mag an der Abstraktheit dieser politischen Vorhaben liegen, aber wohl auch am mangelnden Vertrauen in die Afrikanische Union (AU) und ihre 54 Mitgliedstaaten, die im Zusammenspiel für die Umsetzung und tatsächliche Anwendung



des Freihandelsabkommens zuständig zeichnen. Außenpolitisch schreiben junge Westafrikanerinnen und Westafrikaner mit Blick auf regionale oder internationale Organisationen lediglich der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und den Vereinten Nationen eine ausgeprägte Bedeutung zu. Die Erstgenannte hat allerdings zunehmend mit dem Ruf zu kämpfen, ein exklusiver Club der westafrikanischen Staatshäupter zu sein, aber in keinem Fall eine integrierende Struktur zugunsten der westafrikanischen Gesellschaften.

Die Frage der Ernährungssicherheit stellt eine thematische Brücke zum Klimawandel dar. Isoliert betrachtet räumen junge Westafrikanerinnen und Westafrikaner dem Klimaschutz keinen dezidierten Vorrang ein. Wenn es jedoch um

Wassermangel, Dürren und rückläufige Bewaldung geht, wird dies durchaus im Kontext des Klimawandels eingeordnet. Insbesondere die sich verändernden Trocken- und Regenzeiten sowie die Austrocknung von Seen werden auch von der breiten, landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung zunehmend wahrgenommen. So litt die im regionalen Vergleich infrastrukturell gut entwickelte Côte d'Ivoire 2021 unter heftigen Stromausfällen und Energieversorgungsproblemen, da der Wasserstand verschiedener Staudämme zur Energiegewinnung zu niedrig war. Die individuelle Ursachenforschung führt zu klaren Schlussfolgerungen – der Klimawandel sei Folge der Wirtschaftsentwicklung westlicher Staaten. Dort habe man ihn verursacht und müsse nun auch entsprechende Lösungen erarbeiten und finanzieren.



Riskanter Protest: Wenn junge Menschen in Myanmar gegen den Militärputsch oder (im Bild) in Thailand gegen eine verantwortungslose Coronapolitik auf die Straße gehen, müssen sie um Leib und Leben fürchten.
Quelle: © Cory Wright, Reuters.

Zeit häufen sich Anschläge, unter anderem auf Militärposten im Norden der Côte d'Ivoire. Als wichtigste außenpolitische Partner werden unter anderem die USA, Frankreich und China genannt, als bedeutende sicherheitspolitische Akteure kommen Russland sowie regionale Partner wie Nigeria, Burkina Faso und Niger hinzu.

Partei-, nicht politikverdrossen – junge Menschen in Südostasien

Mut und Motivation – diese Haltung prägt junge Menschen in Südostasien bei der Gestaltung ihrer Zukunft. Mit Blick auf die jungen Demonstrantinnen und Demonstranten, die gerade in Myanmar unerschrocken und mit langem Atem gegen den Militärcoup und im Nachbarland Thailand gegen die unzureichende COVID-19-Politik der Regierung protestieren, ist beides dringend gefragt. Doch auch in den anderen Ländern der Region herrscht diese Einstellung vor – dieser Eindruck basiert auf den vielfältigen Kontakten mit jungen Menschen im Rahmen der Arbeit des Politikdialogprogramms Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bestätigt werden die Beobachtungen unter anderem durch Ergebnisse einer nichtrepräsentativen Umfrage des Regionalprogramms unter mehr als 350 jungen Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren mit vornehmlich höherem Bildungsabschluss¹⁵ in Südostasien¹⁶.

Klimawandel und Korruption bereiten größte Sorgen

Doch nicht nur die Kritik an politischen Entwicklungen fordert Mut und Motivation, sondern auch die Beschäftigung mit den globalen Zukunftssorgen. Hier zeigt die Umfrage beim Thema Klimawandel Schnittmengen, aber auch unterschiedliche Akzentsetzungen zwischen Deutschland und Südostasien. Auch wenn nur ein Bruchteil aller Jugendlichen in Deutschland

Zunehmend sensibilisiert für das Thema Sicherheit

Dem Themenbereich Sicherheit begegnen junge Menschen aus (West-)Afrika zunehmend mit Interesse, aber auch mit Sorge. Das Begriffsverständnis ist ausgeprägt und umfasst die Komplexität des Sicherheitsbegriffs in seinen militärischen und gesellschaftlichen Facetten. Konkret nennen die Befragten die oft unzureichende Sicherung von Wahlen, die Proliferation von Waffen und Drogen, xenophobe Übergriffe oder auch ethnisch-religiöse Konflikte. Einzelne stellen eine Verbindung zum Tribalismus oder zur Armut als Hauptursache her. Ein aktueller Grund ist zudem der sich ausbreitende islamistische Terrorismus in der Sahel-Region, dessen verschiedene Gruppierungen zunehmend die Küstenländer am Golf von Guinea im Blick haben. In jüngster

aktiv an den Fridays for Future-Protestaktionen teilnahm, so stellen für sie laut der aktuellen Shell-Jugendstudie¹⁷ der Klimaschutz und die Umweltverschmutzung die zentralen Sorgen dar. Dies gilt in Deutschland für alle sozialen Schichten, wobei in den unteren Einkommensschichten wirtschaftliche Nöte weiterhin sehr präsent sind.¹⁸

Klimawandel als Herausforderung erfährt auf nationaler und internationaler Ebene eine je unterschiedliche Gewichtung.

Diese Sorge bestätigen die Befragten der Umfrage des Regionalprogramms in Südostasien: Der Klimawandel wird mit 65 Prozent als die größte Herausforderung bewertet, die es global zu bewältigen gilt. COVID-19 (59 Prozent) sowie Ungleichheit und Armut (jeweils rund 30 Prozent) schließen sich an. Die Frage nach den drei größten Herausforderungen auf nationaler Ebene verändert die Gewichtung. Im eigenen Land sehen nur noch 15 Prozent der Befragten den Klimawandel und die Umweltverschmutzung als eines der drei dringlichsten Themen. Erklärbar ist dies mit dem Verständnis des Klimawandels als ein länderübergreifendes Problem. Stattdessen ist auf nationaler Ebene Korruption die größte Herausforderung (50 Prozent). Dieses Ergebnis deckt sich mit den Zahlen anderer Studien.¹⁹ Dabei kann der Begriff Korruption in Südostasien verschiedene Dimensionen der unrechtmäßigen Vorteilsnahme einschließen, so auch staatliche Beamte, die ihre Befugnisse überschreiten oder ihren eigentlichen Aufgaben nicht nachkommen sowie schlechtes Management öffentlicher Gelder oder monetäre Anreize für die Stimmabgabe für eine bestimmte Partei bei Wahlen. Weiterhin sind Klientelismus und Patronage in den südostasiatischen Gesellschaftsstrukturen verankert. Korruption ist in der Wahrnehmung der nationalen Herausforderungen dicht gefolgt von COVID-19

(45 Prozent). Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, ökonomisch (55 Prozent) sowie persönlich (61 Prozent) schlechter als vor dem Beginn der Pandemie aufgestellt zu sein. Demokratisierung und die dazugehörenden Indikatoren wie freie Meinungsäußerung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden ebenfalls als Herausforderungen für die eigene Gesellschaft gewertet (rund 20 Prozent).

Der eigenen Zukunft und der Zukunft des eigenen Landes blicken junge Menschen in Südostasien mit gemischten Gefühlen entgegen. Ziele für das eigene Leben sind insbesondere der Aufbau einer Karriere und die Gründung einer Familie sowie Glück, Gesundheit und das Gefühl, „an positiven Veränderungen mitzuwirken“ (alle Aspekte liegen zwischen 35 und 40 Prozent). Auffällig ist, dass die eigenen Zukunftsaussichten als eher gut beurteilt werden, wohingegen die Zukunft des eigenen Landes insgesamt als eher schlecht beurteilt wird. Im Gegensatz dazu blicken über 50 Prozent der jungen Menschen in Deutschland positiv auf die Zukunft der deutschen Gesellschaft.²⁰ Dies mag damit zusammenhängen, dass der Großteil der Befragten aus Südostasien unzufrieden oder sehr unzufrieden mit dem Regierungssystem ihres Landes ist. Noch nicht einmal 15 Prozent äußern sich als zufrieden oder sehr zufrieden. Einher geht dies mit dem Wunsch der Mehrheit (über 90 Prozent) nach einer stärkeren Beteiligung junger Menschen in der Politik. Die Unzufriedenheit beschränkt sich dabei nicht nur auf das System, sondern bezieht sich auch auf die handelnden Politikerinnen und Politiker, welche Meinungen und Anliegen junger Menschen nicht berücksichtigten (über 60 Prozent). Die Gesellschaftsstrukturen vieler südostasiatischer Länder sind hierarchisch organisiert: (Lebens-) Erfahrung und Alter haben einen hohen Stellenwert. Formale politische Strukturen für das Engagement junger Menschen auf nationaler und kommunaler Ebene sind zwar teilweise vorhanden, allerdings sind diese oftmals nicht demokratisch legitimiert, von hochrangigen Parteipolitikerinnen und -politikern bestimmt oder werden als „Kaderschmiede“ für die Kinder einflussreicher Politikerinnen und Politiker

instrumentalisiert. Möglichkeiten für die (partei-) politische Beteiligung junger Menschen sind also vorhanden. Diese sind aber teils nicht für alle zugänglich oder können beschränkend wirken. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen nicht mit Umsetzungskapazitäten verbunden sind oder jungen Menschen aufgrund der Existenz von Jugendgremien die Beteiligung in anderen Foren verwehrt bleibt. In Deutschland sind junge Menschen im Vergleich zufriedener mit Politikerinnen und Politikern und bewerten die politischen Abläufe generell weniger negativ.²¹

Ehrenamt statt parteipolitisches Engagement

An der Umfrage des KAS-Regionalprogramms nahmen insbesondere an Politik interessierte junge Menschen teil. Daher ist es nicht überraschend, dass mit 15 Prozent ein hoher Anteil im Vergleich zur Gesamtgesellschaft Mitglied in einer politischen Partei ist. Die Mehrheit der Befragten (85 Prozent) ist jedoch nicht Mitglied einer politischen Partei. Die persönlichen Beweggründe dafür sind ernüchternd: 37 Prozent nannten als Grund, dass sie sich von keiner der bestehenden politischen Parteien repräsentiert fühlen, was wiederum mit der Unzufriedenheit mit dem politischen System und den Politikerinnen und Politikern korreliert. Individuelle Antworten bemängeln zudem das politische Klima und die Integrität der Parteien und ihrer Mitglieder. Der Wunsch, Veränderung zu bewirken, ist ausgeprägt, scheint aber nur sehr bedingt innerhalb der nationalen Politik umsetzbar. Die Parteiensysteme zahlreicher südostasiatischer Länder erschweren ein aufrichtiges parteipolitisches Engagement der jungen Generation, speziell für junge Menschen, die nicht über wirtschaftlichen oder familiär bedingten Einfluss verfügen. Oppositionsarbeit kann mit negativen persönlichen Konsequenzen verbunden sein. Generell gibt es in Südostasien eine starke Orientierung an Führungspersönlichkeiten und Klientelismus bei der Vergabe parteipolitischer Posten. In vielen Fällen dienen Parteien als Instrument der politischen (und wirtschaftlichen) Elite zur Wählermobilisierung und als Zugang zu staatlichen Ressourcen.²² Die

Fluidität der Parteiensysteme und eine fehlende Programmatik erschweren jungen Menschen die Identifikation mit einer Partei.

Oppositionsarbeit kann mit negativen persönlichen Konsequenzen verbunden sein.

Der Unzufriedenheit mit dem politischen System und dem Fernbleiben von Parteien stehen ein starkes Interesse an Politik sowie zivilgesellschaftliches Engagement gegenüber. Die Unzufriedenheit mit der Politik ihres Landes führt nicht zur Politikverdrossenheit der jungen südostasiatischen Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer. Vielmehr sind sie teilweise bis sehr am politischen Geschehen interessiert (86 Prozent) und informieren sich darüber regelmäßig. Laut einer VN-Umfrage von 2014, an welcher mehr als 17.800 junge Menschen aus Süd- und Südostasien teilnahmen, folgen 65 Prozent der Befragten in den Philippinen, 60 Prozent in Indonesien, 67 Prozent in Thailand, 52 Prozent in Malaysia und 75 Prozent in Vietnam den politischen Nachrichten.²³ Der Drang nach Veränderung spiegelt sich in einem starken zivilgesellschaftlichen Engagement wider: 72 Prozent der Befragten der Umfrage des Regionalprogramms engagieren sich in Nichtregierungsorganisationen, an der Universität oder in Gemeinschaftsorganisationen. Diese hohe Zahl kann mit dem hohen Bildungsniveau und dem persönlichen Hintergrund der Befragten zusammenhängen, denn (gesellschafts-)politisches Engagement korreliert mit dem Bildungsabschluss: 58 Prozent der jungen Indonesierinnen und Indonesier mit höherem Bildungsabschluss engagieren sich laut der VN-Umfrage politisch und zivilgesellschaftlich (zum Beispiel durch Petitionen und Proteste), ohne höheren Bildungsabschluss hingegen nur 44 Prozent.²⁴ Zusätzlich zu den Unzulänglichkeiten politischer Parteien in der Region kann die Attraktivität der genannten Organisationen auch daher rühren, dass im

Gegensatz zu komplexen Abstimmungsprozessen, Verhandlungen und Kompromissen zur politischen Entscheidungsfindung die Ergebnisse schneller erzielt werden und sichtbar sind. Das Gefühl, „an positiven Veränderungen mitzuwirken“, stellt sich zeitnah ein. Auch soziale Medien spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Empfindungen gegenüber den USA sind deutlich positiver als gegenüber China.

Ein Viertel aller vom KAS-Regionalprogramm Befragten nimmt außerdem aktiv an Protestaktionen teil. Beispiel hierfür ist die Demokratiebewegung in Thailand, bei der Studentinnen und Studenten die Absetzung des Premierministers, eine Überarbeitung der Verfassung und eine Neuerung der Rolle der Monarchie fordern und dafür Verhaftung und Gewalt in Kauf nehmen.²⁵ Im bereits angeführten Kampf der Bevölkerung Myanmars gegen den Militärputsch vom Februar 2021 riskieren junge Menschen ihr Leben.²⁶ Starkes politisches Interesse bei gleichzeitiger Unzufriedenheit mit und Fernbleiben von politischen Parteien sowie die engagierte (gesellschafts-)politische Beteiligung in anderen Foren und online sind Trends in Südostasien, die bereits vor einem Jahrzehnt spürbar waren²⁷ und sich auch während der anhaltenden COVID-19-Pandemie weiter fortsetzen.

Die Säulen der Demokratie – freie Wahlen und eine funktionale Opposition – erhalten in der KAS-Umfrage weitestgehend Zustimmung. Interessant ist jedoch die Einstellung zu der Frage, inwiefern eine rigide Führungspersönlichkeit zur guten Führung des eigenen Landes notwendig sei: 39 Prozent stimmen dieser Aussage (sehr) zu, wohingegen 31 Prozent (sehr) dagegen sind. 30 Prozent sind bei dieser Frage unentschieden. Dabei muss die Wahrnehmung einer rigiden Persönlichkeit nicht nur mit negativen Attributen wie beispielsweise der Einschränkung von Freiheiten verbunden sein, sondern kann auch

als Führung angesehen werden, die für Ordnung und Fortschritt sorgt. Das Demokratieverständnis der jungen Generation in Südostasien ist eng verknüpft mit *good governance* – den Praktiken eines effektiven und transparenten Regierens.²⁸

Präferenz für regionale Problemlösungen

Welche Bedeutung wird multilateralen Problemlösungen durch die junge Generation im Rahmen der Umfrage des KAS-Regionalprogramms zugemessen und wer sind die relevanten Akteure? Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) ist mit rund 35 Prozent Vorreiter in Bezug auf die Frage, wer wichtigster Anknüpfungspunkt für die Außenpolitik des eigenen Landes sein sollte. Obwohl es dem Staatenverbund bisher beispielsweise nicht gelungen ist, dem Territorialanspruch Chinas im Südchinesischen Meer entschieden und geeint entgegenzutreten, genießt er in der jungen Generation größte Anerkennung. Dies hängt sicher mit der Erkenntnis zusammen, dass gerade dem großen Nachbarn im Norden letztlich nur durch engere regionale Zusammenarbeit begegnet werden kann. Interessanterweise liegen China und die USA – die nach Hegemonie strebenden Systemkonkurrenten, deren Rivalitätskampf in der Region besonders spürbar ist – bei der Frage nach dem wichtigsten Anknüpfungspunkt in der Außenpolitik mit jeweils ungefähr zehn Prozent nahezu gleichauf. Im Vergleich dazu sind die Empfindungen gegenüber den USA deutlich positiver als solche gegenüber China. Vor dem Hintergrund dieser sich verschärfenden Rivalität gelingt es auch der EU, sich zunehmend als potenziell wichtiger Partner für die Region zu positionieren. Um dieses Momentum zu nutzen, bedarf es allerdings noch einiger Anstrengungen. ASEAN, China und die USA sind wirtschaftlich und vor allem (sicherheits-)politisch präsenter in Südostasien. Die EU und ihre Mitgliedsländer ringen hingegen (noch) um ein verstärktes Engagement in der Region.²⁹

Das Augenmerk junger Menschen in Südostasien liegt jedoch auf den (gesellschafts-)politischen Herausforderungen im eigenen Land. Die junge Generation artikuliert ihre Unzufriedenheit

und tritt aktiv für Veränderungen ein. Als Motor für politischen und gesellschaftlichen Wandel verlangt sie dabei zunehmend mehr Mitspracherechte und fordert somit die zum Teil hierarchischen Gesellschaftsstrukturen in ihren Heimatländern heraus.

Materielle Bedürfnisse überwiegen – junge Menschen in Lateinamerika

Digitalisierung und neue Protestbewegungen auf der einen, traditionelle Probleme wie Korruption und soziale Verwerfungen auf der anderen Seite – Lateinamerikas Jugend befindet sich besonders im Brennpunkt des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in der Region. Durch teilweise harte Lockdowns aus ihrem gewohnten Lebensrhythmus gerissen haben junge Menschen die Pandemie in einer besonders prägenden Phase ihres Lebens zu spüren bekommen. Laut der jüngsten VN-Umfrage unter Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren in Lateinamerika und der Karibik³⁰ gaben 52 Prozent der Befragten an, im Zusammenhang mit der Pandemie an Stress und Angstzuständen gelitten zu haben. Die Abwanderung vieler Aktivitäten der ohnehin digital vergleichsweise stark vernetzten lateinamerikanischen Jugend in den virtuellen Raum wurde dadurch noch weiter verstärkt. Bereits 2019 verbrachten lateinamerikanische Jugendliche durchschnittlich fast dreieinhalb Stunden täglich auf Social Media – fast doppelt so viel wie Nordamerikaner.³¹

Die Partizipation junger Menschen in Parteien sowie die Teilnahme an Wahlen befinden sich in einer Krise.

Grundsätzlich bezeichnen sich laut der erwähnten VN-Umfrage 93 Prozent der jungen Befragten als gut über das Pandemiegeschehen informiert. Differenzierter fällt die Meinung zur Antwort der eigenen Regierung auf die Pandemie aus. Während 30 Prozent sie als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ bezeichnen, betrachtet ein

ähnlicher Prozentsatz sie als „durchschnittlich“ (32 Prozent) und „gut“ bzw. „sehr gut“ (38 Prozent). Nur 21 Prozent der Befragten gaben an, die eigene Familie habe irgendeine staatliche Leistung im Zusammenhang mit der Pandemie erhalten. 16 Prozent erklärten, sie hätten durch die Pandemie ihre Arbeit entweder verloren oder diese sei eingeschränkt worden (etwa durch Teilzeit oder Verdienstverluste). Aufgrund dieser Gemengelage ist es wenig überraschend, dass auf der Liste der persönlichen Zukunftssorgen die finanzielle Situation der eigenen Familie mit 64 Prozent an erster Stelle steht, gefolgt von der Angst vor dem Verlust von Familienangehörigen und einer Verzögerung der eigenen Ausbildung mit jeweils 50 Prozent. „Politische Auseinandersetzungen“ sind mit 32 Prozent derzeit dagegen weit abgeschlagen.

Vertrauenskrise gegenüber demokratischen Institutionen und Parteien

Nichtsdestotrotz waren und sind junge Menschen Protagonisten zahlreicher sozialer und politischer Auseinandersetzungen. Dies gilt insbesondere für die sozialen Unruhen, die Lateinamerika vor und während der Pandemie heimgesucht haben. Prominentestes Beispiel hierfür ist Chile, wo eine von jungen Kräften maßgeblich angestoßene Protestbewegung in einem neuen Verfassungsprozess mündete. Nicht zuletzt weist der bekannte chilenische Soziologe und Buchautor Carlos Peña darauf hin, dass bei den Protesten neben allen inhaltlichen Forderungen auch der „generationelle“ Faktor nicht unterschätzt werden dürfe. Denn die Jugend sei vor dem Hintergrund geschwächerter traditioneller Orientierungsinstitutionen wie etwa Kirchen, Gewerkschaften oder politischer Parteien in ihrem Aktivismus stärker von ihren eigenen subjektiven Erfahrungen, dem Konsum und von immer multipleren Einflüssen geprägt.³² Dies gilt neben Chile auch für andere, ansonsten sehr unterschiedliche Schauplätze gesellschaftlicher Mobilisierung und politischer Proteste während der letzten Monate und Jahre – darunter Brasilien, Bolivien, Ecuador, Guatemala, Kolumbien, Kuba oder Peru. Gemein ist all diesen Entwicklungen, dass die Mobilisierungsaufrufe vor allem über

elektronische Medien stattfanden sowie dass sie von recht losen und wenig institutionalisierten Bündnissen getragen wurden und werden. Häufig richten sich derartige, maßgeblich die Jugend mobilisierende Proteste dabei gegen eine wahrgenommene Unfähigkeit eines erstarrten politischen Systems, auf Forderungen nach mehr Beteiligung, mehr Rechten verschiedenster Art und für diverse gesellschaftliche Gruppen, mehr Wohlstand oder mehr Bildungsgerechtigkeit eine adäquate Antwort zu geben. In diesem Zusammenhang wurden oft auch politische Parteien als Teil des zu bekämpfenden politischen Systems empfunden.³³

Gegenüber diesem Aktivismus zeigen unterschiedliche Studien und Erhebungen, dass sich die Partizipation junger Menschen in formellen demokratischen Instanzen wie Parteien und auch die Teilnahme an Wahlen nicht erst seit der COVID-19-Pandemie in einer Krise befinden. Daran hat auch das auf 16 Jahre heruntergesetzte Wahlalter in Ländern wie Argentinien, Brasilien oder Ecuador nichts Erkennbares geändert. Interessant ist, dass in zahlreichen Ländern Lateinamerikas für verschiedene Ämter wie etwa Gemeinderäte, Abgeordnete oder das Präsidentenamt ein passives Wahlrecht erst ab 21, 25, 30 oder gar 35 Jahren (im Falle des Senatoren- oder Präsidentenamtes in Brasilien und Chile) gewährt wird.³⁴

Erste Anzeichen deuten sogar darauf hin, dass die Coronakrise junge Menschen in Lateinamerika insgesamt noch weiter von den formellen Instanzen der Politik entfernt hat.³⁵ Dass das Vertrauen vieler junger Menschen in ihre politischen Eliten weiter gesunken ist, zieht sich auch wie ein roter Faden durch eine vom Regionalprogramm Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika durchgeführte, nicht-

repräsentative Umfrage unter mehr als 350 der Konrad-Adenauer-Stiftung verbundenen jungen Menschen mit hohem politischem Engagement zwischen 18 und 35 Jahren. In dieser Gruppe gaben 31,7 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, mit ihren politischen Entscheidungsträgern unzufrieden zu sein, 33,7 Prozent schätzen die Zukunft ihres Landes eher pessimistisch ein. Noch aussagekräftiger ist jedoch eine andere Feststellung. Auf die Frage, ob ihre Altersgenossen sich für Politik interessieren, antworten lediglich 36 Prozent affirmativ.



Eine junge Brasilianerin trauert um ihre an COVID-19 gestorbene Mutter: Die Pandemie hat die Region besonders hart getroffen und so steht die Sorge um das gesundheitliche und materielle Wohlergehen der eigenen Familie bei Jugendlichen in Lateinamerika derzeit im Vordergrund.

Quelle: © Bruno Kelly, Reuters.

*Hauptsorgen: Korruption, Armut,
Bildungsgerechtigkeit*

Für Alt und vor allem auch Jung bleibt ein altes Problem der Region deren größte Herausforderung – die Korruption. Seit Langem schneidet die Region bei internationalen Rankings hier nicht gut ab. In den vergangenen Jahren hat eine Reihe spektakulärer Korruptionsskandale wie die Enthüllungen um den Lava-Jato-Prozess das Thema ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt, was das ohnehin schon geringe Vertrauen der Bevölkerung in ihr politisches Establishment

noch weiter erschütterte. Wenig überraschend gaben in der KAS-Umfrage auch 57,3 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Korruption als Hauptproblem in ihrem Land an – gefolgt von Armut, die 32,6 Prozent der jungen Befragten nannten. Die Pandemie hat die sozialen Probleme für die jungen Menschen deutlich verschärft. Laut der erwähnten repräsentativen VN-Umfrage gaben 31 Prozent der befragten jungen Menschen an, im eigenen Umfeld gebe es Nahrungsmittelknappheit – eine Zahl, die bei Befragten mit Migrationshintergrund und aus indigenen Gemeinschaften auf 44 bzw. 45 Prozent ansteigt.



Armut und Ungleichheit zeigen sich für junge Menschen besonders drastisch im Bildungssektor. Dieser ist in den meisten lateinamerikanischen Staaten unterfinanziert und durch einen starken Privatschulensektor geprägt, zu dem jedoch vor allem Kinder aus einkommensstarken Familien Zugang haben. Obwohl mehr als zwei Drittel aller Schulabgänger ihren Abschluss an einer öffentlichen Schule erwerben, machen sie nur ein Viertel der Studentinnen und Studenten an staatlichen Universitäten aus. Die Hälfte aller Kinder kann nach der Grundschule nicht richtig lesen und schreiben – 90 Prozent von ihnen kommen aus Familien der untersten Einkommensschichten.³⁶

Die positive Einstellung hinsichtlich der persönlichen Zukunft steigt proportional zum Bildungsniveau.

In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass für die jungen Befragten der KAS-Umfrage, die sich mehrheitlich in einer akademischen Ausbildung befinden, Bildungsgerechtigkeit einen wichtigen Aspekt ihrer politischen Forderungen darstellt. Da der Zugang zu qualitativ hochwertigen Hochschulen in Lateinamerika jedoch deutlich eingeschränkter ist als etwa in Europa, ist dieser viel stärker mit Fragen des sozialen Aufstiegs verbunden als in wohlhabenden Industrienationen. Während in Europa mit dem Studium tendenziell stärker Wege zur Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentfaltung Einzug gehalten haben, legt die KAS-Umfrage nahe, dass viele lateinamerikanische Jugendliche bei ihrem Studium die materiellen Aspekte, die mit einem sicheren, auskömmlichen und stabilen Arbeitsverhältnis zusammenhängen, stärker gewichten. Insgesamt steigt die positive Einstellung hinsichtlich der persönlichen Zukunft proportional zum Bildungsniveau.

Interessant an der KAS-Umfrage ist zudem, dass der Klimawandel zwar mit 59,2 Prozent von den meisten Befragten noch vor der Armut (47,9 Prozent) zu den dringlichsten globalen

Herausforderungen gezählt wird, bei der Bewertung der politischen Hauptbaustellen im eigenen Land jedoch mit nur 10,4 Prozent der Nennungen sehr weit abgeschlagen ist. Die Spitzenplätze nehmen hier Korruption (57,4 Prozent), Bildung (41,6), Arbeitslosigkeit (38,8), Armut (32,6) oder Drogenhandel (20,2) ein. Klimastreiks und ähnliche Aktionen sind in Lateinamerika bestenfalls ein Randphänomen in wirtschaftlich besser gestellten Gegenden. Offenbar wiegen gesamtgesellschaftliche Probleme, die mit fehlender wirtschaftlicher und politischer Stabilität zusammenhängen und die eigene Existenzsicherung betreffen, im Alltag der jungen Generation stärker als abstraktere Klimathemen.

Ähnliches gilt für außenpolitische Themen. Als Referenzpunkte für die Außenpolitik ihrer Länder führen die Europäische Union (37,8 Prozent) und die USA (19,8 Prozent), die als positiv wahrgenommen werden. Die EU wird dabei durchaus als Best Practice-Modell gesehen, von dem für die Politikgestaltung im eigenen Land gelernt werden kann. Die USA spielen vor allem als Sehnsuchtsort eine Rolle, von dem sich viele ein besseres Leben als in ihren Heimatländern erhoffen. Zwar ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Außenpolitik des eigenen Landes in Zusammenarbeit mit anderen Staaten stattfinden sollte. Ein relativ großer Anteil von 30,4 Prozent der Befragten gibt jedoch an, dass diese Außenpolitik vor allem den eigenen nationalen Interessen folgen sollte, auch unabhängig von multilateralen Organisationen. Hinsichtlich China herrscht vor allem Unkenntnis. Gemessen an seiner globalen Bedeutung für die Zukunft und den enormen chinesischen Investitionen sowie dem massiven politischen Druck, den Peking in weiten Teilen der Region ausübt, findet das Thema gerade auch bei jungen Menschen nur wenig Beachtung.

Neue Kommunikationskanäle notwendig

Im Vergleich zu Vorgängergenerationen, die in ihrer prägenden Phase oft gegen autoritäre Systeme ankämpften, ist die heutige Jugend Lateinamerikas bei allen Defiziten zu einem großen Teil in demokratischen Staatsgebilden aufgewachsen. Während vorherige Generationen die Demokratie

oft als Zielvorstellung ihres politischen Einsatzes betrachteten, richtet sich das politische Engagement vieler junger Menschen des Kontinents heute gegen die bestehenden oder wahrgenommenen Defizite dieser demokratischen Systeme. Dabei besteht die Gefahr, dass der Protest gegen diese Schieflagen in ein zunehmendes Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und Entscheidungsfindungsprozessen als solchen umschlägt. Um dies zu verhindern, sind Institutionen und Parteien dringend gefordert, neue Kommunikationskanäle zur Lebensrealität junger Menschen zu etablieren und diesen reale Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen. Nur wenn die Forderungen junger Menschen nicht nur ernst genommen, sondern diese aktiv in die Bildung gesellschaftlicher Konsensstrukturen einbezogen werden, können Lateinamerikas Demokratien zukunftsfähig bleiben.

Elisabeth Hoffmann ist Koordinatorin für Familie und Jugend der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Florian Karner war Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Katharina Hopp war Trainee im Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung und ist derzeit Referentin in der Stabsstelle Evaluierung der Stiftung.

Alina Reiß ist Trainee im Regionalprogramm Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung in Singapur.

Sebastian Grundberger ist Leiter des Regionalprogramms Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika und des Auslandsbüros Uruguay der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Thomas Schaumberg war Trainee im Auslandsbüro Uruguay der Konrad-Adenauer-Stiftung und ist derzeit Referent in der Abteilung Lateinamerika.

Laura Rubio war Praktikantin im Auslandsbüro Uruguay der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Shell 2019: 18. Shell Jugendstudie (Zusammenfassung), in: <https://bit.ly/3GxGR1X> [25.10.2021].
- 2 Jugendrat der Generationen Stiftung 2021: Umfrage offenbart: Vertrauen junger Menschen in die Politik ist tief erschüttert, 24.06.2021, in: <https://bit.ly/3vVlbb2> [07.09.2021].
- 3 Hübner, Christine / Eichhorn, Jan 2018: Wie haben junge Deutsche 2017 gewählt? Wahlverhalten junger Wähler_innen zur Bundestagswahl 2017: empirische Analyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, in: <https://bit.ly/2ZGBk8v> [07.09.2021].
- 4 Paragraf 7 Abs. 1 SGB VIII, in: <https://bit.ly/3jQeu5c> [19.06.2021].
- 5 Afrikanische Union 2006: African Youth Charter, 02.07.2006, in: <https://bit.ly/3Ej7w0y> [19.06.2021].
- 6 Hajjar, Bandar 2020: The children's continent: keeping up with Africa's growth, Islamische Entwicklungsbank, in: Weltwirtschaftsforum, 13.01.2020, <https://bit.ly/3Ipjc4u> [06.12.2021]; Vereinte Nationen 2019: Growing at a slower pace, world population is expected to reach 9.7 billion in 2050 and could peak at nearly 11 billion around 2100, 17.06.2019, in: <https://bit.ly/3CmRgei> [19.06.2021].
- 7 KAS 2021: 2000 jeunes et leurs ambitions citoyennes en Afrique de l'Ouest, 06/2021, in: <https://bit.ly/3Cqojhy> [25.10.2021].
- 8 UNESCO 2021: Côte d'Ivoire – Participation in Education, in: <http://uis.unesco.org/en/country/ci> [23.06.2021].
- 9 Appiah-Nyamekye Sanny, Josephine / Logan, Carolyn / Gyimah-Boadi, Emmanuel 2019: In search of opportunity: Young and educated Africans most likely to consider moving abroad, Dispatch 288, Afrobarometer, 26.03.2019, in: <https://bit.ly/3jNBIsQ> [08.07.2021].
- 10 Pew Research Center 2013: Despite Challenges, Africans Are Optimistic about the Future, 08.11.2013, in: <https://pewrsr.ch/3vZxBPo> [20.10.2021].
- 11 African Development Bank 2019: West Africa Economic Outlook 2019, in: <https://bit.ly/3ErwxGL> [20.10.2021].
- 12 Weltbank 2021: The World Bank in Africa: Overview, 02.06.2021, in: <https://worldbank.org/en/region/afr/overview> [20.10.2021].
- 13 Agence française de développement 2021: AFD Atlas Africa: High concentrations of extreme poverty, 12.02.2021, in: <https://bit.ly/3nC1VM9> [20.10.2021].
- 14 Koné, Par N. Yusef / Silwé, Kaphalo Ségorbah / Koné, Joseph 2020: Élection présidentielle 2020 en Côte d'Ivoire, Document de Politique No. 69 d'Afrobarometer, 10/2020, in: <https://bit.ly/3vWfBVM> [19.10.2021].
- 15 Noch in der Schulausbildung (rund 5 Prozent), Highschool-Abschluss (rund 8 Prozent), Bachelor-Abschluss (rund 62 Prozent), Master-Abschluss (rund 22 Prozent), PhD (rund 1,5 Prozent).

- 16 Es beteiligten sich Befragte aus Indonesien, Kambodscha, Malaysia, Myanmar, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.
- 17 Shell Deutschland Holding 2019: Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort, Weinheim/Basel.
- 18 Ebd., S. 314.
- 19 United Nations Development Programme (UNDP) 2014: Youth and Democratic Citizenship in East and South-East Asia: Exploring political attitudes of East and South-East Asian youth through the Asian Barometer Survey, S. 43 / 46, in: <https://bit.ly/3CCwLdC> [18.10.2021].
- 20 Ebd., S. 63.
- 21 Ebd., S. 48.
- 22 Croissant, Aurel 2016: Die politischen Systeme Südostasiens. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 126–128, 178–180, 267–270, 312–315, 413–415.
- 23 UNDP 2014, N. 19, S. 22.
- 24 Ebd., S. 29 / 60.
- 25 Phoborisut, Penchan 2021: Thai youth's struggle for democracy may fizzle but political contention continues, East Asia Forum, 11.05.2021, in: <https://bit.ly/3CCV7Em> [15.07.2021].
- 26 BBC News 2021: Myanmar coup: The young rebels risking their lives for the future, 06.03.2021, in: <https://bbc.in/2Zlgi9r> [15.07.2021].
- 27 UNDP 2014, N. 19, S. 74.
- 28 Ebd., S. 36.
- 29 Grare, Frédéric 2021: The EU's Indo-Pacific strategy: A chance for a clear message to China and Europe's allies, European Council on Foreign Relations (ECFR), 22.04.2021, in: <https://bit.ly/3CNR741> [16.07.2021].
- 30 Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) 2021: Encuesta de las Naciones Unidas sobre Juventudes de América Latina y el Caribe dentro del Contexto de la Pandemia del COVID-19, 06/2021, in: <https://bit.ly/2ZNOJf1> [12.08.2021].
- 31 Navarro, José Gabriel 2020: Social media usage in Latin America – Statistics & Facts, Statista, 13.07.2020, in: <https://bit.ly/2GB8wEE> [05.10.2020].
- 32 Duarte, Fernando, 2019: Los países en los que la gente pasa más tiempo en las redes sociales (y los líderes en América Latina), BBC World Service, 09.09.2019, in: <https://bbc.in/3w1wLBD> [05.10.2021].
- 33 Peña González, Carlos 2019: La crisis social en Chile y sus implicancias para América Latina, Diálogo Político, 19.12.2019, in: <https://bit.ly/3EAE8mE> [01.11.2021].
- 34 Grundberger, Sebastian 2020: Wertepartner im Stresstest, in: Auslandsinformationen 4/2020, 01.12.2020, S. 42, in: <https://bit.ly/3BwUoD9> [01.11.2021].
- 35 Muñoz Lima, Rosa 2020: Jóvenes en América Latina: ¿Creen en las urnas? ¿O en las calles?, Deutsche Welle, 11.08.2020, in: <https://p.dw.com/p/3gnNp> [18.08.2021].
- 36 Leyva Muñoz, Olivia 2021: Pandemia y participación política de los jóvenes en América Latina, Estudios 46, S. 113–134, in: <https://bit.ly/3w2T3mz> [01.11.2021].
- 37 NPH Kinderhilfe Lateinamerika: Bildung in Lateinamerika: Ein kaputtes System, 04.08.2021, in: <https://bit.ly/3nPbKGn> [05.10.2021].



[Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik](#)

Die Youth, Peace and Security Agenda im Kontext der Vereinten Nationen

Eine Stärkung der positiven Rolle der Jugend in Friedensprozessen

[Andrea Ellen Ostheimer](#)

Weltweit ist seit 2010 ein Anstieg an gewaltsamen Konflikten und eine Zunahme an zivilen Opfern zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Konflikte betrifft Länder niedriger Einkommen.¹ Gemäß VN-Schätzungen lebten 2020 von den weltweit 1,85 Milliarden Jugendlichen zwischen 10 und 24 Jahren 90 Prozent in Entwicklungsländern.² Vor dem Hintergrund der Zunahme an bewaffneten Konflikten in den vergangenen zehn Jahren ist mittlerweile davon auszugehen, dass mehr als 25 Prozent der Jugendlichen Gewalt und Konflikt ausgesetzt sind.³

Obgleich die Auswirkungen von Krieg und Konflikt auf Jugendliche⁴ seit langem bekannt sind und gerade Organisationen von Jugendlichen in diversen Konfliktsituationen einen positiven Beitrag in der Prävention, Mediation und dem Wiederaufbau leisten, widmete sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erst im Jahre 2015 dem Thema. Seither gewinnt dieses allerdings mit einer beindruckenden Dynamik an Bedeutung. Mit den Resolutionen 2250 (2015), 2419 (2018) und 2535 (2020) wurde ein rechtsverbindlicher Rahmen geschaffen und das Thema auf der Agenda des Sicherheitsrats formell verankert. Trotz des nach wie vor bestehenden Verbesserungsbedarfs in der Umsetzung sind auch hier Fortschritte und das Bemühen zu verzeichnen, über Lippenbekenntnisse hinauszugehen und dafür Sorge zu tragen, dass die Jugend sich aktiv in formelle Friedensprozesse einbringen, ihre konstruktive Basisarbeit ungehindert fortsetzen und so als wichtiger Akteur in der Konfliktprävention und Friedensarbeit Anerkennung und Unterstützung finden kann.

Jugendliche in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen

Bereits der 1996 von den VN mandatierte und von Graça Machel, der ehemaligen Bildungsministerin Mosambiks, vorgelegte Bericht zur Lage von Kindern in bewaffneten Konflikten richtete die internationale Aufmerksamkeit auf die Situation von Kindern und Jugendlichen in Konfliktregionen. Der Fokus richtete sich dabei vor allem auf Kinder und Jugendliche als Opfer bewaffneter Konflikte.

Auch heute, 25 Jahre nach diesem ersten Bericht und trotz der gestiegenen internationalen Aufmerksamkeit sowie der Entwicklung rechtlicher Normen, bleiben die meisten Herausforderungen bestehen bzw. wurden durch veränderte Konfliktstrukturen verschärft. Der sich bereits in den 1990er Jahren abzeichnende Trend der Zivilbevölkerung als Zielscheibe intensivierte sich mit der Zunahme von innerstaatlichen Konflikten und nichtstaatlichen Konfliktakteuren, deren Ziel oft die Kontrolle natürlicher Rohstoffe ist, aber auch durch die Angriffe terroristischer Organisationen und transnational operierender Netzwerke der Organisierten Kriminalität.

Gemäß den Schätzungen der VN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten werden nach wie vor Zehntausende von Kindersoldaten sowohl von nationalen Streitkräften als auch von bewaffneten Gruppierungen in mehr als 20 Konflikten weltweit eingesetzt.⁵ Wie ein aktueller Bericht von Save the Children dokumentiert,⁶ wird in 22 der 54 aktiven Konflikte weltweit sexuelle Gewalt gegen Zivilisten ausgeübt, die Zahl der Übergriffe auf Kinder und Jugendliche nimmt dabei jährlich zu. Obgleich vor allem Frauen und Mädchen Opfer sexueller Gewalt sind, werden zunehmend auch junge Männer zur strategischen Zielscheibe und missbraucht⁷ – z.B. in der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), im Südsudan und in Syrien. Bewaffnete Konflikte wirken sich darüber hinaus auf die Bildungsmöglichkeiten der Jugend,⁸ ihre physische und psychische Gesundheit und ihre Ernährung aus. Zudem zwingen

Konflikte Kinder und Jugendliche zur Flucht innerhalb ihres Landes oder über Ländergrenzen hinweg. UNHCR-Statistiken weisen 42 Prozent der 2020 registrierten Vertriebenen (weltweit 82,4 Millionen Flüchtlinge und intern Vertriebene) als Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aus.

Jugendliche finden sich in bewaffneten Konflikten aber nicht nur als zwangsrekrutierte Kindersoldaten wieder. Das Erstarken islamistischer Terrorgruppierungen in den vergangenen Jahren offenbarte auch die Anfälligkeit für gewaltsamen Extremismus unter Jugendlichen. Dabei gilt es hervorzuheben, dass die Mehrheit der Jugendlichen in gefährdeten Regionen in der Regel gewaltsamen Extremismus ablehnt. Es ist allerdings auch nachgewiesen, dass es vor allem männliche Jugendliche sind, die sich davon angesprochen fühlen. Auch wenn die Gründe hierfür divers und oft auch im sozio-ökonomischen Kontext zu verorten sind, tragen häufig falsche Reaktionen der Politik zur weiteren Marginalisierung, zum Teil auch Stigmatisierung dieses anfälligen Segments der Jugend bei, sodass extremistische Organisationen fruchtbares Terrain zur Rekrutierung vorfinden.⁹ Eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen durch extremistische Gruppen und Terrororganisationen war ein zentraler Faktor für die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, insbesondere Jordanien, 2015 das Thema Youth, Peace and Security (YPS) auf die Agenda des Rats zu bringen. Den Auftakt bildete eine offene Diskussion im Sicherheitsrat im April 2015 zur Rolle der Jugend in der Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus („The role of youth in countering violent extremism and promoting peace“).¹⁰

VN-Resolution S/RES/2250 (2015)¹¹ – das Fundament der Youth, Peace and Security Agenda

Mit dem ersten, vom Königreich Jordanien im August 2015 organisierten globalen Forum zu Jugend, Frieden und Sicherheit (Global Forum on Youth, Peace and Security, Amman)¹² hat das Thema dann einen festen Platz auf der Agenda der Vereinten Nationen und auch im Sicherheitsrat bekommen. Jordanien nutzte seinen

nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat, um mit der VN-Resolution 2250 (2015) ein Fundament für die Anerkennung der Jugend als wichtiger Akteur in der Prävention wie auch in der Lösung von Konflikten zu legen und deren Einbindung in Friedensprozesse einzufordern. Konkret forderte die Resolution eine stärkere Teilhabe (*participation*) von Jugendlichen an Friedensprozessen durch deren Integration, die Unterstützung von lokalen Friedensinitiativen der Jugend, Konsultationen mit Jugendlichen durch die Sicherheitsratsmitglieder bei Besuchen in Konfliktregionen sowie die Stärkung der Kapazitäten von Jugendlichen, um sich in Friedens- und Konfliktlösungsmechanismen einbringen zu können. Der Schutz der Jugendlichen (*protection*) in Konflikten wie auch im Post-Konfliktkontext wurde in der Resolution mit einem Aufruf an die Mitgliedstaaten verbunden, die Zivilbevölkerung, insbesondere die Jugend, und deren Menschenrechte innerhalb ihres Staatsgebiets zu schützen und die Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen sowie Genozid zu beenden.

Für Jordanien war das Thema Jugend in Konflikten vor allem mit Terrorismusbekämpfung verbunden.

Resolution 2250 legt weitaus stärker als die nachfolgenden Resolutionen 2419 (2018) und 2535 (2020) einen Fokus auf Jugendliche als Akteure eines Konfliktes. Für Jordanien war 2015 das Thema Jugend in Konflikten vor allem mit dem Vordringen des sogenannten Islamischen Staats in Irak und Syrien (ISIS) und der Terrorismusbekämpfung verbunden. Zur Prävention (*prevention*) von Gewaltakten, Terror und Extremismus wird Mitgliedstaaten nahegelegt, sowohl in die Qualität der Bildung von Jugendlichen zu investieren, um deren Teilhabe an politischen Prozessen und gesellschaftlichen Strukturen zu fördern, als auch Chancen zur sozioökonomischen Teilhabe zu bieten. Besondere Aufmerksamkeit richtet die Resolution auch auf die Schaffung von

Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche im Kontext von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen (*disengagement and reintegration*), um durch Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten einer weiteren Marginalisierung der Jugendlichen vorzubeugen.

Eine Behinderung der Teilhabe von Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen erhöht das Misstrauen gegenüber den Regierenden.

Bereits in Resolution 2250 wird eine Gratwanderung versucht, um zum einen Interessen von ständigen Mitgliedern wie Russland und China in der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung nachzukommen und damit gleichzeitig deren Zustimmung für einen inklusiveren Ansatz in der Friedenssicherung zu gewinnen. Zum anderen aber soll der Stigmatisierung von Jugendlichen als potenzielle Gewaltakteure (vornehmlich junge Männer) oder Opfer entgegengewirkt und sollen deren positive Beiträge in der Konfliktprävention und Friedensarbeit sowie der Stellenwert, den ein solches Engagement für die Friedensarchitektur der VN haben kann, hervorgehoben werden. Mit der in der Resolution enthaltenen Forderung an den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat einen Fortschrittsbericht vorzulegen und Schritte zur Implementierung der Resolution in den Berichten an den Sicherheitsrat zu berücksichtigen, wurde sichergestellt, dass das Thema nicht so einfach aufgrund politischer Interessen der Sicherheitsratsmitglieder erneut von der Agenda fallen konnte.

Der jordanische Kronprinz spricht zur Eröffnung des Global Forum on Youth, Peace and Security in Amman 2015: Für sein Land war neben der möglichen positiven Rolle Jugendlicher bei der Lösung von Konflikten auch die Radikalisierung junger Menschen durch Extremisten und Terroristen ein Grund, das Thema auf die Agenda des VN-Sicherheitsrats zu bringen.

Quelle: © Muhammad Hamed, Reuters.

Unabhängiger Fortschrittsbericht „The missing peace“ und VN-Resolution S/RES/2419 (2018)

Der noch von VN-Generalsekretär Ban Ki-moon in Auftrag gegebene unabhängige Fortschrittsbericht¹³ konnte aufgrund seiner aufwendigen Methodologie erst im März 2018 vorgelegt werden, seine Empfehlungen wurden in eine Sicherheitsratsdebatte im April 2018 eingebracht. Der Bericht beeindruckte durch einen breiten, globalen Konsultationsprozess mit mehr als 4.000 Jugendlichen, der sicherstellen sollte, dass nicht



nur Eliten, sondern auch jene, die an der Basis ihren Beitrag leisten, eine Stimme erhalten. Der Fortschrittsbericht versuchte, dem oftmals von Regierungen gepflegten Narrativ zu begegnen, dass Jugendliche ein zu adressierendes Problem seien, obgleich sie als Partner in der Friedensarbeit gesehen werden müssten. Die Autoren des Berichts argumentieren, dass vor allem drei Fehlperceptionen dazu führten, dass die Politik oftmals überreagiere, zu restriktiven Maßnahmen greife und damit unmittelbar zu einer Entfremdung der Jugend beitrage:

- a) Der demografische Überhang an Jugendlichen in einer Gesellschaft führe zu einer Zunahme an Gewalt.
- b) Die hohe Zahl von Jugendlichen unter Flüchtlingen, Migranten und intern Vertriebenen mache diese zu einer Last bzw. einem Risiko für aufnehmende Gemeinden.
- c) Jugendliche seien per se anfällig für die Ansprache durch terroristische Organisationen.

Darüber hinaus sehen die Autoren auch keine hinreichenden Belege, dass Jugendarbeitslosigkeit unmittelbar zu gewaltsamen Konflikten führt.



Vielmehr seien es horizontale Ungleichheiten,¹⁴ fehlende Gerechtigkeit sowie identitätsbasierte Faktoren, die als Konfliktursachen berücksichtigt werden müssten. Für viele Jugendliche seien Bildungschancen weitaus wichtiger als Erwerbsmöglichkeiten. Der Bericht warnt zudem, dass eine Behinderung der Teilhabe von Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen nicht nur das Misstrauen gegenüber den Regierenden erhöht, sondern auch zu einem kompletten Rückzug aus den formalen Prozessen der politischen Entscheidung und Willensbildung führen kann.

Einige Mitglieder des Sicherheitsrats wollten vor allem die positive Rolle von Jugendlichen in Konfliktprävention und Friedensprozessen betonen.

Ausführlich dokumentiert der Bericht die zahlreichen und äußerst diversen Friedensaktivitäten von Jugendlichen in verschiedenen Konfliktphasen und gegenüber unterschiedlichen Gewaltphänomenen (politische Konflikte, gewaltsamer Extremismus, Gewalt durch Organisierte Kriminalität, sexuelle wie auch genderbasierte Gewalt) und unterstreicht damit nachdrücklich den positiven Mehrwert, den eine Einbindung von Jugendlichen in die internationale Sicherheitsarchitektur haben kann. Die Autoren appellieren sowohl an die VN-Mitgliedstaaten als auch an die Mitglieder des Sicherheitsrats, stärker in den Ausbau der Kompetenzen und Fähigkeiten von Jugendlichen wie auch deren Netzwerke und Organisationen zu investieren und diese an der Konzeption, der Implementierung wie auch der Evaluierung von Programmen im YPS-Kontext zu beteiligen.

Nach Jordanien 2015 waren es 2018 die beiden nichtständigen Sicherheitsratsmitglieder Peru und Schweden, die das Thema Youth, Peace and Security erneut auf die Agenda des Sicherheitsrats brachten und es trotz veränderter geopolitischer Konstellationen schafften, eine weitere

rechtsverbindliche Resolution unter Kapitel 7 der VN-Charta zu verabschieden: S/RES/2419 (2018).¹⁵ Die Verhandlungen waren allerdings weitaus mühsamer, als es die einstimmige Annahme der Resolution vermuten lässt. China und Russland brachten wie bei vielen anderen Themen, etwa Klima und Sicherheit, zum Ausdruck, dass Youth, Peace and Security besser in anderen VN-Gremien aufgehoben sei und nicht unbedingt auf die Agenda des Sicherheitsrats gehöre.¹⁶ Russland störte sich auch an dem Ansatz, Youth, Peace and Security mit der 2016 verabschiedeten „Sustaining Peace“ Agenda S/RES/2282 (2016) in Verbindung zu setzen, obgleich genau diese eine größere Bandbreite an Friedensakteuren und deren Einbindung in die bestehenden Strukturen zur Schaffung von Frieden und Sicherheit vorsieht. Russland hätte gerne, wie auch die Trump-Administration der USA,¹⁷ einen stärkeren Fokus auf die Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus unter Jugendlichen gelegt. An einer damit einhergehenden Einordnung der Jugend als Gewaltakteur störten sich Sicherheitsratsmitglieder wie Frankreich, Großbritannien, Schweden, Peru und die Niederlande, denen es in der Resolution vor allem um die Betonung der positiven Rolle von Jugendlichen in Konfliktprävention und Friedensprozessen ging und die in diesem Bereich eine stärkere Unterstützung festschreiben wollten. In Bezug auf die Finanzierung von Initiativen der Jugend zu Frieden und Sicherheit hielt sich die Resolution 2419 zurück und fordert von Mitgliedstaaten lediglich, die Bedürfnisse und die Teilhabe der Jugend an Friedensbemühungen zu erwägen:

„[Der Sicherheitsrat] fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, im angemessenen Rahmen zu prüfen, wie ihre politische, finanzielle, technische und logistische Unterstützung in Konflikt- und Post-Konfliktsituationen die Bedürfnisse und die Beteiligung der Jugend an den Friedensbemühungen berücksichtigt.“

Selbst in Bezug auf die Möglichkeiten einer Unterstützung durch die Peacebuilding Commission hielt man sich zurück und empfahl dieser lediglich, Jugendliche in die Diskussionen und Beratungen zur Friedensarbeit auf nationaler Ebene

einzubinden. Weitaus stärker als die vorherige Resolution 2250 nimmt 2419 die Vereinten Nationen selbst in die Pflicht, Jugendliche zu konsultieren, insbesondere in Sitzungen des Sicherheitsrats, und diese in Entscheidungsprozesse einzubinden. Vertreter der Vereinten Nationen und ihrer Agenturen, einschließlich der Sonderberichterstatter und Sondergesandten, werden aufgefordert, sich in Bezug auf die Bedürfnisse der Jugend in bewaffneten Konflikten und Post-Konfliktsituationen viel stärker als bisher abzustimmen und zu koordinieren. Dem Generalsekretär wird darüber hinaus auferlegt, in seinen Berichten an den Sicherheitsrat über Fortschritte bei der Einbindung von Jugendlichen in Friedensprozesse (einschließlich der Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramme) zu informieren und bis Mai 2020 einen weiteren Bericht zur Umsetzung der Resolutionen 2250 und 2419 vorzulegen. Progressive Sicherheitsratsmitglieder hätten bei letzterem gern die Festschreibung einer jährlichen Berichtspflicht zum Thema Youth, Peace and Security gesehen, um das Thema fest im Sicherheitsrat zu verankern. Dazu konnten allerdings 2018 noch keine Mehrheiten gefunden werden.

Obleich die Selbstverpflichtung der Staaten beim Thema Youth, Peace and Security noch nicht so weit geht wie beim Thema Frauen, Frieden, Sicherheit (S/RES/1325[2000]) und bislang keine nationalen Aktionspläne eingefordert werden, so formuliert Resolution 2419 zumindest die Aufforderung, dass regionale und subregionale Organisationen sowohl den politischen Rahmen als auch die notwendigen Programme schaffen sollten, um eine Einbindung der Jugend zu fördern. Eine schnelle Umsetzung dessen hat vor allem die Afrikanische Union (AU) vorgebracht,¹⁸ die im Kontext der „Agenda 2063: The Africa We Want“ und der Initiative „Silencing the Guns“ die YPS-Agenda in die institutionellen Prozesse ihrer Friedens- und Sicherheitsarchitektur einbettete. In der ersten Sitzung des Peace and Security Council (PSC) der AU zu Youth, Peace and Security im November 2018 wurde die Entwicklung eines kontinentalen Rahmens für das Thema YPS mandatiert und noch 2018 das „Youth for Peace Africa Programme“ gestartet. Neben einem Gesandten für die Jugend hat

die AU-Kommission fünf regionale Friedensbotschafter der Jugend eingesetzt.¹⁹ Eine 2020 abgeschlossene Studie dokumentierte darüber hinaus umfassend die Beiträge der Jugend für Frieden und Sicherheit in Afrika.²⁰

Trotz erster Fortschritte blieben die strukturellen Barrieren für eine formale Einbindung der Jugend in politische Prozesse bestehen.

Südafrika nutzte zudem seine Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat,²¹ um das Thema Youth, Peace and Security aus einer afrikanischen Perspektive erneut auf die Agenda zu setzen und eine Erklärung als Vorsitzender des Sicherheitsrats (*Presidential Statement*) im Dezember 2019 zu verabschieden.²² Die Annahme eines solchen *Presidential Statements* erfordert Einstimmigkeit im Sicherheitsrat. Die Kontroversen offenbarten allerdings die zunehmenden Widerstände im Rat und insbesondere unter den ständigen Mitgliedern (P5) gegen eine Weiterentwicklung des Themas. Explizite Referenzen zum Klimawandel provozierten den Einspruch der USA wie auch Russlands und Chinas. China und Russland störten sich an Forderungen zum Schutz der Menschenrechte, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und fanden dabei auch Unterstützung aus dem Kreis der gewählten Mitglieder. Selbst der Versuch, die in Resolution 2419 eingeforderte regelmäßige Einbindung der Jugend in Konsultationsprozesse des Sicherheitsrats nochmals in der Erklärung des Vorsitzenden aufzugreifen und zu bestärken, wurde aufgrund des Widerstandes im Rat mit dem Verweis „where appropriate“ verwässert und auf thematische Bereiche eingeschränkt.²³

Von politischen Absichtserklärungen zu konkreten Umsetzungsschritten

Vor allem nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats trugen seit 2015 dafür Sorge, dass das Thema trotz Widerständen nicht nur diskutiert,

sondern auch weiterentwickelt werden konnte. Als Tagesordnungspunkt „Erhalt des internationalen Friedens und der Sicherheit“ ermöglichte das gewählte Mitglied Peru im Juli 2019 eine Diskussion zu den Fortschritten in der Umsetzung der YPS-Agenda. Besonders hervorgehoben wurden neben den positiven Initiativen der Jugend in Konflikten (Kamerun: Ausbildung von 600 Mediatoren für lokale Konflikte, Libyen: Jugenddialog von Minderheiten zum Thema Frieden und Stabilität) die von den VN selbst initiierten Maßnahmen. Als beispielhaft gilt die Verification Mission in Kolumbien, die eine Strategie für das Engagement von Jugendlichen erarbeitete, ein Netzwerk an Anlaufstellen (*focal points*) in den nachgeordneten Strukturen einrichtete und es durch parteiübergreifende Jugenddialoge schaffte, Jugendliche auf einen gewaltfreien Wahlkampf bei den anstehenden Lokalwahlen zu verpflichten. Auch die Assistance Mission im Irak gilt als vorbildlich für ihre Arbeit mit Jugendlichen zu tribalen Konflikten, Waffenkontrolle und der Einbindung von Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse.²⁴

Eine erste eigene Bestandsaufnahme zur Umsetzung der YPS-Agenda und den in Resolution 2250 definierten fünf Säulen²⁵ legte Generalsekretär António Guterres in der Sicherheitsrats-sitzung im April 2020 vor.²⁶ Bereits während der Generalversammlung 2018 hatte Guterres die Bedeutung des Themas für ihn selbst mit der Vorlage der „Youth 2030: The UN Youth Strategy“ unterstrichen und sich dafür eingesetzt, dass in allen Arbeitsbereichen der VN (nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit, humanitäre Hilfe) Jugendliche eingebunden werden. In seinem Bericht an den Sicherheitsrat stellte Guterres eine Verbindung zwischen fehlenden Partizipations- und Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend her, die zu Frustrationen und Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern führten und den Nährboden für die Ansprache durch extremistische Gruppierungen bereiteten. Trotz erster Fortschritte blieben die strukturellen Barrieren für eine formale Einbindung der Jugend in politische Prozesse, bei Wahlen oder auch bei Friedensprozessen bestehen; und dies obgleich die Wirkungsmöglichkeiten für Jugendliche vielfältig

seien und sich damit auch die Legitimität dieser Prozesse erhöhen ließe.

Eine der Forderungen von Guterres ist daher auch, Jugendliche stärker in Dialoge auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene einzubinden, ihre bereits bestehenden Aktivitäten bei der Überwachung von Waffenstillstandsabkommen sowie in der Konfliktmediation auf lokaler Ebene zu unterstützen und vor allem die Möglichkeiten der Einbindung über soziale Medien noch stärker zu nutzen. Gerade das Potenzial der Jugend, nicht nur am Verhandlungstisch, sondern auch durch Druck von außen auf Konfliktparteien einzuwirken, bleibe zu oft ungenutzt bzw. die Einbindung der Jugend werde bewusst von Entscheidungsträgern blockiert. Besonders davon betroffen seien junge Frauen, die aufgrund von Alter und Geschlecht marginalisiert würden und sich im politischen Raum zudem Einschüchterungen, Belästigungen und zum Teil auch gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sähen.

In seinem Bericht weist Guterres explizit auf die Gefährdungen hin, denen sich Jugendliche in ihrer Friedensarbeit ausgesetzt sehen.

Nicht nur die Unterstützung der Friedensarbeit von Jugendlichen, sondern auch ihr Schutz in gewaltsamen Konflikten (*protection*) ist ein zentrales Element der Resolutionen des Sicherheitsrats. In seinem Bericht weist Generalsekretär Guterres explizit auch auf die Gefährdungen hin, denen sich Jugendliche in ihrer Friedensarbeit und in ihrem Einsatz zum Schutz der Menschenrechte ausgesetzt sehen. Einschüchterungen und Attacken trafen dabei die Jugendlichen, zum Teil aber auch deren Familien, und blieben oft ohne Strafverfolgung. Guterres appelliert daher an die Mitgliedstaaten, Menschenrechtsverletzungen an der Jugend mehr Aufmerksamkeit zu schenken, diese juristisch zu verfolgen und ihren Netzwerken und Organisationen im Sinne der in den





Ehemaliger Kindersoldat im Südsudan: Die VN beziehen heute in Subsahara-Afrika verstärkt frühere jugendliche Kämpfer in Bemühungen um Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ein.

Quelle: © Andreea Campeanu, Reuters.

Resolutionen geforderten Partnerschaften den Rücken zu stärken. Im Kontext der Prävention unterstreicht Generalsekretär Guterres, dass die Schaffung von Beschäftigungs-, Bildungs- und

Entwicklungsmöglichkeiten als Teil der Präventionsagenda zu verstehen und als Investition in Frieden und Sicherheit zu sehen sei. Dabei sei sicherzustellen, dass Jugendliche in allen

Politikbereichen, die sie selbst betreffen, wie Gesundheit oder auch Bildung, Mitspracherechte in der Politikformulierung erhalten.

Einen ähnlichen Ansatz hält Guterres auch im Bereich des Disengagements und der Reintegration für erforderlich, wo die VN in der Zentralafrikanischen Republik, in der DR Kongo, in Mali und im Sudan ehemalige jugendliche Kombattanten in Konzeption, Planung und Umsetzung von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen einbeziehen und versuchen wollen, in einem ganzheitlichen Ansatz vor allem auf lokaler und Community-Ebene Gewaltpotenziale zu reduzieren. Verbesserungsbedarf sieht der Generalsekretär in diesem Bereich vor allem in der Einbeziehung von jungen Frauen, die – obwohl ihr Anteil in bewaffneten Einheiten steigt – oft noch nicht hinreichend in der Ausarbeitung und Umsetzung von DDR-Programmen (Disarmament, Demobilisation and Reintegration) berücksichtigt werden.

Die Hälfte der Jugendorganisationen, die im Bereich Frieden und Sicherheit aktiv sind, operieren mit einem Jahresbudget von unter 5.000 US-Dollar.

In Bezug auf die Arbeit des Sicherheitsrats empfiehlt Guterres eine systematische Einbindung Jugendlicher bei länderspezifischen und thematischen Diskussionen und eine stärkere Berücksichtigung der Jugend als Akteur in der Friedensarbeit bei der Fortschreibung von Mandaten der VN-Friedensmissionen. Im Zeitraum 2015 bis Ende 2019 wiesen lediglich 24 Prozent der Mandatserneuerungen für Friedensmissionen einen Bezug zur Rolle und Bedeutung der Jugend für die Friedenssicherung auf. In 14 der 22 politischen Missionen der VN gibt es mittlerweile einen Koordinator für die Einbindung der Jugend. Bei den eigentlichen Friedensmissionen ist die Bilanz weitaus schlechter: Lediglich in 3

von 13 Blauhelm-Missionen gibt es einen solchen Ansprechpartner zu Youth, Peace and Security. Der Sicherheitsrat selbst versuchte zumindest bei der Hälfte seiner Besuche in den Einsatzgebieten seiner Selbstverpflichtung nachzukommen, entsprechende Konsultationen durchzuführen.

Auf der Ebene der Mitgliedstaaten entwickelte das Thema Youth, Peace and Security eine gute Dynamik. Es formierten sich nationale Koalitionen und Plattformen in Konfliktstaaten wie Afghanistan, der DR Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, dem Irak, Libanon oder Jemen. Unter der Führung von Jordanien und Norwegen gründete sich 2017 eine „Group of Champions“. Staaten wie Kolumbien, Nigeria oder auch die Philippinen sind dabei, analog zum Thema Women, Peace, Security nationale Aktionspläne auszuarbeiten und so einen verpflichtenden politischen Rahmen auf Länderebene zu schaffen. Nachbesserungsbedarf besteht trotz dieser Fortschritte bei der konkreten Einbindung in Friedensverhandlungen, die über eine Beobachterrolle hinausgeht. Zu oft vernimmt man noch von Jugendorganisationen, die in Friedensprozessen repräsentiert sind: „Wir sitzen zwar im gleichen Raum, aber nicht am Verhandlungstisch.“²⁷

Darüber hinaus müssen Mitgliedstaaten auf nationaler wie auch auf VN-Ebene dafür Sorge tragen, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten für Friedensaktivitäten der Jugend verbessern. 50 Prozent der Jugendorganisationen, die im Bereich Frieden und Sicherheit aktiv sind, operieren mit einem Jahresbudget von unter 5.000 US-Dollar.²⁸ Ein zentraler Geber für Aktivitäten im Bereich Youth, Peace and Security ist mittlerweile der von VN-Mitgliedstaaten über die Peacebuilding Commission finanzierte Peacebuilding Fund. Mit der jährlichen Youth Promotion Initiative wurde die Ausschüttung von 2,7 Millionen US-Dollar 2016 auf 20,4 Millionen US-Dollar 2019 erhöht und mit der Ausarbeitung eines strategischen Aktionsplans zu Youth and Peacebuilding nicht nur ein verbindlicher, sondern auch ein verifizierbarer Rahmen geschaffen, einschließlich der Definition von Kernaktivitäten und dazugehörigen Messvariablen. 40 Prozent der Finanzierung

gehen direkt an zivilgesellschaftliche Organisationen für deren Aktivitäten wie auch für deren Kapazitätsstärkung.²⁹ Trotz dieser Fortschritte im VN-Kontext, die nicht nur den durch die VN-Resolutionen 2250 und 2419 gesetzten rechtlichen Rahmen, sondern auch operative Maßnahmen betreffen, sieht Generalsekretär Guterres in seiner Bilanz weiteren Handlungsbedarf durch die Vereinten Nationen in Bezug auf eine noch verbesserungswürdige Integration der YPS-Agenda in die VN-Strategien, Planungsdokumente und Konfliktanalysen, den Schutz von jugendlichen Friedensaktivisten sowie bei der Einrichtung von Koordinatoren und *focal points* für YPS auf der Länder- und Regionalebene und in New York selbst.³⁰

Die Verankerung von Youth, Peace and Security auf der Agenda des Sicherheitsrats – VN-Resolution S/RES/2535 (2020)

Um den Forderungen des Generalsekretärs in Bezug auf die Adressierung der Defizite in der Implementierung der YPS-Agenda mehr Verbindlichkeit zu verleihen, arbeiteten Frankreich als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats und die Dominikanische Republik als gewähltes Mitglied mit Resolution S/RES/2525 (2020) einen weiteren Text aus, der im Juli 2020 unter deutschem Vorsitz im Sicherheitsrat einstimmig angenommen wurde.³¹ Ausgesprochen positiv, wenn auch überraschend angesichts des wachsenden Selbstbewusstseins autokratischer Regime wie Russland und China, sind die Formulierungen in der Resolution zum Schutz der Menschenrechte, des Zugangs zur Justiz und der Integrität rechtsstaatlicher Institutionen und der Schaffung eines sicheren Umfelds für die in Friedensaktivitäten engagierten Jugendlichen sowie zum Schutz des zivilen und politischen Raumes.³² In diesem Zusammenhang wird der Generalsekretär aufgefordert, im Rahmen der Gemeinsamen Agenda zum Schutz im VN-System (Common Agenda on Protection for the UN System) die Bedürfnisse jugendlicher Friedensaktivisten und insbesondere jener, die mit den VN zusammenarbeiten, zu berücksichtigen. Die Mitglieder des Sicherheitsrats fordern darüber hinaus alle VN-Institutionen dazu auf,

die Teilhabe von Jugendlichen in allen Bereichen der Youth, Peace and Security Agenda auszubauen und vor allem auch die Kapazitäten der Jugendlichen in Bezug auf deren Friedensaktivitäten zu stärken. Entsprechende Ansprechpartner (*focal points*) sind hierfür zu benennen.

Die Youth, Peace and Security Agenda soll nun Eingang in alle Strategie- und Planungsdokumente der VN finden.

Die Friedensmissionen sollen gemäß Resolution 2535 Richtlinien zur Ausarbeitung einer Strategie zur Umsetzung der Youth, Peace and Security Agenda erhalten. Die Agenda soll Eingang in alle Strategie- und Planungsdokumente der VN finden. In Unterrichtungen des Sicherheitsrats sollen zivilgesellschaftliche Organisationen und Jugendorganisationen verstärkt eine Stimme erhalten. In Fällen wie der Forderung nach mehr Einbindung der Jugend in formale Friedensprozesse und der Notwendigkeit politischer Initiativen zur Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für Friedensarbeit (wirtschaftliche Entwicklung, Ausbildungsmöglichkeiten, Beschäftigungsangebote und politische Teilhabe) verstärkt Resolution 2535 die Forderungen vorheriger Resolutionen. Mit der Festschreibung einer Berichtspflicht des Generalsekretärs zur Umsetzung der YPS-Agenda alle zwei Jahre verankert Resolution 2535 erstmals das Thema Youth, Peace and Security verbindlich auf der Agenda des Sicherheitsrats und mahnt die Mitgliedstaaten zu mehr Engagement und politischem Willen in der Umsetzung.

Eine positive Bilanz und erfreuliche Dynamik

Zieht man in Betracht, dass seit der Verabschiedung der Resolution 2250 kaum mehr als fünf Jahre vergangen sind, und vergleicht dies mit der Zähigkeit anderer Prozesse, so bleibt festzuhalten, dass die Bedeutung der Jugend zur Konfliktlösung, ihre positive Friedensarbeit und

die Notwendigkeit ihrer Einbindung in offizielle Prozesse mittlerweile internationaler Konsens sind. Mit den Resolutionen 2250, 2419 und 2535 wurde ein rechtsverbindlicher Rahmen für die Youth, Peace and Security Agenda geschaffen, der von den VN, den Mitgliedern des Sicherheitsrats, aber auch von der internationalen Gemeinschaft der VN-Mitglieder nun operativ umzusetzen ist.

Die Europäische Union hat mit der Europäischen Konferenz zu Youth, Peace and Security (2018), dem EU-Konsultationsprozess zu „The Missing Peace“ (2018) und mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats zur Rolle der Jugend bei der Etablierung sicherer, geeinter und konfliktfreier Gesellschaften nicht nur frühzeitig politische Akzente gesetzt. Auch im operativen Bereich ist das Engagement der EU beispielhaft. Mit dem europäischen Instrument für Stabilität und Frieden konnten bereits mehr als 60 Programme, die die Rolle der Jugend in Krisenmanagement und Friedenssicherung stärken, umgesetzt werden.³³

Auf mitgliedstaatlicher Ebene, so auch in Deutschland, wird dem Thema weitaus weniger Bedeutung beigemessen. Jugenddelegierte, die an Veranstaltungen der VN-Generalversammlung in New York teilnehmen, können zwar in Deutschland das Interesse an den Vereinten Nationen wecken.³⁴ Das Thema YPS benötigt aber eine weitaus strategischere Herangehensweise. Eine Vorreiterrolle nimmt Finnland ein, das 2021 als erstes EU-Mitglied einen nationalen Aktionsplan zu YPS verabschiedete.

Strukturelle Veränderungen müssen vor allem auf nationaler Ebene die Teilhabe der Jugend an politischen Prozessen vergrößern, ihre Kapazitäten wie auch Finanzierungsmöglichkeiten verbessern. Wie die Diskussionen zur Umsetzung der Youth, Peace and Security Agenda im Arria-Format³⁵ im September und Dezember 2020 im Sicherheitsrat zeigten, genießt das Thema Konjunktur, da es den in der Friedenssicherung zu verzeichnenden Paradigmenwechsel hin zu inklusiven Prozessen und der Einbindung diverser Akteure mitgestaltet. Viel Vorarbeit für

die Etablierung einer Youth, Peace and Security Agenda wurde im Bereich Frauen, Frieden, Sicherheit (*Women, Peace, Security*) geleistet, in dem bereits zuvor eine marginalisierte Gruppe in der Friedenssicherung Berücksichtigung fand. Sicherlich wird es zukünftig noch stärker notwendig werden, beide Agenden vor allem in ihrer Umsetzung aufeinander abzustimmen, um so auch der Kannibalisierung von Finanzierungsmöglichkeiten bzw. einer Konkurrenzsituation vorzubeugen. Die Schnittmengen beider Agenden sind vorhanden und in allen fünf Säulen der YPS-Agenda müssen die Bedürfnisse und Chancen junger Frauen noch stärker berücksichtigt werden. Gerade die gewählten Mitglieder des Sicherheitsrats haben beim Thema YPS gezeigt, dass es möglich ist, auch in Zeiten neuer geopolitischer Rivalitäten positive Akzente im Bereich Frieden und Sicherheit zu setzen und Konsens herzustellen. Dieses Momentum gilt es aufrechtzuerhalten – das Thema sollte nach dem aktuellen Hype nicht erst wieder bei der Vorlage des nächsten Berichts des Generalsekretärs auf der Agenda des Sicherheitsrats erscheinen.

Andrea Ellen Ostheimer ist Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung bei den Vereinten Nationen in New York.

- 1 Weltbank / VN 2018: Pathways for Peace. Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict, in: <https://bit.ly/3vL8Bv0> [26.10.2021].
- 2 VN-Sicherheitsrat 2020: Youth and peace and security, Report of the Secretary-General (S/2020/167), 02.03.2020, in: <https://bit.ly/3meA70T> [26.10.2021].
- 3 Der Fortschrittsbericht des externen VN-Experten Graeme Simpson bezieht sich auf Daten aus 2016. Mit der seit 2010 zu verzeichnenden Zunahme an bewaffneten Konflikten weltweit in Kombination mit den demografischen Trends ist davon auszugehen, dass die Zahl der betroffenen Jugendlichen weit über einer 25-Prozent-Marke liegt. Simpson, Graeme 2018: The missing peace: independent progress study on youth and peace and security (A/72/761-S/2018/86), VN-Sicherheitsrat, 02.03.2018, in: <https://bit.ly/3jDeqhQ> [26.10.2021]. Siehe auch Strand, Håvard / Hegre, Håvard 2021: Trends in Armed Conflict, 1946–2020, PRIO, Conflict Trends 03/2021, in: <https://bit.ly/3vN6sia> [03.09.2021].
- 4 Aufgrund der divergierenden Definitionen von „Jugend“ im deutschen, europäischen und VN-Kontext, berücksichtigt der vorliegende Artikel die Lage von Kindern und Jugendlichen aus VN-Perspektive. In der Terminologie des VN-Sicherheitsrats deckt der Begriff „Youth“ die Alterskohorte der 18- bis 29-Jährigen ab. Als Kindersoldaten gelten beispielsweise alle Rekrutierten unter 18 Jahren. Auch UNICEF nutzt den Begriff „Kind“ bis 18 Jahre.
- 5 VN 2021: COVID fuelling risk of recruitment and use of children in conflict, UN and EU warn on International Day, UN News, 12.02.2021, in: <https://bit.ly/3vIyXOC> [01.09.2021].
- 6 Save the Children 2021: One in Six Children Living in Conflict Zones at Risk of Sexual Violence by Armed Groups, 17.02.2021, in: <https://bit.ly/3BIYQ7S> [01.09.2021].
- 7 Obgleich Frauen weitaus häufiger Opfer sexueller Gewalt in Konflikten werden, steigt die Zahl der Fälle, in denen Männer vergewaltigt werden. Die Täter versuchen damit, ihre Macht zu demonstrieren und bei den Opfern – häufig junge Männer – das Gefühl zu erzeugen, der eigenen Würde und Männlichkeit beraubt zu sein. Durch die Taten zerstören sie häufig das Selbstbewusstsein der Opfer und degradieren deren Ansehen in Familie und Gemeinschaft.
- 8 Omoeva, Carina / Moussa, Wael / Hatch, Rachel 2018: The Effects of Armed Conflict on Educational Attainment and Inequality, EPDC Research Paper No. 18-03, Education Policy and Data Center (EPDC), 04/2018, in: <https://bit.ly/3Gqdu1l> [01.09.2021].
- 9 Somers, Marc 2018: Youth and the Field of Countering Violent Extremism: Executive Summary, Promundo, in: <https://bit.ly/2XQnWOs> [01.09.2021].
- 10 VN-Sicherheitsrat 2020: 7432nd Meeting: Maintenance of international peace and security. The role of youth in countering violent extremism and promoting peace (S/PV.7432), 23.04.2015, in: <https://bit.ly/3b92mYf> [01.09.2021].
- 11 VN-Sicherheitsrat 2015: Resolution 2250 (2015), 09.12.2015, in: [https://undocs.org/en/S/RES/2250\(2015\)](https://undocs.org/en/S/RES/2250(2015)) [01.09.2021].
- 12 VN 2015: Amman Youth Declaration Adopted at Global Forum on Youth, Peace and Security, 22.08.2015, in <https://bit.ly/2ZnFeTW> [01.09.2021].
- 13 Simpson 2018, N.3.
- 14 Im Gegensatz zu vertikalen Ungleichheiten zwischen Individuen oder einzelnen Haushalten beziehen sich horizontale Ungleichheiten auf Chancenungleichheiten, die durch Zugehörigkeiten zu bestimmten Gruppen (z.B. religiös, ethnisch) bestehen.
- 15 VN-Sicherheitsrat 2018: Resolution 2419 (2018), 06.06.2018, in: [https://undocs.org/en/S/RES/2419\(2018\)](https://undocs.org/en/S/RES/2419(2018)) [01.09.2021].
- 16 Security Council Report 2018: Youth, Peace and Security: Vote on Resolution, 05.06.2018, in: <https://bit.ly/3EjjKpM> [01.09.2021].
- 17 VN-Sicherheitsrat 2018: 8277th Meeting: Maintenance of international peace and security (S/PV/8277), 06.06.2018, in: <https://undocs.org/en/S/PV.8277> [01.09.2021].
- 18 Neben dem im Text erwähnten Beispiel der AU sind die europäischen Initiativen und hier vor allem von der OSZE erwähnenswert. Die Bedeutung der Jugend für Frieden und Sicherheit wird nicht nur in ministeriellen Deklarationen erwähnt, sondern es wird auch durch generationenübergreifende Plattformen des Dialogs in Zentralasien, Osteuropa und auf dem Balkan konkrete Friedensarbeit gemacht. Vom OSZE-Vorsitzenden wurden darüber hinaus Sonderbeauftragte für Jugend und Sicherheit eingesetzt.
- 19 AU 2018: Communique of the 807th meeting of the Peace and Security Council (PSC) on: „Youth, Peace and Security“, 21.11.2018, in: <https://bit.ly/3vK5rrn> [06.09.2021].
- 20 AU 2020: A Study on the Roles and Contributions of Youth to Peace and Security in Africa. An Independent Expert Report Commissioned by the Peace and Security Council of the African Union, 06/2020, in: <https://bit.ly/3jDggOi> [26.10.2021].
- 21 Südafrika schaffte es auch, in die unter seiner Führung ausgearbeitete Resolution 2553 (2020) zur Sicherheitssektor-Reform (SSR) eine Forderung nach mehr Inklusivität in SSR-Prozesse einzubringen und vor allem die Rolle der Jugend in der Konfliktprävention und Friedensarbeit anzuerkennen und stärker zu berücksichtigen.
- 22 VN-Sicherheitsrat 2019: Statement by the President of the Security Council (S/PRST/2019/15), 12.12.2019, in: <https://undocs.org/en/S/PRST/2019/15> [06.09.2021].
- 23 Security Council Report 2019: Peace and Security in Africa: Adoption of a Presidential Statement, 11.12.2019, in: <https://bit.ly/3BgYMGGr> [06.09.2021].

- 24 VN-Sicherheitsrat 2019: 8577th Meeting: Maintenance of international peace and security. Implementation of the youth, peace and security agenda (S/PV.8577), 17.07.2019, in: <https://bit.ly/3Eil5fq> [06.09.2021].
- 25 Die fünf Säulen sind: Teilhabe, Schutz, Prävention, Partnerschaften sowie Disengagement und Reintegration.
- 26 VN-Sicherheitsrat 2020, N. 2.
- 27 Berta, Michela 2020: Expanding Spaces for Inclusive Peacebuilding: Insight from the Torino Forum, United Nations system Staff College (UNSSC), 09.12.2020, in: <https://bit.ly/3BkK9BD> [01.09.2020].
- 28 Simpson 2018, N. 3.
- 29 VN-Sicherheitsrat 2018: Open Debate on Youth, Peace & Security – Statement by the Chair of the Peacebuilding Commission, 23.04.2018, in: <https://bit.ly/3bgJruA> [01.09.2021].
- 30 VN-Sicherheitsrat 2020, N. 2.
- 31 VN-Sicherheitsrat 2020: Resolution 2535 (2020), 14.07.2020, in: [https://undocs.org/en/S/RES/2535\(2020\)](https://undocs.org/en/S/RES/2535(2020)) [01.09.2021].
- 32 „Reaffirms states’ obligation to respect, promote and protect human rights and fundamental freedoms of all individuals, including youth, and ensure equal access to justice and preserve the integrity of rule of law institutions; and to foster an enabling and safe environment for youth working on peace and security, including by protecting civic and political space and condemning hate speech and incitement to violence.“
- 33 Aslani, Valentina 2021: Investing in youth for peace and security – A European perspective, ECDPM, Great Insights magazine 10: 1, 22.03.2021, in: <https://bit.ly/3EiuXHf> [15.10.2021].
- 34 Auswärtiges Amt 2021: Junge Menschen und die Vereinten Nationen, 12.03.2021, in: <https://bit.ly/2Znjs1W> [15.10.2021].
- 35 Diese Format wurde von dem damaligen venezolanischen VN-Botschafter Diego Arria 1992 ins Leben gerufen. Bis dato gab es keine Möglichkeit, um externe Experten zu hören oder Themen auf die Agenda zu bringen, wenn diese für ein formelles Treffen des Sicherheitsrates durch Mitglieder blockiert wurden.



Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Geteilt und doch geeint

Die palästinensische Jugend in einer widersprüchlichen Realität

Steven Höfner / Alena Jabarine

Die palästinensische Jugend ist zerrissen. Fragmentiert in unterschiedlichen Teilen der Palästinensischen Gebiete, leben junge Menschen unter verschiedenen Herrschaftsformen und können nur im Ausnahmefall aufeinandertreffen. Sie tragen die Traumata der vorangegangenen Generationen in sich und müssen sich selbst tagtäglich sowohl den Herausforderungen einer israelischen Militärbesatzung als auch den Repressionen der teilweise korrupten und autoritären palästinensischen Regimes stellen.

„Zum ersten Mal waren wir nicht getrennt in 2,5 Millionen Einwohner des Westjordanlandes, 2 Millionen Einwohner des Gazastreifens, 2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft und eine halbe Million Ost-Jerusalemern und Ost-Jerusalemern, nein! Zum ersten Mal waren wir einfach Palästinenserinnen und Palästinenser. 7 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser!“

Haneen, 34, aus Ramallah

Während der letzten kriegesischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen im Mai 2021 gingen viele Bilder um die Welt. Meistens zeigten diese die Raketen der Hamas, die von dem Raketenabwehrsystem Israels in der Luft abgefangen wurden, sowie Bilder der Zerstörungen in Israel und Gaza. Aber diese bislang letzte Eskalation brachte auch neue Bilder hervor, die es so lange nicht gegeben hatte. Sie zeigten eine rebellierende palästinensische Jugend, die sich organisierte – in Demonstrationen, bei Protestaktionen und in den Sozialen Medien. Hashtags wie #GazaUnderAttack und #SaveSheikhJarrah gingen viral und bestimmten über Tage die Trends bei Twitter.¹ Prominente wie die Topmodels Gigi und Bella Hadid oder Popstar John Legend solidarisierten sich mit den palästinensischen Protesten.

Im Vergleich zu Demonstrationen der vergangenen Jahre protestierte die Jugend aber nicht

ausschließlich gegen die jeweils eigenen lokalen Probleme, wie zum Beispiel in Gaza gegen die Blockade, im Westjordanland gegen den israelischen Siedlungsbau und damit einhergehende Landenteignungen oder in Ost-Jerusalem gegen die Häuserzerstörungen. Stattdessen prägten gemeinsame Slogans wie „End the Occupation“, „Save Sheikh Jarrah“ oder „End the Siege on Gaza“ die Demonstrationen. In Ramallah protestierten junge Menschen in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung Haifas, in Israel in Solidarität mit der Bevölkerung Gazas und in Gaza in Solidarität mit den von Zwangsräumungen bedrohten Bewohnerinnen und Bewohnern in Ost-Jerusalem.

Die Proteste waren zudem mehrheitlich nicht von spezifischen Gruppen oder politischen Parteien organisiert, sondern entstanden häufig spontan, obgleich die Hamas an vielen Orten versuchte, eine prominente Führungsrolle zu übernehmen.² Dennoch gingen Palästinenserinnen und Palästinenser in erster Linie mit einem Gefühl der Einheit auf die Straße: Musliminnen und Muslime, Christinnen und Christen, Jung und Alt, studentische, feministische und gewerkschaftliche Gruppierungen, Mitglieder aller politischer Strömungen. Das Gesamtbild, das sich zeichnete, war für viele ein Bild des Aufbruchs.

Und tatsächlich wird die letzte Protestbewegung, die sich deutlich in den Sozialen Medien widerspiegelte, von vielen Palästinenserinnen und Palästinensern, insbesondere der Jugend, als Beginn einer neuen Ära verstanden, als Anfang

einer besseren Zukunft. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings schnell klar, dass die protestierende Jugend zwar davon überzeugt ist, dass die Situation so, wie sie ist, nicht bleiben kann. Eine einheitliche und verbindende Vision, die es anzustreben gilt, existiert jedoch nicht. Zudem scheint die Realisierung des möglichen gemeinsamen Nenners der Proteste, wie ein Ende der israelischen Militärbesatzung im Westjordanland und eine Auflösung oder zumindest Reformierung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse als Utopie. Ein genauer Blick auf die Lebensrealität, die Herausforderungen und die Hoffnungen der Jugend in den Palästinensischen Gebieten offenbart daher eine vielschichtige Realität der Widersprüche.

Der Anteil der Jugend an der Bevölkerung spiegelt sich nicht in den politischen Machtstrukturen wider.

Derzeit leben im Westjordanland und im Gazastreifen rund 5,2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser.³ Die Bevölkerungszahl hat sich somit in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt.⁴ 66 Prozent der Bevölkerung sind 29 Jahre alt oder jünger⁵, das Durchschnittsalter liegt bei 20,8 Jahren.⁶ Der Anteil der Jugend an der Gesamtbevölkerung ist daher dominierend, allerdings spiegelt sich dies nicht in den politischen und gesellschaftlichen Machtstrukturen wider. Obwohl die 18- bis 29-Jährigen, wie bei den vergangenen Protesten, vermehrt politisch in Erscheinung treten, haben sie bislang keinerlei Einfluss auf die palästinensische Politik geltend machen können. Der Altersunterschied zwischen der Führungselite und dem Durchschnittsalter der Bevölkerung beträgt mehr als 50 Jahre, das Durchschnittsalter des Fatah-Zentralkomitees liegt bei 70 Jahren. Kein Mitglied der palästinensischen Führungsstrukturen ist jünger als 35 Jahre.⁷ Die letzten nationalen Wahlen fanden vor 15 Jahren statt. Der Anspruch der jungen

Gesellschaft auf politische Partizipation wird somit von der alteingesessenen Elite zurückgewiesen.

„Das Internet ist für uns alles. Wir kommunizieren, lernen und arbeiten über das Internet. Bei Luftangriffen werden wir gewarnt, die Solidarität der internationalen Gemeinschaft hilft uns standzuhalten. Ich wüsste wirklich nicht, wie wir ohne das Internet überleben würden.“

Iyad, 24, aus Gaza

Die palästinensische Jugend ist Bestandteil der universellen Generation Z, verbindet dies jedoch mit ihren ganz eigenen Lebenswirklichkeiten und Erfahrungen. Als Generation, die nach dem Abschluss der Oslo-Verträge mit der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde und der kurz darauffolgenden Zweiten Intifada sozialisiert wurde, ist ihr Leben geprägt vom Fortschreiten der israelischen Besatzung, dem innerpalästinensischen Konflikt zwischen Fatah und Hamas sowie dem zunehmenden Autoritarismus der PA. Sie erlebt einerseits die umfassende und stetig ansteigende israelische Kontrolle, lebt aber gleichzeitig unter einer palästinensischen Selbstverwaltung, die mit ihren Institutionen zumindest den Anschein einer Herrschaftsform erfüllt. Diese Parallelität führt innerhalb der palästinensischen Jugend zu widersprüchlichen Wahrnehmungen der Autoritäten, innerhalb derer ihre Bedürfnisse und Wünsche keine tragende Rolle spielen. Zur lokalen Erfahrung der jungen Generation, die zwischen dem Westjordanland, Ost-Jerusalem und Gaza bereits höchst unterschiedlich ist, kommen drei weitere regionale und globale Entwicklungsstränge hinzu: der „Arabische Frühling“, die neue digitale Welt und ihre Möglichkeiten sowie der moderne globalisierte Diskurs unter Jugendlichen.⁸

Der „Arabische Frühling“ offenbarte, dass Widerstand gegen Autoritätspersonen, darunter Eltern, öffentliche Würdenträger und Mitglieder der nationalen Führung, trotz eines hierarchischen Gesellschaftssystems möglich ist.⁹ In den

Palästinensischen Gebieten kam es im Zuge des „Arabischen Frühlings“ zwar nur zu einer geringen Mobilisierung und letztlich zu keinen politischen Auswirkungen, doch die Ereignisse, insbesondere in Ägypten, und die Konfrontation mit den regionalen Eliten haben einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.¹⁰

Hinzu kommen nun die scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten der digitalen Welt. Die palästinensische Jugend ist mittlerweile den Reizen der westlichen Konsumkultur ausgesetzt. So hat sich im Westjordanland seit wenigen Jahren das Online-Shopping etabliert, wodurch ein Zugang zu Marken und Waren möglich wird, die dort lange durch die Beschränkungen der israelischen Besatzung nicht erhältlich waren. Neue

Cafés und Restaurants nach westlichem Vorbild sind zu beliebten Treffpunkten geworden. Das Leben unter den Beschränkungen der Besatzung wird so für viele erträglicher, was den Drang zur Rebellion beschwichtigt. Zudem sind die sozialen Medien für die palästinensische Jugend das Tor zur Welt geworden.

Dies gilt ganz besonders für die Jugendlichen im Gazastreifen, die aufgrund der seit 2007 bestehenden Blockade kaum Möglichkeiten haben, den Küstenstreifen zu verlassen und in direkten Kontakt mit der Außenwelt zu treten. Innenpolitisch hat die Hamas im Laufe der Jahre zwar gegen abweichende Meinungen hart durchgegriffen, die Lehrpläne der Schulen beeinflusst und ihre islamisch-fundamentalistischen



Moralkodizes durchgesetzt.¹¹ Das Internet wird von der Hamas jedoch mit Ausnahme von pornografischem Material kaum zensiert und bildet damit einen für Gaza ungewohnten Ort der Freiheit.

So kann auch der innerpalästinensische Diskurs, der eine zentrale Rolle für die Aufrechterhaltung und Neugestaltung der palästinensischen nationalen, kulturellen und politischen Identität spielt, nur mithilfe Sozialer Medien über die Grenzen und Checkpoints hinweg ermöglicht werden. Zwar ist es für palästinensische Jugendliche in Gaza in der Regel nicht möglich, Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland oder in Israel zu treffen, die Sozialen Medien ermöglichen nun allerdings einen innerpalästinensischen Diskurs, professionelle und künstlerische Kooperationen und sogar den Aufbau von Freundschaften und Beziehungen und wirken somit der Entfremdung durch die Fragmentierung entgegen.

Palästinensische Jugendliche berichten oft von einem kollektiven Erstickungsgefühl und tiefer Entfremdung von der politischen Führung.

Vor allem aber ist es der palästinensischen Jugend durch das Internet möglich, sich mit dem modernen Jugenddiskurs weltweit zu vernetzen und sich ihrer eigenen Bürger-, Menschen- und Individualrechte bewusst zu werden, die teilweise sogar die Frage nach nationalen Rechten in den Hintergrund rücken. Die Verknüpfung der Menschenrechte für Palästinenserinnen und Palästinenser mit anderen Menschenrechtsbewegungen weltweit wurde vor allem im Zusammenspiel mit

der Black-Lives-Matter-Bewegung deutlich, die im Juni 2020 durch den Mord an dem schwarzen US-Amerikaner George Floyd durch einen weißen Polizisten ausgelöst wurde und der sich auch junge Palästinenserinnen und Palästinenser anschlossen. Bis heute ist ein großes Porträt Floyds auf der palästinensischen Seite der israelischen Trennungsmauer in Bethlehem zu sehen, in Ramallah zierten zeitweise Poster die Häuserwände, auf denen George Floyd gemeinsam mit Eyad Hallaq und Razan al-Najjar, zwei palästinensischen Opfern israelischer Polizei- bzw. Militärgewalt, abgebildet war.¹² Für viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser sind Floyd, Hallaq und al-Najjar gleichermaßen Opfer rassistischer Staatsgewalt, die es ihrer Meinung nach mithilfe einer globalen Menschenrechtsbewegung zu bekämpfen gilt.

„Wir haben nicht viel von den Ergebnissen der Wahlen erwartet, aber wir waren so aufgeregt, zum ersten Mal an einem demokratischen Prozess teilzunehmen, zu spüren, dass wir eine Stimme haben könnten, die tatsächlich zählt! Stellt euch das vor, ich bin eine 27 Jahre alte Journalistin und habe noch nie in meinem Leben gewählt. Aber als die Wahlen abgesetzt wurden, haben meine Freunde und ich komplett das Vertrauen verloren. Nach dieser Enttäuschung weiß ich wirklich nicht, ob sich überhaupt noch jemand für künftige Wahlen registrieren lassen würde.“

Jalaa, 27, aus Nablus

Die Widersprüche der palästinensischen Jugend setzen sich im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext fort. Bildung, Karriere und Internationalisierung werden angestrebt, jedoch von Arbeitslosigkeit, Armut und Reisebeschränkungen konterkariert. Die zunehmende Interaktion über die Sozialen Medien verschafft der palästinensischen Jugend zudem Einblicke und Kontakte in andere, freizügigere und liberalere Kulturen im Vergleich zu den traditionellen Konventionen, die in vielen palästinensischen Familien und im öffentlichen Alltag

← Grenzüberschreitend: Ein Porträt von George Floyd zierte die palästinensische Seite der israelischen Trennungsmauer in Bethlehem. Junge Palästinenserinnen und Palästinenser setzen ihren Protest immer mehr in einen internationalen Kontext. *Quelle: © Mussa Qawasma, Reuters.*

vorherrschen. Daher überrascht es kaum, dass viele palästinensische Jugendliche von einem kollektiven Erstickengefühl, Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit ihren Eltern und einer tiefen Entfremdung von der politischen Führung berichten.¹³ Dabei ist nicht nur die Wahrnehmung einer seit Jahrzehnten an der Macht befindlichen Elite mit vorrangig persönlichen Interessen vorherrschend. Die daraus resultierende Distanz führt zu einer steigenden Unzufriedenheit mit den staatlichen Institutionen und den politischen Parteien.

Diese Unzufriedenheit kann bislang nicht in neuen politischen Bewegungen und Parteien kanalisiert werden. Die Fatah-geführte Palästinensische Autonomiebehörde wie auch die Hamas im Gazastreifen lassen Neuregistrierungen von Parteien nicht zu, ein Parteiengesetz wurde in beiden Entitäten nie umgesetzt.¹⁴ Nach der Ankündigung von nationalen Wahlen zu Beginn des Jahres 2021 registrierten sich etwa 30 offiziell von den bereits existierenden Parteien unabhängige Wahllisten. Deren Kampagnenfähigkeit hätte sich auf lediglich vier Wochen Wahlkampf beschränken müssen, parteiähnliche Organisationsstrukturen dürfen nicht aufgebaut werden. Gemäß Umfragen ging von diesen Listen, abgesehen von Abspaltungen der Fatah, keine Gefahr für die etablierten Parteien aus, da nur wenige wohl die Sperrklausel von zwei Prozent überstanden hätten.¹⁵

Vermehrt werden Kritiker des Systems von palästinensischen Sicherheitskräften verhört und festgenommen.

Letztlich wurden die Wahlen, in denen viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser einen neuen Impuls für eine Demokratisierung sahen, unter dem Vorwand der nicht gesicherten Wahlbeteiligung der Ost-Jerusalemmer Bevölkerung abgesagt. Dass die regierende Fatah aufgrund von internen Differenzen und angesichts einer stabilen Hamas um ihre Vormachtstellung

im Westjordanland fürchtete, war insbesondere für die palästinensische Jugend offensichtlich.¹⁶ Einmal mehr wurden Hoffnungen auf kleine Fortschritte weg von der palästinensischen Gerontokratie zurückgewiesen. Neue Ansätze für eine Öffnung der Führungselite oder gar zur Durchführung von Wahlen werden nach dieser neuerlichen Enttäuschung kaum noch Glaubwürdigkeit entfalten.

Darüber hinaus ist politische Aktivität in den Palästinensischen Gebieten auch nicht ungefährlich. Vermehrt werden Kritiker des Systems von palästinensischen Sicherheitskräften verhört und festgenommen.¹⁷ Zudem kann Aktivismus Probleme mit Israel zur Folge haben, wie Festnahmen oder das Verwehren der Ausreise bzw. die Nichtausstellung von Erlaubnispapieren,





Düstere Aussichten? Der Bildungsgrad in der palästinensischen Gesellschaft gilt zwar im internationalen Vergleich als gut, ein starres Bildungssystem und schlechte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aber sorgen bei jungen Menschen für Frust. [Quelle: © Mohammed Salem, Reuters.](#)

Israel zu betreten. Zuletzt zeigte die Tötung des politischen Aktivisten und Systemkritikers Nizar Banat durch palästinensische Sicherheitskräfte, wie hoch der Preis für freie Meinungsäußerung sein kann. Die gewaltvolle Niederschlagung der darauffolgenden Proteste durch den palästinensischen Sicherheitsapparat in vielen Städten des Westjordanlands hatte eine zusätzliche einschüchternde Wirkung.¹⁸

All dies sind Faktoren, die viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser davon abhalten, politisch in Erscheinung zu treten. Die geringen Erfolgsaussichten mit dem gleichzeitig hohen persönlichen Risiko führen bei vielen zu der

Entscheidung, stattdessen eher individuelle Ziele zu verfolgen.

„Wenn du nicht der Sohn oder die Tochter von jemandem mit Einfluss bist, wirst du nicht respektiert. Und die Politikerinnen und Politiker, die über dein Leben entscheiden, sind drei- oder viermal so alt wie du. Es gibt die Regierenden und es gibt uns, die Jugend, keine Verbindung dazwischen. Das ist unser politisches System, ein System von alten Männern. Es ist frustrierend für uns.“

Elias, 21, aus Ost-Jerusalem

Junge Palästinenserinnen und Palästinenser sind somit an individueller Entwicklung und Selbstverwirklichung interessiert, haben aber durch die Beschränkungen der israelischen Besatzung und der zunehmend autoritären palästinensischen Autonomiebehörde kaum Möglichkeiten, diese auch zu verfolgen. Ein Grund dafür liegt im patriarchalischen System, das sich sowohl im gesellschaftlichen Kontext wie auch in der Politik widerspiegelt: Die Ältesten besitzen die Macht und entscheiden mittels eines streng hierarchischen Systems über die Zukunft. Nachwuchskräfte werden weitgehend ausgeschlossen. Insbesondere innerhalb der Fatah spielt das Senioritätsprinzip eine entscheidende Rolle, denn für jedes Jahr der Mitgliedschaft gibt es einen Punkt, deren Summe sodann für hochrangige Positionen qualifiziert. Die palästinensische Gerontokratie kann damit auch als Spiegelbild der internen Organisationsprinzipien der Fatah betrachtet werden.

Die Beteiligung an den Hamas-Strukturen ist an die bedingungslose Unterstützung für deren islamistische Ideologie geknüpft.

Die Hamas im Gazastreifen wiederum hat sich zwar in mehreren internen Wahlen seit 2007 einem innerparteilichen Diskussionsprozess gestellt, nach außen hin schränkt sie jedoch Meinungs- und Pressefreiheit stark ein und geht massiv gegen kritische Stimmen vor.¹⁹ Die Beteiligung an den Hamas-Strukturen ist zudem an die bedingungslose Unterstützung für deren islamistische Ideologie geknüpft. Dennoch wächst die Zustimmung zur Hamas vor allem in Zeiten von Krieg bzw. Eskalationen.²⁰ Von vielen Palästinenserinnen und Palästinensern – selbst jenen, die der Hamas sonst politisch, ideologisch und manchmal sogar religiös fern sind – wird die Hamas in solchen Zeiten oftmals als einzige Kraft wahrgenommen, die Israel etwas entgegensetzen kann. Insbesondere während der Eskalation im

Mai 2021 paarte sich diese Einschätzung mit der Enttäuschung vieler über Präsident Mahmoud Abbas und die palästinensische Autonomiebehörde mitsamt der Fatah, die während der Proteste in allen palästinensischen Städten kaum in Erscheinung trat.

Doch die palästinensische Gesellschaft wird nicht nur von patriarchalischen und hierarchischen Strukturen geprägt. Die anhaltende politische Spaltung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland aufgrund der Rivalität zwischen Hamas und Fatah führt zu einem vertieften Fraktionalismus, der Gräben auch durch Familien hinweg aufreißt. Dennoch folgen mitunter palästinensische Jugendliche dem politischen Beispiel ihrer Eltern, da eine Mitgliedschaft in einer der beiden Parteien zumindest theoretisch eine Chance auf Gehör und einen Arbeitsplatz verspricht. Andererseits werden junge Palästinenserinnen und Palästinenser immer wieder auch aufgrund der politischen Ausrichtung ihrer Familien etikettiert, obgleich sich die politischen Überzeugungen nicht decken mögen. Der Fraktionalismus und die Zugehörigkeit zur Partei eröffnen sodann eine allgegenwärtige Erwartungshaltung gegenüber dem eigenen Lager. Da sowohl Fatah als auch Hamas in ihren jeweiligen Entitäten den öffentlichen Sektor und damit den Hauptarbeitgeber dominieren, ist Korruption alltäglich.²¹ Wer sich Vorteile verschaffen möchte, findet an entsprechender Stelle einen Parteifreund. Die meisten palästinensischen Jugendlichen empfinden dies zwar als schädlich, dennoch werden sie häufig, wenn auch ungewollt, mindestens über den Bildungs- oder Arbeitsmarkt in derartige Abhängigkeiten gedrängt.

„Ich habe Sport studiert, ich war Handballspieler des Nationalteams. Aber jetzt arbeite ich als Tagelöhner in Israel. Jeden Morgen überquere ich an einer anderen Stelle die Grenze. Was soll ich tun? Da drüben verdiene ich dreimal so viel Geld wie hier, und ich brauche das Geld, um eine Familie zu gründen. Ich habe keine Wahl.“

Yazan, 29, aus Tulkarem

Denn auch die wirtschaftlichen Aussichten sind düster. Die Beschränkungen der israelischen Besatzung und die teils willkürlich erscheinende Bürokratie der Palästinensischen Autonomiebehörde machen ein Florieren der Wirtschaft oder eine Entfaltung von neuen Unternehmensideen nahezu unmöglich. Dies hat zur Folge, dass viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser zunächst ihre Kapazitäten dafür aufbringen müssen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – politisches Engagement verliert dementsprechend an Priorität.

Phänomene wie Kriminalität, Selbstmord, Prostitution oder Drogensucht nehmen zu.

Der Bildungsgrad in der palästinensischen Gesellschaft gilt zwar im internationalen Vergleich als gut, dennoch sorgt besonders dieser Bereich für eine beachtliche Frustration. Je nach Region besitzen zwischen knapp 14 Prozent (Region Hebron) und 23,4 Prozent (Region Ramallah) der Menschen in den Palästinensischen Gebieten einen Universitätsabschluss.²² Doch eine Arbeitslosenquote von 53 Prozent unter jungen Absolventinnen und Absolventen, im Gazastreifen gar 72 Prozent, führt aufgrund der enttäuschten Erwartungen an das Leben nach dem Studium und der Realität der Arbeitslosigkeit häufig zu einer schweren persönlichen Krise.²³ Dementsprechend nehmen Phänomene wie Kriminalität, Selbstmord, Prostitution, Drogensucht, Schwierigkeiten bei der Familiengründung, Scheidung und Auswanderung (sofern möglich) insbesondere bei hochgebildeten Personen zu.²⁴

Neben einer hohen Quote an Akademikerinnen und Akademikern existiert jedoch auch eine hohe Schulabbrecherquote: 25 Prozent der männlichen 15-Jährigen haben die Schule vorzeitig beendet.²⁵ Hauptgründe dafür sind einerseits das Fehlen eines anregenden Bildungsumfelds aufgrund eines starren Bildungssystems, ein Mangel an Schulen, der zu beengten Klassenzimmern

führt, und Schulunterbrechungen aufgrund von Verhaftungen, die insbesondere männliche Jugendliche treffen. Weiterhin veranlassen die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen viele Schüler, die Schule zu verlassen, um ihre Familien zu ernähren oder um von ihnen unabhängig zu werden. Bei jungen Frauen ist die Frühverheiratung oftmals eine bevorzugte Option, da sie ihre Familien finanziell entlastet. Die geringen Chancen, mit Universitätsabschlüssen einen angemessenen Job zu bekommen, lassen viele Heranwachsende zudem fragen, warum sie überhaupt Geld und Zeit verschwenden sollen, wenn der israelische unqualifizierte oder illegale Arbeitsmarkt höhere Löhne verspricht als eine qualifizierte Arbeit im Westjordanland.²⁶ So ist es mittlerweile besonders in palästinensischen Städten nahe der israelischen Sperranlage zu einem gut dokumentierten Phänomen geworden, dass junge Palästinenser im Morgengrauen durch Löcher in der Anlage israelisches Gebiet betreten, um dort ohne Genehmigung als billige Arbeitskräfte unter anderem in gastronomischen Betrieben oder auf Baustellen zu arbeiten.

„Die Jugend in Jerusalem hat niemanden, der für sie spricht oder sich für sie einsetzt. Doch in den letzten Monaten hat sie es geschafft, sich selbst eine Stimme zu geben. Sie hat Wege gefunden, sich für ihre Rechte einzusetzen und deutlich zu machen, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt Palästinas ist.“

Rami, 43, aus Ost-Jerusalem

Vor allem das von Israel annektierte Ost-Jerusalem ist während des letzten Krieges erneut in den internationalen Fokus gerückt. Nicht nur, weil die gewaltvollen Zusammenstöße um die Al-Aqsa-Moschee zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern auf der einen und der israelischen Armee auf der anderen Seite von der Hamas im Gazastreifen als Vorwand genutzt wurden, um die ersten Raketen auf israelisches Gebiet abzufeuern. Auch nach dem Einsetzen des Waffenstillstands standen die Al-Aqsa-Moschee und der Felsendom immer wieder als nationale und religiöse Symbole der Palästinenserinnen

und Palästinenser und auch der muslimischen Menschen weltweit im Fokus von Protesten und Zusammenstößen. Nicht selten waren diese auch provoziert von rechtsradikalen Siedlerorganisationen, die Märsche durch den muslimischen Teil der Jerusalemer Altstadt planten und dabei teilweise von ihnen nahestehenden israelischen Knesset-Abgeordneten unterstützt und begleitet wurden. Viele palästinensische Israelis aus anderen Städten kamen daraufhin nach Jerusalem, um sich hinter die Bewohnerinnen und Bewohnern Ost-Jerusalems zu stellen und die palästinensische nationale Sache am Felsendom zu verteidigen.

Die palästinensische Jugend in Ost-Jerusalem ist faktisch auf sich allein gestellt.

Diese Entwicklung ist bedeutsam, zieht man in Betracht, dass für viele Jugendliche Ost-Jerusalems in den vergangenen Jahren ein Prozess der „Normalisierung“, also der Anpassung an eine von israelischer Politik und Gesellschaft vorgegebene Lebensweise, eingesetzt hat. Dies liegt vor allem an der sich verstärkenden Annahme, dass ein unabhängiger palästinensischer Staat nicht nur nicht entstehen wird, sondern dass sie als Bewohner des von Israel annektierten Ost-Jerusalems ohnehin kein Teil davon sein würden.²⁷ Abgeschnitten von ihrem palästinensischen Hinterland im Westjordanland, ohne Aussicht auf eine politische Einigung und unter einer allgegenwärtigen Diskriminierung in der israelischen Gesellschaft²⁸, ebenso wie am israelischen Wirtschafts- und Justizsystem leidend, sind die Jugendlichen in Ost-Jerusalem gefährlich desillusioniert. Zusammen mit Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Armut und Aggressionen durch israelische Siedlerinnen und Siedler führt dies unter den in Jerusalem lebenden Jugendlichen zu einem bedrohlichen Maß an Hoffnungslosigkeit, was zur Folge hat, dass das individuelle „heroische Märtyrertum“ für eine wachsende Zahl junger Menschen zum Wunsch wird.²⁹

Da Ost-Jerusalem seit 1980 von Israel annektiert ist und spätere israelische Regierungen dort aktiv eine Politik der Ansiedlung von eigenen Staatsbürgern durchführten, was sich unter anderem durch Häuserzerstörungen, intensivierten Siedlungsbau sowie Entzug palästinensischer Personalausweise äußert, ist nicht zu erwarten, dass israelische Regierungen absehbar sich der Misere der palästinensischen Jugend in Ost-Jerusalem annehmen bzw. Programme zur Förderung der Jugend entwickeln werden. Die palästinensische Regierung im annektierten Ost-Jerusalem hat hingegen keine Handlungsmacht, sodass die dortige palästinensische Jugend faktisch auf sich allein gestellt ist.

Umso bemerkenswerter ist, dass es Ost-Jerusalem und die politischen Aktivitäten der dortigen Jugend waren, die den Kampf für palästinensische Menschenrechte zurück auf die internationale Agenda brachten. Die protestierenden Anwohner der Stadtteile Sheikh Jarrah und Silwan erfuhren eine zuvor nicht gekannte Prominenz. Die von Zwangsräumungen bedrohten Geschwister Mona und Mohammad al-Kurd wurden zu neuen Ikonen der palästinensischen Jugendbewegung, nahezu alle großen internationalen Nachrichtenprogramme berichteten über sie. Ob diese Welle der Solidarität aber tatsächlich auch langfristig für politische Veränderungen vor Ort sorgen wird, das ist momentan die Frage, die viele palästinensische Aktivisten Ost-Jerusalems beschäftigt.

„Allein schon die letzten Monate waren sehr hart. Es ist schwierig, hoffnungsvoll zu bleiben und das Gefühl zu haben, ich könnte etwas verändern. Besonders wenn so viele Elemente außerhalb meiner Kontrolle liegen. Meine Freunde und Gleichaltrige sind diejenigen, die mir jeden Tag beibringen, dass wir als Palästinenserinnen und Palästinenser die Macht haben, unsere Stimme zu gebrauchen. Wir werden weitermachen, bis wir gehört werden.“

Ayat, 25, aus Ramallah

Das widersprüchliche Bild, das sich zeichnet, wenn man sich die Lebensrealität der palästinensischen Jugend in den Palästinensischen Gebieten anschaut, lässt erahnen, warum es für viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser bislang noch als bessere Option erscheint, sich innerhalb ihres jeweiligen Systems (israelische Militärbesatzung, Zuständigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde, Hamas-Regime) zu arrangieren, anstatt dagegen zu rebellieren. Trotz der Möglichkeiten des Internets, untereinander und mit der Außenwelt in Kontakt zu treten und sich über die eigenen Rechte zu informieren, erschweren die geografische Trennung und die unterschiedlichen Herrschaftsformen noch immer die Möglichkeit, im großen Stil gemeinsam politisch aktiv zu werden. Gleichzeitig fühlen sich junge Menschen angesichts der Macht, Stärke und partiellen Gewaltbereitschaft des israelischen Militärs, der palästinensischen Sicherheitskräfte und der Hamas wehrlos und von der internationalen Gemeinschaft, die nicht in der Lage ist, sie bei dem Schutz ihrer Grundrechte zu unterstützen, allein gelassen.

Trotz dieser sehr düsteren Lage schafft die palästinensische Jugend es dennoch immer wieder, durch Optimismus, Tatendrang und Kreativität zu überraschen. Nicht nur gelten Palästinenserinnen und Palästinenser im globalen Vergleich als sehr gebildet, auch hat in den vergangenen Jahren die Anzahl an Neugründungen von Unternehmen zugenommen. Die palästinensische Jugend schafft es, junge Menschen überall auf der Welt für die Legitimität der Forderung nach Menschenrechten zu begeistern. Für viele junge Palästinenserinnen und Palästinenser gilt außerdem das bloße Bleiben und eine Entscheidung gegen das Auswandern immer noch als höchste Form des Widerstands, gemäß dem weit verbreiteten Slogan „Existence is Resistance“.

Die Tatsache, dass dies trotz der harten und ungerechten Lebensrealitäten der Fall ist, erlaubt Grund zur Hoffnung, dass die palästinensische Jugend den Traum eines würdevollen Lebens noch nicht aufgeben hat. Doch klar ist auch: Mit der israelischen Besatzungspolitik und mit einem fortgesetzten gerontokratischen

Herrschaftssystem der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie dem repressiven Handeln der Hamas wird der Traum auf eine bessere Zukunft sich so bald nicht erfüllen.

Steven Höfner ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Palästinensischen Gebiete mit Sitz in Ramallah.

Alena Jabarine ist Projektmitarbeiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Palästinensischen Gebiete.

- 1 Getdaytrends 2021: #GazaUnderAttack, in: <https://bit.ly/3GPtlqy> [03.09.2021], #SaveSheik Jarrah, in: <https://bit.ly/31mHk6T> [03.09.2021].
- 2 Sen, Somdeep 2021: Hamas wasn't behind the Jerusalem protests. So why is it fighting?, The Washington Post, 18.05.2021, in: <https://wapo.st/3mNHEE2> [03.09.2021].
- 3 Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) 2021: Indicators. Census, in: <https://bit.ly/3wgpP3u> [03.09.2021].
- 4 Worldometer 2021: State of Palestine Population (Live), in: <https://bit.ly/3wmKmn5> [03.09.2021].
- 5 PCBS 2021, N. 3.
- 6 Worldometer 2021, N. 4.
- 7 REFORM 2021: Annual Report 2020, S. 59, in: <https://bit.ly/322AAvy> [11.12.2021].
- 8 Milstein, Michael 2019: „Sorry, You Have Been out of Bounds“: A Profile of the Palestinian Youth Generation, Washington Institute, 24.05.2019, in: <https://bit.ly/3BKcgFX> [03.09.2021].
- 9 Ebd.
- 10 Miller, Aaron David 2019: Why no Arab Spring in Palestine?, Carnegie Endowment for International Peace, 13.11.2019, in: <https://bit.ly/3GN6JHj> [03.09.2021].
- 11 Yezid Sayigh 2011: Crown Center for Middle East Studies, „We Serve the People“ – Hamas Policing in Gaza, Brandeis University, S. 97.
- 12 Eyad Hallaq war ein autistischer Palästinenser, der in Ost-Jerusalem von einem israelischen Polizisten getötet wurde, als er auf dem Weg zu seiner Therapie war. Razan al-Najjar war eine Krankenschwester aus Gaza, die vom israelischen Militär erschossen wurde, während sie verletzte Demonstranten an der Grenze zu Israel behandelte.
- 13 Milstein 2019, N. 8.
- 14 Carnegie Middle East Center 2010: Palestine – A detailed description of Palestine's political system, 09.12.2010, in: <https://bit.ly/2ZYAe8g> [03.09.2021].
- 15 Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR) 2021: Public Opinion Poll No (79), Pressemitteilung, 23.03.2021, S. 3, in: <https://bit.ly/3CPvdxs> [03.09.2021].
- 16 Hatuqa, Dalia 2021: Gen Z Reclaims the Palestinian Cause, Foreign Policy, 25.05.2021, in: <https://bit.ly/3EOdWVO> [03.09.2021].
- 17 The Office of the European Union Representative (EEAS) 2021: Local statement on the arrests of activists by the Palestinian Authority, 24.08.2021, in: <https://bit.ly/3nTrI2g> [03.09.2021].
- 18 Höfner, Steven / Steckelbach, Pia 2021: Ein Sicherheitsapparat ohne Gewaltmonopol, 27.09.2021, in: <https://bit.ly/3q4hsXU> [14.10.2021].
- 19 Freedom House 2021: Freedom in the World 2021. Gaza Strip, in: <https://bit.ly/3bJEFpV> [03.09.2021].
- 20 PCPSR 2021: Public Opinion Poll No (80), Pressemitteilung, 15.06.2021, S. 2, in: <https://bit.ly/3EMN2xj> [03.09.2021].
- 21 Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA) 2017: Palestinian Youth – With a Special Focus on Jerusalem, 04/2017, S. 11, in: <https://bit.ly/30HLQSa> [03.09.2021].
- 22 PCBS 2017: Percentage Distribution of Palestinian Population (15 years and above) in Palestine by Sex, Educational Attainment and Governorate, 2017, in: <https://bit.ly/3q8pT4p> [03.09.2021].
- 23 Wafa News 2020: PCBS: Unemployment among new graduates in Palestine one of the highest, 08.07.2020, in: <https://bit.ly/3nXJpxL> [03.09.2021].
- 24 Milstein 2019, N. 8
- 25 UNICEF 2018: Nearly 25 per cent of boys aged 15 out of school in the State of Palestine, 26.07.2018, in: <https://uni.cf/3BOH2T5> [03.09.2021].
- 26 PASSIA 2017, N. 21, S. 6.
- 27 Ebd., S. 9.
- 28 Palästinensische Bewohnerinnen und Bewohner von Ost-Jerusalem besitzen eine sogenannte Jerusalem-ID. Die ID ist ein Residenzstatus mit allen Pflichten, inklusive der Steuerpflicht, aber im Vergleich zur israelischen Staatsbürgerschaft ohne vollumfängliche Rechte, wie etwa dem nationalen Wahlrecht. Die Berechtigung zur ID ist mit einem ständigen Lebensmittelpunkt in Jerusalem verknüpft und wird bei Umzug oder bei längeren Aufenthalten an einem anderen Ort entzogen.
- 29 PASSIA 2017, N. 21, S. 2.



Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Gefürchtet und umgarnt zugleich

Die Jugend im Blickpunkt der afrikanischen Politik

Anna Reismann / Benno Mühler

Mit über 60 Prozent stellt die Generation der unter 25-Jährigen die größte Bevölkerungsgruppe in Subsahara-Afrika, doch die Mehrzahl der afrikanischen Regierungen holt die jungen Menschen nicht ab. Die Afrikanische Union (AU) hat zwar zur Verbesserung der Jugendpolitik wichtige Beiträge geleistet, ihre Konzepte bleiben jedoch oft praxisfern und werden selten von den Mitgliedstaaten umgesetzt. Diese fokussieren sich ihrerseits zu stark auf Beschäftigungspolitik. Stattdessen sollten die AU und ihre Mitgliedstaaten das politische und zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen stärker als bislang fördern.

„Dieser Sieg ist nicht meiner, sondern einer von allen Bürgern unseres großartigen Landes, insbesondere der Jugend, die in großer Zahl wählen ging, mit viel Kraft...“ Jubel geht durch das gefüllte „Helden“-Stadion von Lusaka, der Hauptstadt Sambias, und unterbricht den neu gewählten Präsidenten im Wort. Er hält kurz inne, rückt seine COVID-Maske zurecht und schaut wieder auf sein Redemanuskript. „Dieser Sieg ist für euch alle, ihr Bürger unseres großartigen Landes, insbesondere für die Jugend, die in großer Zahl mit viel Kraft und Leidenschaft wählen ging und diesen Tag wahr gemacht hat. Danke an die Jugend Sambias.“¹

Ende August 2021 wird, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland, Hakainde Hichilema als siebter Präsident Sambias vereidigt. Das Land gehört zu den stabilsten Demokratien des afrikanischen Kontinents. Nicht alle, aber viele Wechsel an der Staatsspitze von Afrikas zweitgrößtem Kupferproduzenten fanden seit der demokratischen Öffnung 1990 durch freie und faire Wahlen statt. Dreimal löste die Opposition die Regierung ab.² Auch diese Wahl reiht sich in die für Afrika eher ungewöhnliche Bilanz ein, obwohl kurzzeitig die Sorge bestand, dass der unterlegene Amtsinhaber Edgar Lungu die Zügel nicht freiwillig abgeben würde, als er das Ergebnis zunächst nicht anerkannte.

Seine Präsidentschaft wird als eine in Erinnerung bleiben, in der Freiheitsrechte stark beschnitten

wurden. Unter anderem ließ er seinen Konkurrenten Hichilema verhaften, der erst nach 100 Tagen wieder freikam und nun, im sechsten Anlauf, Präsident des Landes wurde.³

Eine wichtige Wählergruppe

Hichilema, der Vorsitzende der sozialliberalen Partei UNDP (United Party for National Development), wurde maßgeblich durch die junge Generation zum Sieg getragen. „Belly“, so der Spitzname Hichilemas, „will fix it“. „Belly wird es richten“, lautete eine bekannte Wahlkampfparole. Nach dem Wahlsieg ist nun die Erwartung in der jungen Generation groß, dass Belly liefern wird. Die Jugendarbeitslosigkeit steht offiziell bei rund 22 Prozent.⁴ Die Inflationsrate Sambias liegt bei 25 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt ging 2020 um 3 Prozent zurück.

„Zur arbeitslosen jungen Bevölkerung sage ich“, führt Präsident Hichilema seine Rede fort, „ein neuer Tag bricht an, an dem ihr ausgebildet und die Möglichkeit finden werdet zu arbeiten oder Handel zu treiben. In einer Wirtschaft, die energisch wiederbelebt werden wird, und das schon sehr bald. Sehr, sehr bald.“⁵

Ohne Perspektive

Über mangelnde Aufmerksamkeit auf dem Papier und in Wahlkampfreden kann sich die Jugend Afrikas nicht beklagen – weder in Sambia

noch in anderen Ländern auf Europas Nachbar-kontinent. Rund 60 Prozent der Bevölkerung der 49 Staaten Subsahara-Afrikas sind jünger als 25 Jahre alt. Gefürchtet und umgarnt zugleich bieten sie Regierungen und Opposition ein Potenzial, um das diese auch genau wissen. Abgeholt werden die Jungen jedoch meist von beiden nicht. Versprechungen verpuffen. Korruption hat Bestand. Ein Mentalitätswechsel tritt nicht ein. Die maroden Volkswirtschaften verharren in ihrer großen Mehrzahl in alten Mustern und fangen die demografische Entwicklung ihrer Länder nicht auf. So nutzt der Kontinent seine vielleicht wichtigste Ressource nicht, die ohne Perspektive bleibt. Stattdessen wachsen Armut und Migrationsdruck. Extremisten haben leichtes Spiel.

Unter jungen Ugandern besteht die Bereitschaft zu einem radikalen Wandel.

Wer durch die Hauptstädte und das Hinterland des Kontinents reist, kennt die Bilder: In Addis Abeba verkaufen Straßenkinder aus hölzernen Bauchläden Kaugummi und Schokoladenkekse. Zwischen den parkenden Autos im Fährhafen von Daressalam machen junge Männer mit ihrem Mund ein Quietschgeräusch und bieten Wasser aus kleinen Plastiksäckchen feil. Auf dem Dorf in der Elfenbeinküste gibt es meist nicht viel mehr Abwechslung als den Fußballplatz. Junge Mädchen helfen im Haushalt, die Jungen auf dem Feld und in der Kakaopflanzung. Zwar wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten Grund- und Hochschulbildung auf dem Kontinent stark ausgebaut, doch für all die Schulabgänger und Diplomierten gibt es nicht genug Arbeitsplätze.

Es brodelt in der Jugend Ugandas

Auch in Uganda sieht das Bild ähnlich aus. Das Jahr 2021 begann in dem ostafrikanischen Binnenland mit der Bestätigung des seit 35 Jahren regierenden Präsidenten Yoweri Museveni im Amt. Bei seinem ersten Amtsantritt waren die meisten Bürger noch nicht geboren: 46 Prozent

der Bevölkerung sind 14 Jahre alt oder jünger⁶ und über drei Viertel sind unter 35 Jahre alt.

Wie in Sambia prägte die junge Generation auch in Uganda den Wahlkampf. Der Wunsch nach einer Veränderung im zweitjüngsten Land der Welt mit einem Altersdurchschnitt von aktuell 15,8 Jahren⁷ ist groß und deutlich spürbar. Insbesondere unter den jungen Leuten besteht die Bereitschaft zu einem radikalen Wandel.

Es fehlen Arbeitsplätze. Der demografische Druck wächst und wächst. Seit Beginn des Millenniums verzeichnet Uganda ein konstantes Bevölkerungswachstum von über drei Prozent. Sollte der heutige Trend von 3,7 Prozent anhalten, wird sich die Bevölkerung von zurzeit 47 Millionen in weniger als 20 Jahren verdoppeln.⁸ Schon jetzt strömen immer mehr Menschen in die Städte. Die damit verbundenen Hoffnungen, Erwartungen, aber auch Enttäuschungen ob der nicht erfüllten Wünsche sind groß.

Diese Stimmung konnte im Wahlkampf am besten Robert Kyagulanyi Ssentamu – besser bekannt unter seinem Künstlerpseudonym Bobi Wine – für sich nutzen. Dem in den Straßen omnipräsenten Wahlversprechen des Präsidenten, die „Zukunft zu sichern“⁹, stellte der 40-jährige ehemalige Musiker seinen simplen, aber drastischen Hashtag #WeAreRemovingADictator entgegen und mobilisierte auf diesem Wege zahlreiche Anhänger in den sozialen Medien. Die heftige, aber kurze Welle seiner Popularität sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch er nicht in der Lage war, konkrete Lösungen für die jungen Ugander anzubieten. Er reiht sich in die Linie von Politikern ein, die einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen versprechen. Wenn, wie so oft nach einem Wahlsieg, die Versprechungen nicht mit Leben gefüllt werden, bleibt die Jugend enttäuscht zurück und verliert zu Recht den Glauben an die Politik.

Eine Charta für die Jugend

Um die Lage der Jugend auf dem Kontinent zu verbessern, nahm die Afrikanische Union das Thema vor 15 Jahren auf ihre Agenda. Die AU

kann zwar keine Arbeitsplätze schaffen, jedoch ihre Mitgliedstaaten dazu anregen, Politiken zu formulieren, die stärker auf die Interessen und Bedürfnisse der Jugend ausgerichtet sind. 2006 verabschiedeten die AU-Mitgliedstaaten bei ihrer Vollversammlung in Banjul, Gambia – damals noch regiert von Diktator Yahya Jammeh – die bis heute gültige Afrikanische Jugend-Charta (African Youth Charta). Das Dokument war im Lichte der Millennium Development Goals entstanden, welche neben der Beseitigung extremer Armut und extremen Hungers unter anderem zu einer flächendeckenden Grundschulbildung sowie zu einem Rückgang der Geburtensterblichkeit beitragen sollten.

Die Afrikanische Jugend-Charta von 2006 haben bis heute 39 von 55 Staaten der AU ratifiziert.

„Überzeugt, dass Afrikas größte Ressource seine junge Generation ist“, wie es in der Präambel der Charta heißt, „und dass durch ihre aktive und volle Teilhabe Afrikaner die vorausliegenden Herausforderungen bewältigen können“, verabschiedeten die Mitgliedstaaten das Dokument.¹⁰ Darin definierten sie die „Jugend“ mit der Altersspanne von 15 bis 35 Jahren.

Papiere und Posten sind noch keine Erfolge

Eine Kernforderung der Charta ist es, dass alle AU-Mitgliedstaaten eine „Nationale Jugendpolitik“ entwickeln sollen – insofern sie noch keine haben. Die AU möchte ihre Rolle als Koordinator wahrnehmen, den Wissensaustausch zwischen den Mitgliedstaaten fördern und ihrerseits mehr Angebote der Teilhabe innerhalb der Organisation schaffen. Fast vier Jahre dauerte es, bis das Dokument in Kraft trat, obgleich dafür nur die Ratifizierung durch 15 Mitgliedstaaten nötig war. Von 55 AU-Mitgliedstaaten haben es bis heute 39 ratifiziert.

Zeitgleich mit Inkrafttreten der Charta 2009 verabschiedete die AU-Vollversammlung einen „Jugendaktionsplan für die Dekade von 2009 bis 2018“ (African Youth Decade 2009–2018 Plan of Action). Der Plan formulierte konkrete Maßnahmen, mit denen die Inhalte der Jugend-Charta durch die Mitgliedstaaten in die Tat umgesetzt werden sollten. Die AU und die Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) würden die Staaten bei der Entwicklung von Politiken und Programmen unterstützen und versuchen, die öffentliche Wahrnehmung von Jugendthemen in Afrika zu erhöhen.

Wer ist die afrikanische Jugend? Was möchte sie?

Das heutige Afrika ist ein anderes als zur Stunde der Entkolonialisierung. Somit sind auch die Einstellungen, Prioritäten und Ziele der heutigen Jugend andere als die der Gründungsväter. „Für sie war das Ziel die Unabhängigkeit. Doch wir wollen einen Kontinent ohne Grenzen. Wir wollen E-Governance. Wir wollen das Internet für Innovationen nutzen. Wir wollen E-Commerce. Wir wollen Handel treiben“, sagt etwa Aya Chebbi, bis vor Kurzem Jugendbeauftragte der Afrikanischen Union.¹¹ Die Position wurde im Zuge des Dekaden-Aktionsplans geschaffen und soll zu einer stärkeren Öffentlichkeit für die Jugend in Afrika beitragen. Die tunesische Social-Media-Aktivistin Chebbi ist bekennende Feministin. Jung, weiblich, kämpferisch, das sieht öffentlich gut aus. Aber repräsentiert das auch die Jugend Afrikas? Und sind es die Dinge, die Chebbi in einem Interview mit der Voice of America aufzählt, die die afrikanische Jugend wirklich möchte?

Das Bild einer technikaffinen, jungen afrikanischen Generation, die schicke Modeaccessoires trägt und das Klischee einer vibrierenden Start-up-Szene erfüllt, ist nur in begrenztem Maße richtig. Das Gros der Jugend Afrikas ist arm und lebt, wie allgemein die Mehrheit der Bevölkerung, auf dem Land, abgeschnitten von grundlegender Infrastruktur wie fließend Wasser und Strom – vom schnellen Internet ganz zu schweigen. Betrachtet man ferner die Jugend als

die Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsensein, dann hat der Ausbau von Grund- und Hochschulbildung zwar die Dauer dieses Lebensabschnitts auch auf dem afrikanischen Kontinent verlängert. Dieser hat im Vergleich zu den offenen Gesellschaften der westlichen Staaten jedoch keine industrielle Revolution durchlaufen. Traditionelle Sozialstrukturen mit klaren Rollenmustern für Mann und Frau haben Bestand. Sich auszuprobieren, sich selbst zu finden, kreativ zu

sein, ist anders als im Westen nur wenigen jungen Menschen in Afrika vorbehalten.

Eine durchwachsene Bilanz

Genauso wie das von der AU unter anderem in Person von Aya Chebbi vermittelte Bild der Jugend Afrikas fehlgeht, muss die gesamte Bilanz der Charta kritisch gesehen werden, auch wenn sie bis dato zu den wichtigsten Initiativen und



Junge Männer in einer offenen Goldmine in Uganda: Während im Diskurs mancher Regionalorganisation der Eindruck erweckt wird, E-Government und E-Commerce seien die größten Anliegen der afrikanischen Jugend, lebt deren weitaus größter Teil in einfachsten Verhältnissen oder sogar in Armut. [Quelle: © James Akena, Reuters.](#)



Bereichen gehört, in denen die AU Akzente setzen konnte. Zum einen weist das 22-seitige Dokument an sich bereits mehrere Probleme auf. Liest man es, vermittelt es zuweilen den Eindruck, als ob es zum Zeitpunkt seiner Formulierung keine geltenden Verfassungen mit grundlegenden Freiheitsrechten in Afrika gab. So werden für die Jugend das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auf Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und vielen anderen Dingen gefordert. Vor allem aber konnte die AU-Jugend-Charta die Jugendpolitiken der Mitgliedstaaten in der Praxis insgesamt nicht aufwerten. Zwar haben bis heute 32 afrikanische Staaten eine Nationale Jugendpolitik entwickelt.¹² Vieles ist jedoch Theorie geblieben. Implementierung ist das große Problem. Außerdem stellt die Mehrzahl der Strategiepapiere die Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt.

Jugendpolitik ist nicht gleich Beschäftigungspolitik

Ghanas Jugendpolitik von 2010 – die National Youth Policy of Ghana – formuliert zum Beispiel

19 Förderbereiche, von denen allein sieben der Wirtschaft gewidmet sind.¹³ Die Liste ähnlicher Jugendpolitiken ließe sich fortsetzen. Jugendbeschäftigung hat für Afrikas wirtschaftliche Entwicklung ohne Zweifel große Bedeutung – und ist eine enorme Chance gemessen an der Größe der jungen arbeitsfähigen Bevölkerung. „Echte“ Jugendpolitik sollte jedoch mehr als Beschäftigungspolitik sein und von ihr klar getrennt werden. Zumal eine erfolglose Beschäftigungspolitik für die afrikanischen Staaten in sich die Möglichkeit trägt, die Verantwortung dafür an andere abzugeben (Handelshemmnisse, globale Rezession, Wirtschaftssanktionen).

Für eine Reform der AU-Jugendpolitik

„Ich nehme mir vor, mit Ihrer Unterstützung unsere Organisation aus den Konferenzsälen, Festplatten und fest verschürten Aktenordnern herauszuholen. Ich habe die Absicht, sie in die Schulhöfe, die Flüchtlingslager, auf die Marktplätze unserer Städte und die Felder unserer Dörfer zu bringen.“¹⁴ Die Afrikanische Union sollte sich – 15 Jahre nach der Formulierung der



Raus aus den Konferenzsälen? Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo hat die AU aufgefordert, sich stärker der Lebensrealität auf dem Kontinent zu öffnen. Auch die Jugendpolitik der Organisation war bislang oft zu praxisfern. [Quelle: © Tiksa Negeri, Reuters.](#)

2021 entschieden, dass bei Einstiegspositionen bei der AU die junge Generation bevorzugt berücksichtigt werden soll.

Eine neue Jugendpolitik der AU sollte einen Schwerpunkt auf das große zivilgesellschaftliche Engagement der Jugend legen.

Für die Mitgliedstaaten wäre es beispielsweise möglich, gezielte Förderprogramme aufzulegen, die gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen unterstützen, die sich in der Nachbarschaft für die Umwelt einsetzen, soziale Angebote für Gleichaltrige schaffen oder sich um schwächere Glieder der Gesellschaft kümmern. Dafür braucht es keine großen finanziell unterlegten Programme, neue Strukturen und Positionen. Gesellschaftliche Kooperation stärkt die soziale Kohäsion. Die junge Generation möchte mitwirken, teilhaben und sich tatkräftig einbringen.

Auch die politische Teilhabe sollte in einer neuen AU-Jugendpolitik stärker betont und ernster genommen werden. Viele der Mitgliedstaaten haben Nationale Jugendräte geschaffen, die mal stärker, mal schwächer ausgeprägt sind, in der Regel jedoch kaum Gehör finden und in autokratischen Staaten meist von Anhängern der Regierungspartei dominiert sind. Eine neue Jugendpolitik der AU sollte versuchen, die Nationalen Jugendräte der Mitgliedstaaten in ihrer Unabhängigkeit und Input-Funktion zu stärken, auch auf der überregionalen Ebene.

Great Lakes Youth Network for Dialogue and Peace

Vor Kurzem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region der Afrikanischen Großen Seen

AU-Jugend-Charta – von den Worten des Staatspräsidenten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo), Félix Tshisekedi, leiten lassen, welche er zu Beginn seiner rotierenden Präsidentschaft der AU 2021 sprach, und eine Reform ihrer Jugendpolitik wagen. Abgesehen davon, dass die Charta zeitlich vor heute international wichtigen Strategien entstand und diese daher nicht nennt – insbesondere die Nachhaltigen Entwicklungsziele, die VN-Jugendstrategie und die Agenda 2063 der AU –, sollte eine neue AU-Jugendpolitik einen Schwerpunkt auf das große zivilgesellschaftliche Engagement der jungen Bevölkerung legen. Getrennt von Beschäftigungspolitiken und allgemeinen Entwicklungsplänen sollte eine neue Politik sich auf die der Jugend eigenen Fähigkeiten und Eigenschaften konzentrieren und versuchen, diese für Entwicklungsprozesse zu nutzen. Ganz gleich, ob auf dem Land oder in der Stadt, ob bildungsnah oder -fern: Der Elan und Anspruch der Jugend, die Dinge positiv für sich und ihre Umwelt zu verändern und sich zu beteiligen, ist ihr überall gemein. Bei der Verjüngung der eigenen Reihen geht die AU mit gutem Beispiel voran und hat auf ihrem Gipfel Anfang

ein EU-kofinanziertes Projekt begonnen, das in diese Kerbe schlägt. Das Projekt namens Great Lakes Youth Network for Dialogue and Peace soll mit fünf lokalen Partnern in der Grenzregion der Großen Seen zwischen der DR Kongo, Ruanda, Uganda und Tansania ein Netzwerk von Jugendinitiativen etablieren, die sich für den Frieden engagieren. Das kann von Demokratie, Beschäftigung und Klima bis hin zu Gesundheit und Gleichberechtigung zahlreiche Aspekte umfassen. Viele Jugendliche in der konfliktreichen Region haben in den vergangenen Jahren das Heft des Handelns in die Hand genommen und möchten da anpacken, wo es die nationale Politik versäumt oder mangels Kapazitäten nicht schafft. Über einen Zeitraum von drei Jahren wählt das Projekt bis zu 120 Initiativen aus, stärkt sie in ihren internen Fähigkeiten, vernetzt sie untereinander und grenzübergreifend und bringt sie mit nationalen und internationalen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur zusammen. Dadurch soll die Stimme der Jugend in Entscheidungsprozessen gestärkt und der Austausch gefördert werden.

Eine neue Hoffnung: Junge Parlamente?

Wie so vieles auf dem Kontinent wird sich letztlich auch die Frage der Jugend und ihrer Teilhabe am politischen Willen der Regierenden Afrikas entscheiden – an dem es bislang mangelt. Gegen den Pessimismus, es werde sich nie etwas in Afrika ändern, kann jedoch eine Entwicklung helfen, die sich in Uganda und anderen Ländern abzeichnet.

Die Generation U25 war bei den jüngsten Wahlen lautstark und präsent. Ob zugetan oder auf Distanz, niemand konnte sie mehr ignorieren – nicht als Wähler und auch nicht als Mitbewerber um politische Ämter. Fast 15 Prozent der ugandischen Abgeordneten im neu gewählten Parlament sind jünger als 35 Jahre. Von den 615 Direktkandidaten bei den Parlamentswahlen waren 28,5 Prozent unter 35 Jahre alt. Unter den 151 Frauen, die sich um die Spitzenpositionen in den Distrikten und Städten (*district and city representatives*) bemühten, fielen 17,5 Prozent der Bewerberinnen in diese Alterskategorie.¹⁵ In 24

Distrikten der Zentralregion haben junge Kandidaten 80 Prozent der zur Wahl stehenden Ämter für sich erringen können und sich damit vielerorts gegen altgediente Amtsinhaber durchgesetzt.¹⁶ Die Hoffnung ist, dass sie die Interessen ihrer eigenen Bevölkerungsgruppe besser vertreten. Eine Garantie dafür gibt es freilich nicht.

Die EU räumt der Jugend einen immer stärkeren Stellenwert in ihren Beziehungen mit der Afrikanischen Union ein.

Weg von den Festplatten – mehr Fokus auf die Jugend

Die westliche Staatengemeinschaft sollte diese Entwicklung im Blick haben, allgemein jedoch nicht so lange warten, bis die afrikanischen Regierungen von sich aus mehr politischen Willen zeigen. Eine Umfrage von Afrobarometer unter 15- bis 35-Jährigen in 18 afrikanischen Ländern zeigte jüngst, dass 64 Prozent der Befragten sehr unzufrieden mit der Entwicklung ihrer Länder sind.¹⁷ Auf die politische Stabilität der Länder in den kommenden zehn Jahren zu setzen ist eine riskante Wette. Migrationsdruck wird fortbestehen und weiterwachsen.

Afrikas Zukunft hängt von der Jugend ab. Das betrifft sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die politische Ausrichtung des Kontinents. Zur Förderung der jungen Generation ist viel möglich: die Unterstützung von Universitäten und Ausbildungsprogrammen, die auf Verwaltungen ausgerichtet sind, sowie mehr Praktika und Berufseinstiege in den westlichen Entwicklungs- und Durchführungsorganisationen vor Ort. Das Erlernen von Struktur, Ordnung und festen Arbeitsprozessen ist oft nachhaltiger als manch gut gemeintes Klimaprogramm.

Zu Recht hat der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, die Jugend zu einem Parameter seiner Afrikapolitik gemacht, begonnen

mit seiner Rede an der Universität von Ouagadougou 2017 in Burkina Faso. Beim Afrika-Gipfel Frankreichs am 8. Oktober 2021 waren zahlreiche afrikanische Jugendvertreter anwesend.¹⁸ Der französische Staatspräsident zeigte damit einmal mehr, dass er die Jugend als wichtigen Entwicklungspartner neben den Staatsexekutiven sieht und anerkennt. Auch die EU räumt der Jugend einen immer stärkeren Stellenwert in ihren Beziehungen mit der AU ein und veranstaltete im Vorfeld des AU-EU-Gipfels 2017 in Abidjan einen AU-EU-Jugendgipfel.

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika betreiben seit vielen Jahren Förderprogramme für junge afrikanische Eliten. Der frühere US-Präsident Barack Obama schuf 2014 das Mandela Washington Fellowship-Programm, das im amerikanischen Außenministerium angesiedelt ist. Mit bislang rund 4.500 Teilnehmern¹⁹ hat das Programm große Netzwerke zwischen den Teilnehmern und den Vereinigten Staaten etabliert, die sich heute selbst tragen. Nach dem Abschluss des Programms arbeiten viele Fellows in amerikanischen Organisationen in ihren Heimatländern.

Es wäre positiv, wenn die Bundesregierung diesen Beispielen folgen würde. Beim nächsten deutschen Afrika-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Berlin kann der Jugend ein offizieller Platz eingeräumt werden. Netzwerk- und Austauschprogramme für junge afrikanische Eliten, um sie an Deutschland zu binden, angedockt am Bundeskanzleramt, sind ebenso vorstellbar. Die Stunde dafür ist jetzt.

Anna Reismann ist Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Uganda und Südsudan mit Sitz in Kampala.

Benno Münchler ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Äthiopien und die Afrikanische Union mit Sitz in Addis Abeba.

- 1 AFP 2021: Hakainde Hichilema is sworn in as Zambia's new president, via Youtube, 24.08.2021, in: <https://youtu.be/IQruZxXwtNg> [01.09.2021].
- 2 Mavhinga, Dewa 2021: Zambia's Peaceful Transition ‚a New Dawn‘?, Human Rights Watch, 24.08.2021, in: <https://bit.ly/3GTKFDy> [01.09.2021].
- 3 Ebd.
- 4 Weltbank: Unemployment, youth total (% of total labor force ages 15–24), 15.06.2021, in: <https://bit.ly/3kiBN85> [08.09.2021].
- 5 AFP 2021, N. 1.
- 6 Weltbank: Population ages 15–64 (% of total population) – Uganda, in: <https://bit.ly/3mU8LgU> [07.09.2021].
- 7 World Population Review: Median Age 2021, in: <https://bit.ly/3wqwRTw> [07.09.2021].
- 8 Weltbank 2020: Tackling the Demographic Challenge in Uganda, Washington, D.C., S. 20.
- 9 Der Wahlkampfslogan des amtierenden Präsidenten lautete ‚Securing Your Future‘.
- 10 AU 2006: African Youth Charter, in: <https://bit.ly/3EY2mam> [01.09.2021].
- 11 Voice of America 2021: Aya Chebbi – Interview with Straight Talk Africa VOA, via Youtube, 27.05.2021, in: https://youtu.be/hcJ_lxTzdHQ [01.09.2021].
- 12 Corrigan, Terence 2017: Getting youth policy right in Africa, Africa Portal, 11.08.2017, in: <https://bit.ly/307B2YE> [09.09.2021].
- 13 National Youth Policy of Ghana 2010: Towards an empowered youth, impacting positively on national development, 08/2010, in: <https://bit.ly/3BWRyAC> [09.09.2021].
- 14 AU 2021: Discours d'acceptation de S.E. M. Felix-Antoine Tshisekedi Tshilombo, Président entrant de l'Union africaine et Président de la République Démocratique du Congo à la 34^{ème} Session Ordinaire de la Conférence de l'UA, 06.02.2021, in: <https://bit.ly/3EW8P5K> [09.09.2021].
- 15 K., Patra 2020: Report on Pre-Campaign Spending for 2021 General Election, Alliance for Finance Monitoring (ACFIM), 08.12.2020, in: <https://bit.ly/3kiHdA6> [07.09.2021].
- 16 Ewoku, Andrew 2021: Young people changing Uganda's political landscape, Saferworld, 09.06.2021, in: <https://bit.ly/3CUoO3S> [07.09.2021].
- 17 Asiamah, Gildfred / Sambou, Ousmane Djiby / Bhoojedhur, Sadhiska 2021: Are African governments doing enough to help young people? Here's what Afrobarometer surveys reveal, Afrobarometer, 08.02.2021, in: <https://bit.ly/3bQZ7oT> [09.09.2021].
- 18 Nouveau Sommet Afrique-France (offizieller Internetauftritt des Gipfels), in: <https://sommetafriquefrance.org> [09.09.2021].
- 19 U.S. Department of State, Bureau of Educational and Cultural Affairs: Mandela Washington Fellowship for Young African Leaders, in: <https://www.mandelawashingtonfellowship.org> [09.09.2021].



Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Alte Herrscher, junges Volk

Nigerias Jugend wird von politischer
Teilhabe ausgeschlossen

Vladimir Kreck

Nigerias Gesellschaft ist tief gespalten. Einer großen Mehrheit junger Menschen steht eine alte Politelite gegenüber, die an der Macht festhält. Die Gerontokratie ist nicht nur kulturell bedingt, sondern auch gesetzlich abgesichert. Die Macht zu teilen, ist keine Option für die etablierte Herrschaftselite.

Nigeria, mit über 200 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas, hat eine sehr junge Bevölkerung. Mehr als 60 Prozent der Menschen sind unter 24 Jahre alt. Das Durchschnittsalter beträgt 18,1 Jahre. Junge Menschen bilden somit die Mehrheit in Nigeria, einem Land, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1960 viele Militärdiktaturen erlebte und erst seit 1999 ununterbrochen demokratisch verfasst ist. Die Geschichte eines unabhängigen Nigeria brachte eine Reihe an jungen Diktatoren hervor. General Yakubu Gowon war 31 Jahre alt, als er im Jahre 1966 Staatschef wurde. Spätere Militärherrscher wie Murtala Muhammed und Olusegun Obasanjo hatten bei der Machtübernahme das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht.

Heute, im demokratisch verfassten Nigeria, sucht man vergeblich nach jungen Menschen, die die Geschicke ihres Landes politisch mitgestalten. Nigeria wird seit fast zwei Dekaden von einer Politikerkaste regiert, die sich vor allem durch Elitenkontinuität auszeichnet. Muhammadu Buhari, der 78-jährige ehemalige General und gegenwärtige Präsident des Landes, steht exemplarisch für diese Elitenkontinuität. Er hatte bereits von 1983 bis 1985 die Regierungsgeschäfte als Juntachef inne. In seinem 44-köpfigen Kabinett, das im März 2021 ein Durchschnittsalter von 61 Jahren aufwies,¹ sitzen viele Minister, die bereits in früheren Legislaturperioden oder unter Militärdiktator Sani Abacha in den 1990er Jahren hohe politische Ämter bekleideten. Doch auch im Parlament ist es nicht besser um die Repräsentation der nigerianischen Jugend bestellt. Das Durchschnittsalter im Repräsentantenhaus lag bei Vereidigung der Abgeordneten im Jahre 2019 bei 55,7 Jahren.² Und der Senat, zu dem keine Daten vorliegen, aber in dem traditionell viele Ex-Gouverneure und Ex-Minister sitzen,

wird im Volksmund gerne als Altersversorgung für in die Jahre gekommene Eliten verspottet.

Junge Menschen werden gesetzlich von politischen Ämtern ausgeschlossen

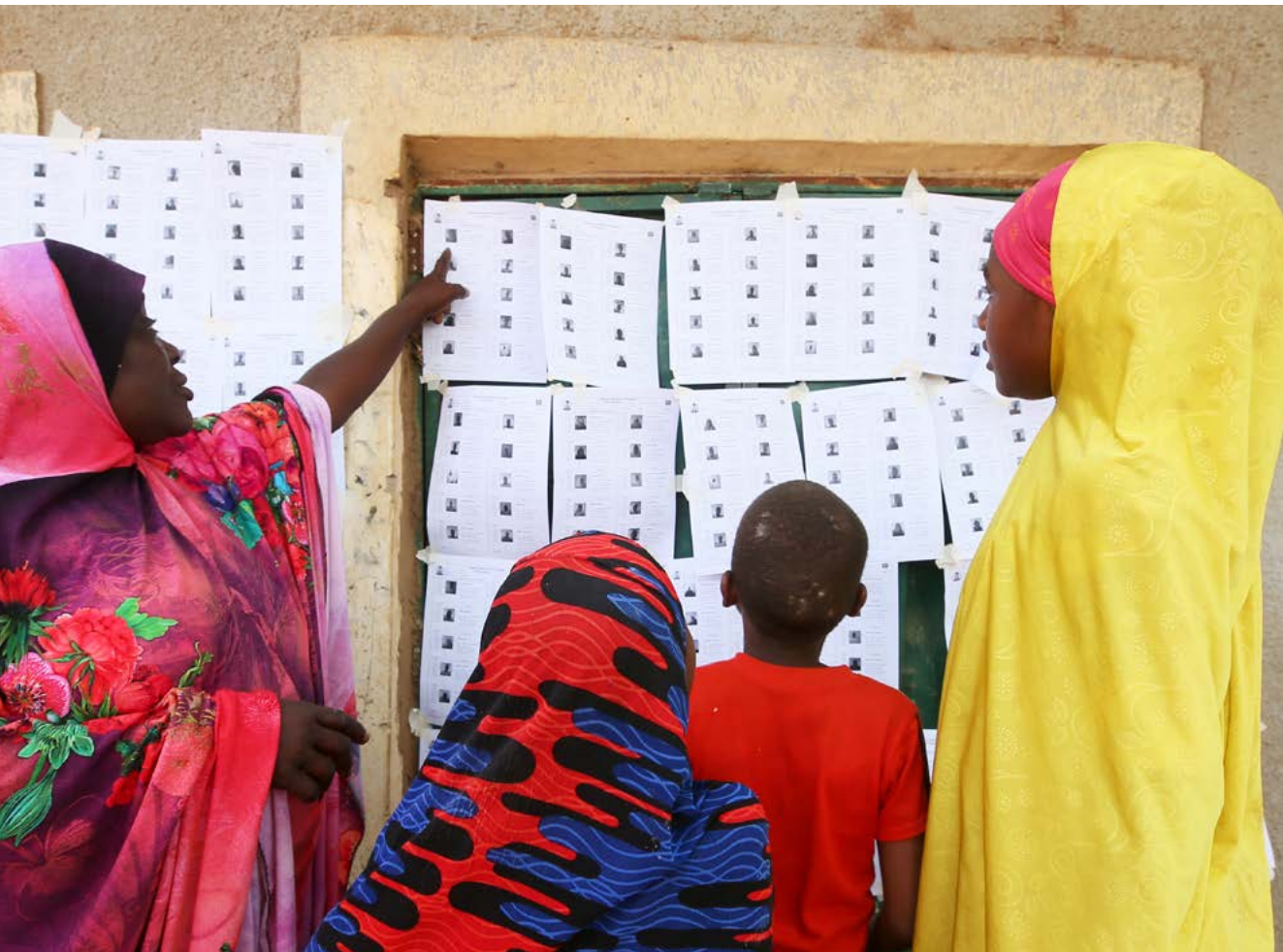
Wahlberechtigt sind in Nigeria Personen ab einem Alter von 18 Jahren. Junge Menschen in Nigeria sind auch nicht unpolitisch. Es gibt viele, die politisch interessiert sind und mitgestalten sowie mitentscheiden wollen. Die meisten scheitern aber bereits an den gesetzlichen Hürden. Denn die Verfassung, die sich das Land im Jahre 1999 gab, sieht Altersuntergrenzen für Kandidaten vor, die sich für die höchsten politischen Ämter zur Wahl stellen möchten. Das Mindestalter, um bei den Gouverneurs- oder Senatswahlen anzutreten, liegt bei 35 Jahren. Für die Wahl zum Repräsentantenhaus oder für eines der 36 Landesparlamente galt bis vor zwei Jahren ein Mindestalter von 30 Jahren und für die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl und damit für die Leitung der Regierungsgeschäfte eine Altersuntergrenze von 40 Jahren.

Nur unter großem zivilgesellschaftlichem Druck und aufgrund einer zweijährigen Kampagne, die sich den Namen „Not Too Young To Run“ gegeben hatte, konnten Jugendorganisationen die Nationalversammlung und den Präsidenten 2018 zu einer Verfassungsreform bewegen. Diese trat noch vor den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2019 in Kraft. Heute gilt: Wer mindestens 25 Jahre alt ist, kann für einen Sitz im Repräsentantenhaus und in einem Landesparlament kandidieren. Das Mindestalter für eine Präsidentschaftskandidatur wurde von 40 auf 35 Jahre reduziert. Für die Wahlen zum Senat und für Gouverneurswahlen wurde das Mindestalter jedoch nicht geändert.

In der Wissenschaft heißt es, dass das Herabsetzen von Altersuntergrenzen für politische Ämter eine positive Wirkung auf das politische Engagement junger Menschen entfalten könne. Mona Krook und Mary Nugent halten zum Beispiel fest: „Niedrigere Altersgrenzen haben unmittelbare und längerfristige ‚Mobilisierungseffekte‘, indem sie das Kalkül potenzieller Kandidaten in Bezug auf das Alter bei ihrer ersten Kandidatur für ein Amt verändern.“³ Einschlägige Analysen der letzten nigerianischen Präsidentschafts- und Parlamentswahl bestätigen diese Annahme. So waren 14 Prozent der Präsidentschaftskandidaten zwischen 35 und 40 Jahre alt.⁴ Auch bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus und zu den

Landesparlamenten ist der Anteil junger Menschen unter den Kandidaten signifikant gestiegen.⁵

Letztlich blieben aber bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2019 die Erfolge junger Kandidaten weitgehend aus. So konnte zum Beispiel kein Kandidat unter 30 Jahren einen Sitz im Repräsentantenhaus erringen. Nur 13 Abgeordnete waren außerdem bei Amtsantritt im Alter zwischen 30 und 35 Jahren. Bei 360 zu vergebenden Sitzen beträgt ihr Anteil nur 3,7 Prozent. Auf Landesebene konnten immerhin 22 Kandidaten im Alter zwischen 25 und 30 Jahren in ein Parlament einziehen. Das macht



Wählerinnen vor einer Kandidatenliste bei der Präsidentschaftswahl 2019: Der Anteil junger Kandidaten für politische Ämter hat zuletzt zwar etwas zugenommen, der tatsächliche Erfolg dieser Bewerber blieb aber begrenzt.
Quelle: © Afolabi Sotunde, Reuters.

allerdings nur 2,2 Prozent der landesweit 991 zu vergebenden Sitze aus. Weitere 68 Abgeordnete auf Landesebene und damit 6,7 Prozent aller Abgeordneten waren beim Amtsantritt zwischen 31 und 35 Jahre alt.⁶

Kulturelle Hürden des Politikbetriebs

Die gesetzlichen Hürden, mit denen junge Menschen in Nigeria von politischen Ämtern ausgeschlossen werden, sind zunächst ein Ausdruck des Senioritätsprinzips, das über alle Ethnien des Landes hinweg und religionsübergreifend noch immer tief verwurzelt ist. Diesem Prinzip zufolge wird nur älteren Menschen zugetraut, über den nötigen Grad an Wissen und Erfahrung zu verfügen, der einen dazu befähigt, politische Entscheidungen von Tragweite zu treffen. Jungen Menschen unterstellt man hingegen, dass sie zu unreif und zu unerfahren seien, um sich verantwortungsvoll in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Durchsetzung des Senioritätsprinzips geht in Nigeria weit über diese Klischees hinaus. Bereits in der Familie, dann in der Schule und später in der Universität werden junge Menschen dazu erzogen, die Tradition der Gerontokratie zu akzeptieren. Sie lernen, dass erst mit höherem Alter ein Macht- und Herrschaftsanspruch einhergeht und dass man sich Älteren deshalb unterzuordnen habe.

Jungen Menschen wird unterstellt, dass sie zu unreif und unerfahren seien, um sich verantwortungsvoll in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Diese Auffassung von sozialer Hierarchie setzt sich im Berufsleben fort. Hier gilt, dass Ältere unter Gleichen bei Beförderungen zuerst zum Zuge kommen sollen und dort, wo gegen dieses Prinzip verstoßen wird, Ältere in den Ruhestand gehen oder versetzt werden sollen. Der Grund für Letzteres ist die Auffassung, dass Ältere nicht

bereit seien, sich Jüngeren unterzuordnen. Ihr Ausscheiden oder eine Versetzung sei notwendig, um Konflikte zu vermeiden. Ein Fall, der in Nigeria diesbezüglich erst kürzlich für besondere Aufmerksamkeit sorgte, war die Ernennung von General Farouk Yahaya zum Generalinspektor der Armee (Chief of Army Staff). Der 55-jährige Yahaya wurde im Mai 2021 überraschend vom Präsidenten zum Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Generals Ibrahim Attahiru ernannt. Bereits am Tag nach seiner Ernennung spekulierte die nigerianische Presse über die Zahl an Generälen gleichen oder höheren Rangs, die aufgrund ihres Alters in den Ruhestand gehen müssten. Schließlich sei dies Tradition bei den Streitkräften. Inzwischen ist klar, dass mindestens 29 Generäle den Dienst quittieren sollen.⁷

Machtsicherung durch Machtausschluss

In Nigeria ist der verfassungsrechtliche Ausschluss junger Menschen von den höchsten politischen Ämtern vor einem zweiten Hintergrund zu bewerten: Der demokratische Transitionsprozess in den Jahren 1998 und 1999 wurde zu Teilen auch von einer bürgerlichen Elite verantwortet, der politische Ämter für lange Zeit verwehrt waren und die seit der Demokratisierung des Landes im Jahre 1999 wenig Bereitschaft zeigt, Macht zu teilen.

Ihr Emporkommen wurde zunächst von den Militärdiktatoren Muhammadu Buhari in den Jahren 1983 bis 1985 und Ibrahim Babangida in den Jahren 1985 bis 1993 verhindert. Als tragisches Ereignis hat sich im Gedächtnis dieser Elite sodann die gescheiterte Präsidentschaftswahl im Jahre 1993 festgesetzt. Mit dieser Wahl sollte nach zehn Jahren Militärherrschaft eine neue demokratische Ära begründet werden. Die bürgerliche Elite scharrte sich um Moshood Abiola, den Präsidentschaftskandidaten der Sozialdemokraten. Er gewann die Wahl, doch diese wurde vom Militär annulliert. Noch im gleichen Jahr konnte General Sani Abacha die Macht ergreifen und einen Polizeistaat errichten. Erst als Abacha im Jahre 1998 unerwartet verstarb, sah die bürgerliche Elite, die bei den Wahlen im Jahre 1993 nicht zum Zuge gekommen war, eine

neue Chance, im Wege demokratischer Wahlen an die Macht zu kommen. Diese Elite verantwortete auch die verfassungsrechtlich hohen Altersuntergrenzen für politische Ämter, die vor allem dazu dienten, ihren Herrschaftsanspruch nicht nur bei den ersten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 1999, sondern auf zwei Jahrzehnte hinweg gegen aufstrebende, jüngere Konkurrenz abzusichern.

Zu diesem Umstand passt, dass die zwei großen Parteien Nigerias bis heute keine ernsthaften Bemühungen zeigen, selbstorganisierte und meinungsstarke parteinahe Jugendvereinigungen hervorzubringen, die auch eine Plattform für den politischen Nachwuchs sein könnten. Die erste Regierungspartei, die Peoples Democratic Party (PDP), die sich von 1999 bis 2015 ununterbrochen an der Macht halten konnte und die seit 2015 mit Abstand die größte Opposition in der Nationalversammlung stellt, rekrutierte ihre Funktionseleite aus dem bürgerlichen Lager, dem die Machtergreifung auf demokratischem Wege im Jahre 1993 verwehrt wurde. Es lag nicht im Interesse dieser Elite, die Macht mit jüngeren Generationen zu teilen bzw. innerparteilichen Wettbewerb um Positionen und Ämter auf jüngere auszuweiten.

Die gegenwärtige Regierungspartei, der All Progressive Congress (APC), ging wiederum im Jahre 2013 aus einem Bündnis von Oppositionsparteien hervor, die sich bis zu den Wahlen im Jahre 2015 nicht gegen die PDP durchsetzen konnten. Auch ihre Funktionseleite entstammt dem gleichen bürgerlichen Lager, das bei der annullierten Wahl im Jahre 1993 das Nachsehen hatte. Außerdem profitierte sie personell von einer Großzahl an Übertritten von Politikern, die in der PDP über viele Jahre hinweg nicht zum Zuge gekommen waren.

Finanzielle Hürden der politischen Teilhabe

Übertritte von einer Partei zur anderen sind typisch für den nigerianischen Politikbetrieb. Diese Übertritte finden in der Regel im Vorfeld von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und vor dem Hintergrund statt, dass Parteien in Nigeria ideologisch kaum voneinander zu

unterscheiden sind. Parteien werden als „Plattformen“ bezeichnet, mit denen man ein politisches Amt erringen möchte. Parteiprogramme haben dagegen nur eine geringe Bedeutung und sind nicht der Grund, weshalb sich jemand entscheidet, einer Partei beizutreten oder diese zugunsten einer anderen zu verlassen. Es geht in der Regel um einen persönlichen Vorteil, der sich aus der Mitgliedschaft in einer Partei ergeben kann. Dies hat wiederum viel mit dem Verständnis von Staat und Politik in Nigeria zu tun: Viele Nigerianer teilen die Auffassung, dass ein politisches Mandat der schnellste Weg zum Reichtum sei. Damit sind weniger die in Nigeria dem Vernehmen nach vergleichsweise üppigen Gehälter gemeint, die mit Minister- und Gouverneursposten oder Abgeordnetensitzen einhergehen sollen, sondern vor allem die Möglichkeit, sich an staatlichen Geldern zu bereichern. Das Land leidet seit Jahrzehnten unter einer endemischen Korruption, die auch deshalb so lukrativ ist, weil Nigeria zu den größten Erdölexporteuren der Welt gehört und sich große Teile des Staatshaushalts aus den Erdöleinnahmen finanzieren.⁸ In der Rangliste der korruptesten Länder der Welt, die von Transparency International herausgegeben wird, rangiert Nigeria deshalb schon lange im letzten (korruptesten) Drittel. Für das Jahr 2020 belegte es gemeinsam mit Ländern wie Iran oder Kamerun Rang 149 von 180.⁹

Der Gewinner einer Wahl ist häufig derjenige, der das meiste Geld aufbringen kann.

Die monetären Anreize, die mit einem politischen Amt einhergehen, haben zweierlei zur Folge: Erstens spielen Klientelismus, Nepotismus, Seilschaften und Abhängigkeitsverhältnisse eine entscheidende Rolle bei der Nominierung von Kandidaten für politische Ämter. Oft wird eine Entscheidung über eine Nominierung im Hintergrund von Parteigranden getroffen, die über viel Geld verfügen und einen Kandidaten protegieren können. Das ist insofern hilfreich, als Nominierungen oft erkauft werden müssen,

indem Parteidelegierte bestochen werden. Zweitens werden vor dem Hintergrund eines relativen Mehrheitswahlrechts Wahlkämpfe unerbittlich geführt und Wahlen häufig durch Wahlbetrug in Form von Stimmenkauf entschieden. Das entscheidende Prinzip heißt hier: *The winner takes it all*. Der Gewinner einer Wahl ist sodann häufig derjenige, der das meiste Geld aufbringen kann.

Geld entscheidet also letztlich über die politische Teilhabe Einzelner in einem Land, dessen überwiegend junge Bevölkerung zu den ärmsten der Welt zählt. Ende 2020 sollen 51 Prozent der Menschen in Nigeria in extremer Armut gelebt haben.¹⁰ Hohe Arbeitslosigkeit und das Abrutschen in den informellen Sektor haben für viele Menschen zur Folge, dass sie von der Hand in den Mund leben. Nur wenige sind wiederum sozioökonomisch so privilegiert, dass sie sich das Wettbieten mit anderen um ein politisches Amt leisten können.

Große Hoffnung, große Enttäuschung

Die Euphorie war vor allem unter jungen Menschen in Nigeria groß, als Muhammadu Buhari 2015 zum Präsidenten gewählt wurde. Trotz seines damals schon hohen Alters verbanden mit ihm viele die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Buhari galt als integer, soll er sich doch als Juntachef in den 1980ern nicht an den Staatskassen bereichert haben. Und Buhari und seine Partei, die APC, versprachen Veränderungen nach 16 Jahren PDP-Herrschaft: Die Terrormiliz Boko Haram sollte in nur wenigen Monaten besiegt werden. Die schwächelnde Wirtschaft sollte sich binnen kurzer Zeit erholen und vor allem jungen Menschen eine Perspektive geben. Buhari kündigte zudem an, konsequent gegen die endemische Korruption auch unter politischen Eliten vorzugehen. Vor allem deshalb schaffte er im Jahre 2015 mit der APC etwas, das noch nie in Nigeria und nur selten andernorts in Subsahara-Afrika gelungen war: einen demokratisch legitimierten, friedlichen Machtwechsel von einer Partei zur anderen.

Als Buhari allerdings im Jahre 2019 zur Wiederwahl antrat, war von der einstigen Euphorie nicht

mehr viel übrig. Die Lebensverhältnisse im Land hatten sich nicht gebessert, sondern verschlechtert. Inzwischen lebten 48 Prozent der Menschen in extremer Armut. Die Arbeitslosigkeit und Minderbeschäftigung hatte mit 42 Prozent einen neuen Spitzenwert erreicht. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung verfügte außerdem noch immer nicht über einen Anschluss an das Stromnetz. Die Straßen des Landes blieben marode. Die Korruption unter der politischen Elite hatte nicht spürbar abgenommen. Boko Haram war nicht besiegt und steigende Gewaltkriminalität breitete sich im gesamten Land aus.

Zur Wahl standen ein alter Mann, der vier Jahre lang enttäuscht hatte, und ein Gegenkandidat, der mit Korruptionsvorwürfen belastet war.

Unter Buhari hatten sich vor allem die Perspektiven junger Menschen deutlich verschlechtert. Im letzten Global Youth Development Index and Report, der 2020 erschien und Untersuchungsergebnisse der Jahre 2016 und 2019 miteinander vergleicht, belegte Nigeria Rang 161 von 181 untersuchten Ländern.¹¹ Damit ist das Land in nur drei Jahren um 20 Plätze abgerutscht. Die Studie stellte dem nationalen Bildungswesen ein besonders schlechtes Zeugnis aus. Nur etwa 60 Prozent der Menschen unter 25 Jahren sollen über ein Mindestmaß an Alphabetisierung verfügen. Etwa 30 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren besuchen weder eine Schule noch haben sie einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit.

Dass Buhari und die APC die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2019 dennoch gewinnen konnten, lag womöglich weniger an einem kolportierten Wahlbetrug, sondern an dem Spitzenkandidaten der PDP für das Präsidentenamt. Die größte Oppositionspartei hatte den 72-jährigen Atiku Abubakar nominiert,

einen ehemaligen hohen Zollbeamten, der mit Geschäften im Logistik- und Ölsektor reich geworden war und das Land bereits von 1999 bis 2007 als Vizepräsident mitregiert hatte. Im Wahlkampf machten Atiku jedoch alte Korruptionsvorwürfe zu schaffen. Er soll sich als Vizepräsident bei der Privatisierung von Staatsbetrieben bereichert haben. Die überwiegend junge Wählerschaft stand somit vor einem Dilemma: Sie konnte ihre Stimme entweder einem alten Mann geben, der sie vier Jahre lang enttäuscht hatte, oder seinem ebenso in die Jahre gekommenen Gegenkandidaten, der sich der Korruptionsvorwürfe nicht entledigen konnte. Eigentlich hätte das Land schon bei dieser Präsidentschaftswahl einen neuen, unverbrauchten Kandidaten gebraucht – jemanden, der glaubwürdig für ein zukunftsorientiertes Nigeria gestanden hätte. Doch die althergebrachten Eliten der zwei größten Parteien des Landes hielten weiter an ihrer Macht fest.

Alternative Formen politischer Teilhabe

Junge Menschen in Nigeria sind letztlich gezwungen, auf situative, themenbezogene politische Aktivitäten auszuweichen. Diese Aktivitäten sind häufig protestorientiert und finden überwiegend in den Sozialen Medien statt. In den letzten zwei Dekaden ist es hingegen nur selten vorgekommen, dass sich junge Menschen auf den Straßen der Städte zu Demonstrationen zusammenfanden. Eine dieser wenigen Ausnahmen stellten die sogenannten EndSARS-Proteste im Oktober 2020 dar. Überwiegend im christlichen Süden des Landes, in der Millionenmetropole Lagos und der Hauptstadt Abuja protestierten tausende junge Menschen über drei Wochen hinweg friedlich gegen Polizeigewalt.

Anstoß der Proteste war ein virales Video. Es legte nahe, dass Polizeikräfte der berüchtigten Special Anti-Robbery Squad einen jungen Nigerianer auf offener Straße zu Tode prügeln und sein Auto entwenden. Der Einheit, kurz SARS genannt, wurden seit Jahren schwere Vergehen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Ihre Mitglieder sollen sich der Entführung, Erpressung und Folter sowie des Raubs und Mords schuldig

gemacht haben. Amnesty International hatte nur wenige Monate vor den Protesten einen Bericht dazu veröffentlicht. Dieser dokumentiert mindestens 82 Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen, die die Spezialeinheit in einem Zeitraum von drei Jahren begangen haben soll. Die meisten Opfer sollen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren gewesen sein.¹²

Politisch Verantwortliche kannten seit vielen Jahren die Vorwürfe gegen die Spezialeinheit, doch sie blieben tatenlos. Nun trug die Jugend ihren Protest unter dem Hashtag #EndSARS mit einer Wucht und Hartnäckigkeit auf die Straße, welche die Regierung überraschten. Selbst als der Präsident dem Druck nachgab und die Auflösung der Spezialeinheit anordnete, gingen die Proteste weiter. Die Jugend demonstrierte nicht mehr nur gegen Polizeigewalt, sondern nun auch gegen die schlechte Regierungsführung, die Korruption, den Klientelismus und den Nepotismus unter politischen Eliten.

Kritische Journalisten müssen Einschüchterung, Vorladungen, Verhaftung, Verhöre und Miss-handlung befürchten.

Es dauerte nicht lange, bis sich Bilder von friedlichen Demonstranten mit Bildern von brennenden Polizeistationen und Gruppen von jungen Männern abwechselten, die mit Stöcken und Macheten bewaffnet durch die Straßen zogen. Schnell kam in den Sozialen Medien der Vorwurf auf, dass der Geheimdienst die Gewalt im Hintergrund organisiere, um den Sicherheitskräften einen Grund zu liefern, gewaltsam gegen die friedliche EndSARS-Bewegung vorzugehen. In der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober fanden dann die Proteste ihr jähes Ende. Armeeangehörige und Polizeikräfte schossen in Lagos mit scharfer Munition auf friedliche Demonstranten. Laut Amnesty International sollen dabei zwölf Menschen getötet und viele verletzt worden sein.¹³ Eine unabhängige Untersuchungskommission, die von der Regierung des Stadtstaates



Lagos eingesetzt wurde, kam im November 2021 zum Ergebnis, dass sich Armee und Polizei eines Massakers schuldig gemacht hätten.¹⁴

Machterhalt durch repressive Maßnahmen

Der Vorfall in Lagos muss als repressiver Eingriff in die Rechte junger Menschen gewertet werden, mit dem die herrschende Elite des

Landes ihren Machtanspruch behaupten wollte. Die Botschaft an die Jugend Nigerias lautete, sie solle sich nicht gegen die etablierten Herrschaftsstrukturen auflehnen. Diese Botschaft hat die Regierung in den Folgemonaten weiter untermauert. Sie ging gegen die überwiegend jungen, internetaffinen Unterstützer der friedlichen Proteste vor, indem sie Bankkonten sperrte und sie daran hinderte, das Land zu verlassen.



Erinnerung an die Gewalteskalation: Jugendliche gehen ein Jahr nach den von der Regierung blutig beendeten EndSARS-Protesten gegen Polizeibrutalität erneut auf die Straße. [Quelle: © Afolabi Sotunde, Reuters.](#)

Seit Juni 2021 ist außerdem der Kurznachrichtendienst Twitter in Nigeria gesperrt. Dieser war das Hauptmedium, mit dem die Jugend ihren Protest organisierte und über das sie internationalen Zuspruch erhielt. Der damalige Präsidentschaftskandidat und heutige US-Präsident Joe Biden, der ehemalige US-Präsident Bill Clinton, internationale Popmusikgrößen, Fußballspieler europäischer Topclubs und nicht zuletzt Twitter-Gründer Jack Dorsey solidarisierten sich über den Kurznachrichtendienst mit der Protestbewegung. Schon damals kritisierten Regierungsangehörige die Rolle von Twitter scharf. Als Twitter im Juni 2021 eine Nachricht von Buhari löschte, in der dieser einem ethnischen Bevölkerungsteil mit Gewalt drohte, nahm die Regierung dies zum Anlass, den Dienst vom nationalen Netz zu nehmen. Anfang Oktober 2021 hat der Präsident in Aussicht gestellt, dass die Twitter-Sperre aufgehoben werden könne, wenn der Kurznachrichtendienst eine Reihe von Voraussetzungen erfülle und damit sicherstelle, dass er nationalen Nutzern nur für geschäftliche Zwecke und positive Aktivitäten zur Verfügung stehe.¹⁵

Viele in Nigeria sehen mit der Sperre des Kurznachrichtendienstes die Meinungsfreiheit auch vor dem Hintergrund bedroht, dass Journalisten zunehmend von staatlichen Behörden an einer freien Berichterstattung gehindert werden. In der Rangliste von Reporter ohne Grenzen ist das Land seit der Machtübernahme Buharis um acht Plätze gefallen, es wird inzwischen auf Platz 120 von 180 geführt. Die Organisation beurteilt die Arbeitsbedingungen der Presse als besonders schlecht. Journalisten müssen Einschüchterung, Vorladungen, Verhaftung, Verhöre und Misshandlung befürchten, wenn sie kritisch über die Arbeit der Regierung berichten.¹⁶ Erschwerend kommt hinzu, dass seit Buharis Machtübernahme Gesetzesvorhaben in beiden Kammern der Nationalversammlung beraten werden, mit denen die Nutzung von Sozialen Medien weiter eingeschränkt oder zumindest staatlich kontrolliert werden soll. Eine im Dezember 2020 vom Staat eingeführte „National Identification Number“ gilt außerdem als Voraussetzung für den Abschluss eines privaten Mobilfunkvertrags.

Experten und Journalisten sehen in dieser staatlich organisierten Registrierung ein Instrument der Regierung, mit dem in Zukunft die Informationsströme der Bevölkerung überwacht werden sollen.

Schlechte Perspektiven für junge Menschen in Nigeria

Spätestens seit dem gewaltsamen Ende der EndSARS-Proteste ist es mehr als offensichtlich geworden, dass die nigerianische Gesellschaft tief gespalten ist. Junge Menschen und damit die Mehrheit der Bevölkerung sehen sich einer in die Jahre gekommenen Funktionselite gegenüber, die für einen verkrusteten, von Korruption durchsetzten Politikbetrieb steht. Die moderne, global denkende und internetaffine Jugend in Lagos fühlt sich längst nicht mehr von dieser Politelite repräsentiert. Doch auch im Rest des Landes dürfte die Unzufriedenheit unter jungen Menschen angesichts der grassierenden Arbeits- und Perspektivlosigkeit groß sein. Das Africa Polling Institute veröffentlichte erst kürzlich eine Studie, der zufolge nur noch 26 Prozent der Bevölkerung Buharis Regierung das Vertrauen aussprechen.¹⁷

Das Gewaltpotenzial wird nicht abnehmen, sondern mit wachsender Armut und Bevölkerungsgröße steigen.

Der gleichen Studie zufolge möchten inzwischen 73 Prozent der Befragten das Land verlassen, wenn sie die Chance dazu erhalten.¹⁸ Bereits vor der COVID-19-Pandemie galt die EU als eine attraktive Destination für nigerianische Migranten. Viele Jahre lang überwog die Zahl der in der EU gestellten Asylanträge aus Nigeria oft diejenige aus anderen afrikanischen Staaten. 25.000 waren es zum Beispiel im Jahre 2018. In Deutschland belegte Nigeria zudem oft einen Platz unter den Top-5-Herkunftsländern.¹⁹ Die Grenzschließungen auf beiden Kontinenten, die mit der Pandemie einhergingen, haben die Migrationsbewegung in Richtung Europa gebremst. Doch

beiiedereinsetzenden Grenzöffnungen dürfen Migranten aus Nigeria schon bald wieder und dann wahrscheinlich in noch größerer Zahl den Einlass in die EU begehren.

Viele Nigerianer blicken nun eher mit gebremster Hoffnung auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2023. Werden diese womöglich eine Regierung hervorbringen, die Aufbruchstimmung entfachen kann? Die Chancen dafür stehen schlecht. Längst haben unter den etablierten Funktionseliten in beiden großen Parteien die Diadochenkämpfe begonnen, aus denen die Kandidaten hervorgehen werden. Kleineren Parteien wird hingegen kein Erfolg bei den Wahlen zugetraut. Dazu werden ihnen die Ressourcen fehlen, die man in Nigeria braucht, um einen Wahlsieg zu erringen.

Es bleibt also die große Frage nach der mittel- bis langfristigen Perspektive für junge Menschen in Nigeria. Diese sieht nicht gut aus, denn ein baldiges Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze schafft, ist nicht zu erwarten. Viel zu lang haben die Regierungen seit 1999 auf die beschäftigungsarme, aber lange Zeit lukrative Ölinindustrie gesetzt und es verpasst, die Wirtschaft zu diversifizieren. Inzwischen schwächelt der internationale Erdölmarkt und die Einnahmen des nigerianischen Staates sind empfindlich gesunken. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bevölkerung des Landes aufgrund einer hohen Geburtenrate rasant wächst. Die VN haben bereits vor Jahren vorausgesagt, dass in Nigeria im Jahre 2050 über 400 Millionen Menschen leben werden. Dann soll das Land die USA überholt und hinter China und Indien die drittgrößte Bevölkerung weltweit haben. Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, müsste die Wirtschaft des Landes zweistellige Wachstumszahlen aufweisen.

Die EndSARS-Proteste haben möglicherweise vorweggenommen, auf was sich das Land einzustellen hat. Nach den Schüssen in Lagos herrschte landesweit der Ausnahmezustand. Große Ansammlungen von jungen Männern plünderten, zerstörten und bedrohten das Leben anderer. Die Polizei war überfordert und die

Armee musste ausrücken. Dieses Gewalt- und Zerstörungspotenzial wird nicht abnehmen, sondern mit wachsender Armut und Bevölkerungsgröße steigen. Soziale Unruhen könnten dann bei entsprechenden Anlässen wellenartig in immer kürzeren Abständen ausbrechen. Eines haben aber die EndSARS-Proteste, die fast ausschließlich im christlichen Süden des Landes stattfanden, auch gezeigt. Es ist unwahrscheinlich, dass eine große, landesweite Jugendbewegung entsteht, die sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse auflehnt. Dafür ist die Jugend in Nigeria zu sehr ethnisch, religiös und sozial gespalten. Viele der etwa 250 Volksgruppen in Nigeria leben nicht in Frieden miteinander. Das Misstrauen zwischen Christen und Muslimen, die jeweils etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen und das Land in Nord und Süd aufteilen, ist auf beiden Seiten eher hoch. Und die junge, internetaffine, gut gebildete Bevölkerungsschicht in Lagos, welche die friedlichen EndSARS-Proteste organisierte, ist eine kleine Minderheit unter jungen Menschen in Nigeria. Der weitaus größere Teil von ihnen ist weniger gut ausgebildet und lebt in Armut.

Dr. Vladimir Kreck ist Leiter des Auslandsbüros Nigeria der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 1 Akinpelu, Yusuf 2021: Despite being majority, young Nigerians excluded from ministerial positions, Premium Times, 22.03.2021, in: <https://bit.ly/31LVm2g> [12.09.2021].
- 2 IPU Parline: Global data on national parliaments. Nigeria, in: <https://bit.ly/3mXP47N> [12.09.2021].
- 3 Krook, Mona Lena / Nugent, Mary K. 2018: Not Too Young to Run? Age requirements and young people in elected office, in: Intergenerational Justice Review 2/2018, S. 60.
- 4 Yiaga Africa 2020: How Youth Fared in the 2019 General Elections. State of the Youth Report, S. 3, in: <https://bit.ly/3bSM7in> [13.09.2021].
- 5 Ishola, Ebenezer Babajide 2021: 'Not Too Young to Run' Law and Political Participation among Youths in Nigeria, in: Etieyibo, Edwin / Katsaura, Obvious / Museumwa, Mucha (Hrsg.): Africa's Radicalisms and Conservatisms, Leiden / Boston, S. 81.
- 6 Yiaga Africa 2020, N. 4.
- 7 Ayitogo, Nasir 2021: Nigerian Army commences process to compulsorily retire 29 generals after Yahaya's appointment as COAS, Premium Times, 07.06.2021, in: <https://bit.ly/30biF4Y> [09.09.2021].
- 8 Kreck, Vladimir 2019: Nigerias aussichtsloser Kampf gegen Korruption, Auslandsinformationen 4/2019, 12.12.2019, in: <https://bit.ly/3obXc47> [09.11.2021].
- 9 Transparency International 2021: Corruption Perceptions Index 2020. Nigeria, in: <https://transparency.org/cpi/2020/nga> [25.09.2021].
- 10 Erezi, Dennis 2020: Nigerians living in extreme poverty now 105 million, The Guardian, 05.11.2020, in: <https://bit.ly/3mWGiGZ> [14.09.2021].
- 11 Commonwealth Secretariat 2021: Global Youth Development Index and Report 2020, London.
- 12 Amnesty International Nigeria 2020: Nigeria: Horrific reign of impunity by SARS makes mockery of anti-torture law, 26.06.2020, in: <https://bit.ly/31EoIpL> [01.09.2021].
- 13 BBC 2020: Nigeria's Lekki shooting: What has happened so far at Lagos judicial panel, 27.11.2020, in: <https://bbc.in/3O8wFMI> [01.09.2021].
- 14 Ibekwe, Nicholas 2021: #ENDSARS: Nigerian soldiers, police massacred peaceful protesters at Lekki tollgate – Panel of Inquiry, Premium Times, 16.11.2021, in: <https://bit.ly/3lI5CzM> [04.12.2021].
- 15 Olisah, Chike 2021: President Buhari directs conditional lifting of Twitter Ban, Nairametrics, 01.10.2021, in: <https://bit.ly/3wwXoyl> [18.10.2021].
- 16 Reporter ohne Grenzen 2021: Rangliste der Pressefreiheit 2021. Nigeria, in: <https://bit.ly/3H7nIUU> [25.09.2021].
- 17 Akinpelu, Yusuf 2021: As more Nigerians lose hope in Buhari, majority want to leave the country, Premium Times, 04.09.2021, in: <https://bit.ly/30foGOf> [25.09.2021].
- 18 Ebd.
- 19 Kreck, Vladimir 2020: Flucht als Ausweg, Die Politische Meinung 561, 01.04.2020, S. 58–60, in: <https://bit.ly/3F5Daz7> [09.11.2021].



Quelle: © Sergio Moraes, Reuters.

Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Die „Generation Weder-Noch“ in der Sackgasse?

Auswirkungen von sozialer Ungleichheit und der
Coronapandemie auf die brasilianische Jugend

Luiz Gustavo Carlos / Kevin Oswald

In Brasilien hat die Pandemie alle Bereiche der Gesellschaft hart getroffen. Die gestiegene Arbeitslosigkeit, das wachsende Bildungsgefälle und das Fehlen adäquater staatlicher Maßnahmen haben das Land in eine heikle Situation gebracht, die das strukturelle Problem der Ungleichheit offenbart und insbesondere bei der jungen Generation für Frust und Zukunftsangst sorgt.

Als *geração nem-nem*, das bedeutet „Generation Weder-Noch“, werden in Brasilien diejenigen jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren bezeichnet, die weder in den Arbeitsmarkt integriert sind noch eine Bildungseinrichtung wie Schule oder Universität besuchen. Der Prozentsatz junger Menschen in dieser Situation hat in den frühen 2010er-Jahren deutlich zugenommen und erreichte in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 einen Spitzenwert von nahezu 30 Prozent.¹ Dies ist umso bedenklicher, da junge Erwachsene der entsprechenden Altersgruppe in Brasilien aktuell mit mehr als 50 Millionen Menschen fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung des größten lateinamerikanischen Landes ausmachen.²

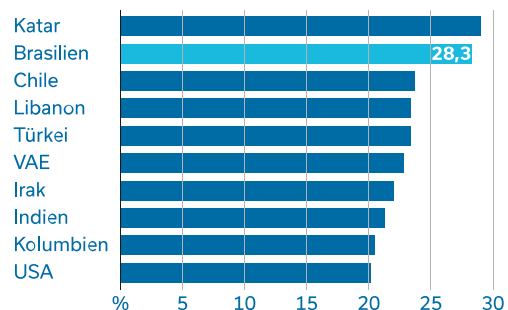
Obwohl diese Zahlen – wie auch in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern – vor allem im Zuge der verheerenden Coronakrise in der jüngsten Vergangenheit nochmals nach oben schnellten, steht fest, dass das beschriebene Phänomen in Brasilien generell und seit längerer Zeit mit spezifischen Faktoren wie den erschwerten Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt und zu Bildung in Verbindung steht.

Brasilien hat kontinentale Ausmaße und beherbergt eine Bevölkerung von 213 Millionen Einwohnern³, darüber hinaus verfügt das Land über einen beeindruckenden Rohstoffreichtum. Diese drei Aspekte waren in der Vergangenheit mitausschlaggebend für die ungleiche Wirtschaftsentwicklung des Landes. Mit der starken Ausrichtung auf den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde die Entwicklung des ländlichen Raums gefördert und große Flächen wurden für die Agrarproduktion freigegeben,

während die Industrieproduktion eher in den Hintergrund geriet und nur eine überschaubare Anzahl an technologisch komplexen Produkten hervorbrachte, wodurch sich die Einkommenskonzentration insgesamt noch verschärfte. Diese wirtschaftliche Grundausrichtung des Landes ist seit Jahrzehnten für einen Teil der strukturellen Ungleichheit verantwortlich, da sie das Einkommen auf eine verhältnismäßig kleine Elite konzentriert. Infolgedessen hat es der brasilianische Staat bisher nicht vermocht, das Einkommen gleichmäßiger auf die Bevölkerung zu verteilen, was zu einer Reihe von strukturellen Problemen führt, etwa beim Zugang zu Bildungschancen, Gesundheit, Wohnraum und sanitärer Grundversorgung.

Laut Daten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) von 2019 weist Brasilien nach dem Golfstaat Katar die weltweit zweitgrößte Einkommenskonzentration auf.⁴

Abb. 1: Einkommenskonzentration beim reichsten Prozent der Bevölkerung in verschiedenen Ländern



Quelle: eigene Darstellung nach Sasse 2021, N. 5.

Abbildung 1 zeigt, dass das eine Prozent der Meistverdienenden mehr als ein Viertel des landesweiten Einkommens (28,3 Prozent) auf sich vereint. Wenn man statt des einkommensstärksten Prozents der Bevölkerung die einkommensstärksten zehn Prozent in den Blick nimmt, so erwirtschaftet dieser Anteil der Bevölkerung nach denselben Daten des UNDP 41,9 Prozent des Gesamteinkommens des Landes. Das heißt im Umkehrschluss, dass die übrigen 90 Prozent der brasilianischen Bevölkerung weniger als 60 Prozent des Gesamteinkommens in Form von Lohn erhalten – ein klares Zeichen für die Einkommenskonzentration und demnach die extreme sozioökonomische Ungleichheit im Land.⁵ Einen weiteren wichtigen Hinweis zur Gesellschaftsstruktur Brasiliens gibt auch der Gini-Index von 0,539, der auf der Grundlage einer geschätzten Datenbasis von 2018 ermittelt wurde. Dieser von der Weltbank⁶ entwickelte Index weist eine Schwankungsbreite zwischen 0 und 1 auf. Je näher er an 0 (vollkommene Gleichheit) liegt, desto weniger Ungleichheit gibt es im Land; je näher an 1 (vollkommene Ungleichheit), desto größer die Ungleichheit.⁷ Auf Grundlage dieses Indikators nimmt Brasilien ebenfalls einen Platz auf der Liste der zehn Länder mit der größten Ungleichheit in der Welt ein.⁸

Die Proteste von 2013 waren Vorboten der Unruhe, auf die sich Politik und Wirtschaft Brasiliens zubewegten.

Zwischen 2003 und 2010 versuchte Brasilien die positive gesamtwirtschaftliche Situation, die aus dem sogenannten Rohstoffboom und damit verbundenen Rekordexporterlösen resultierte, im Sinne einer gesellschaftlichen Umverteilung zu nutzen. Es wurde in Sozialprogramme und öffentliche Sozialpolitik investiert, was zu einem deutlichen Anstieg des Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) führte. Insbesondere der Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem wurde verbessert und es wurden verschiedene Initiativen zur

Verbesserung des Urbanisierungsprozesses gestartet. Gleichzeitig konnten sowohl eine Senkung der Kindersterblichkeit als auch eine höhere Lebenserwartung⁹ erreicht werden.

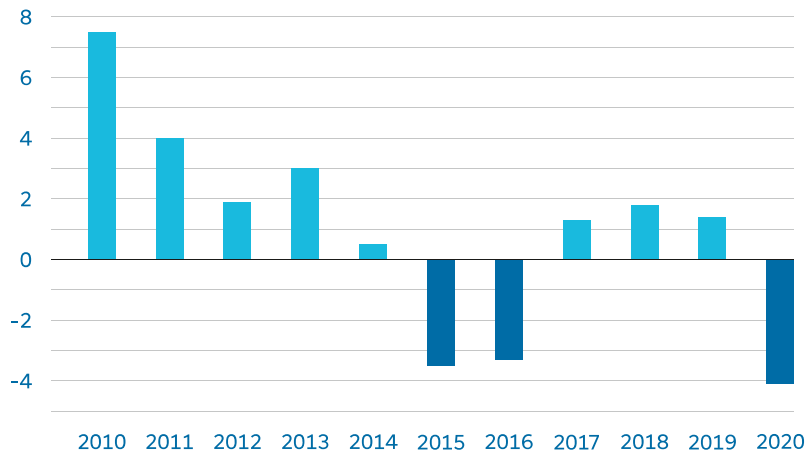
Diese positive Entwicklung begann sich ab 2013 umzukehren, als Brasilien von einer Reihe politischer Proteste und Massendemonstrationen erschüttert wurde, die im Rückblick als Vorboten dafür betrachtet werden können, dass sich Wirtschaft und Politik auf ein unruhiges Szenario zubewegten.¹⁰ Ein weiteres wichtiges Element, das sich 2014 auf die politisch-wirtschaftliche Landschaft auswirkte, war die Operation Lava-Jato¹¹, die – teils auf widersprüchliche und juristisch fragwürdige Art und Weise – Korruptionsfälle aufdeckte, an denen eine Vielzahl prominenter Politiker und Geschäftsleute beteiligt war. Diese politischen Erschütterungen hielten bis zur Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016 an und lösten eine tiefe institutionelle Krise aus, die sich über fast alle Bereiche der Gesellschaft erstreckte. Zudem nahm die Investitionssicherheit in Brasilien immer mehr ab, die schwelende wirtschaftliche und politische Krise vertiefte sich und es kam zu einer erheblichen Spaltung und Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft.

Das brasilianische Bruttoinlandsprodukt (BIP) spiegelt die beschriebene politisch-ökonomische Entwicklung. Im Jahr 2013 konnte das Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística (IBGE) noch einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr beobachten, der sich jedoch in den folgenden Jahren nicht weiter fortsetzte. In den Jahren 2015 und 2016 schrumpfte die brasilianische Wirtschaft um jeweils mehr als drei Prozent. Wichtig ist auch der Wert für 2020, der die eingangs erwähnten wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in Brasilien veranschaulicht.

Einkommensungleichheit und Bildungsgefälle als strukturelle Probleme für die brasilianische Jugend

Die oben erwähnte Zeit politischer Erschütterungen wirkte sich unmittelbar auf das gesamte brasilianische Gesellschaftsgefüge aus, wobei

Abb. 2: Jährliche Veränderung des brasilianischen BIP in Prozent



Quelle: eigene Darstellung nach IBGE 2021, N. 21, S. 17.

Jugendliche und junge Erwachsene die meisten Rückschläge hinnehmen mussten. Junge Menschen sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen und mussten im Zuge der Wirtschaftskrise vier Mal so hohe Einkommenseinbußen hinnehmen wie der Durchschnitt der anderen Bevölkerungsgruppen.¹² Laut einer Studie des Zentrums für Sozialpolitik der Fundação Getulio Vargas (FGV Social)¹³, in der die soziale Ungleichheit der individuellen Arbeitseinkommen auf der Grundlage des Gini-Index untersucht wird, ist von 2014 bis zum zweiten Halbjahr 2019 ein Aufwärtstrend des Index zu beobachten, der auf eine progressive Zunahme der Ungleichheit hindeutet. Die Einkommensungleichheit unter jungen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren war 2019 um 41,2 Prozent höher als in der Gesamtbevölkerung¹⁴, was die Notwendigkeit besonderer politischer Maßnahmen für diese Gruppe unterstreicht.

Der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung in Brasilien ist heute weitgehend denjenigen vorbehalten, die über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügen, um entweder für eine Privatusiversität zu bezahlen oder bestmögliche Voraussetzungen bereitzustellen, um den Sprung auf eine der renommierten öffentlichen Universitäten zu schaffen. In Brasilien gibt es – selbst im internationalen Vergleich – eine große Zahl

öffentlich zugänglicher schulischer Bildungseinrichtungen, die Kindern und Jugendlichen eine umfassende und kostenfreie Bildung ermöglichen. Problematisch ist jedoch die Tatsache, dass diese im Vergleich zu privaten und somit meist kostenpflichtigen Bildungseinrichtungen als qualitativ signifikant schwächer anzusehen sind. Das brasilianische Bildungswesen weist eine Besonderheit beim Zugang zur Hochschulbildung auf: Um an einer der Universitäten des Landes aufgenommen zu werden, müssen die angehenden Studenten für die meisten öffentlichen und für die besten privaten Universitäten eine nationale Hochschulprüfung (Exame Nacional do Ensino Médio, ENEM) ablegen. Diese Prüfung dient nicht nur dazu, das Bildungsniveau der Schüler in der Oberstufe¹⁵ landesweit vergleichbar zu messen, sondern auch dem Zweck, die Schüler in einer Rangliste zu klassifizieren, die dann den Zugang zu den öffentlichen Universitäten oder Stipendien für private Universitäten regelt.¹⁶ Das ENEM ist auch ein wichtiger Gradmesser für den Stand der öffentlichen Bildungspolitik, da Millionen von Schülern daran teilnehmen. Die Ungleichheit zwischen privaten und öffentlichen Bildungseinrichtungen in der Grund- und Sekundarschulbildung zeigt sich immer wieder bei der Auswertung der ENEM-Ergebnisse und beim Zugang zu den besten Universitäten, da diejenigen, die eine bessere – das heißt in den

allermeisten Fällen: eine private – Schulbildung in der Grund- und Sekundarschule genossen haben, größere Chancen auf einen Platz an den besten öffentlichen und privaten Universitäten des Landes haben. Anhand von wissenschaftlichen Erhebungen lässt sich belegen: Je höher das jährlich zu entrichtende Schulgeld ausfällt, desto höher ist letztlich auch die durchschnittliche ENEM-Punktzahl der Absolventen.¹⁷

Die aktuelle Regierung räumt der Bildungspolitik einen geringen Stellenwert ein.

Neben den damit einhergehenden ungleichen Chancen hinsichtlich des Zugangs zu universitärer Bildung haben die ENEM-Prüfungsergebnisse auch weitreichende Auswirkungen auf den Zugang zur ersten Arbeitsstelle, da viele Absolventen öffentlicher Schulen, die keinen Studienplatz erhalten haben, auf dem umkämpften Arbeitsmarkt ebenfalls kaum eine Chance haben. Dies liegt daran, dass sie nur wenig oder gar keine praktische Vorerfahrung mitbringen und wie dargestellt eine schlechtere schulische Ausbildung genossen haben als Absolventen privater Bildungseinrichtungen. Angesichts des Überschusses an jungen Menschen mit einem ähnlichen Profil auf dem Arbeitsmarkt und einer nicht in gleichem Maße angestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften entscheiden sich die Unternehmen natürlich aus einem großen Bewerberpool für die am besten Ausgebildeten. Diejenigen, die etwa aufgrund eines geringen Einkommens der Eltern lediglich eine durchschnittliche öffentliche Schulbildung genossen hatten, haben im Rennen um Studienplätze oder eine berufsbezogene, praktische Ausbildung folglich schlechte Karten. So werden sie oftmals noch vor Vollendung des 18. Lebensjahres praktisch gleichzeitig vom Arbeitsmarkt und von den weiterführenden Bildungseinrichtungen ausgeschlossen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die aktuelle Regierung unter dem rechtspopulistischen Staatspräsidenten Jair Bolsonaro der Bildungspolitik

einen geringen Stellenwert einräumt. Im Jahr 2021 wurde das Budget des Bildungsministeriums im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag des Kongresses um 2,7 Milliarden Reais gekürzt. Diese Ausgabenkürzungen wurden laut offizieller Begründung im Rahmen allgemein notwendiger Sparmaßnahmen vorgenommen, welche sämtliche Ministerien treffen sollten. Es fällt jedoch auf, dass beispielsweise das Wirtschaftsministerium lediglich eine Kürzung von 1,4 Milliarden Reais hinnehmen musste, was mehr als eine Milliarde weniger ist als die Reduktion im Bildungsressort.¹⁸ Darüber hinaus ist das Bildungsministerium seit Amtsantritt der Regierung Bolsonaro im Januar 2019 eines der Häuser, welches den meisten Kontroversen ausgesetzt ist und deren Leiter verblüffend häufig wechselten. Auch scheint als Kriterium für die Eignung als Bildungsminister weniger Fachkompetenz als vielmehr die Übereinstimmung mit der ideologischen Ausrichtung des Präsidenten entscheidend zu sein.

So erklärte der derzeitige Bildungsminister Milton Ribeiro kürzlich in einer Rede, dass „die Universität in der Tat nur für einige wenige da sein sollte“.¹⁹ Diese Aussage des Ministers, die dem Zugang zu Hochschulbildung für unterprivilegierte Gruppen und einer Diversifizierung der Studentenschaft eine klare Absage erteilt, steht in Einklang mit der Position der derzeitigen Regierung. Verbale Angriffe der Regierung auf Universitäten sowie die Wissenschaft im Allgemeinen sind unter Bolsonaro keine Seltenheit. Im Zuge des katastrophalen Krisenmanagements während der Pandemie zeigte sich deutlich, dass auf wissenschaftlich fundierte Politikempfehlungen kein Wert gelegt wird, sondern kritische Akademiker und Wissenschaftler durch Mittelkürzungen und Fake News zunehmend in die Enge getrieben werden.

Die Auswirkungen von COVID-19 auf den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem

Die weltweite Pandemie verschärfte die strukturellen Probleme in vielen Ländern, da viele Volkswirtschaften durch die notwendige soziale Isolierung fast vollständig lahmgelegt wurden. In Brasilien wirkte sich die Pandemie auch direkt auf die jungen Menschen im Alter von 15 bis 29

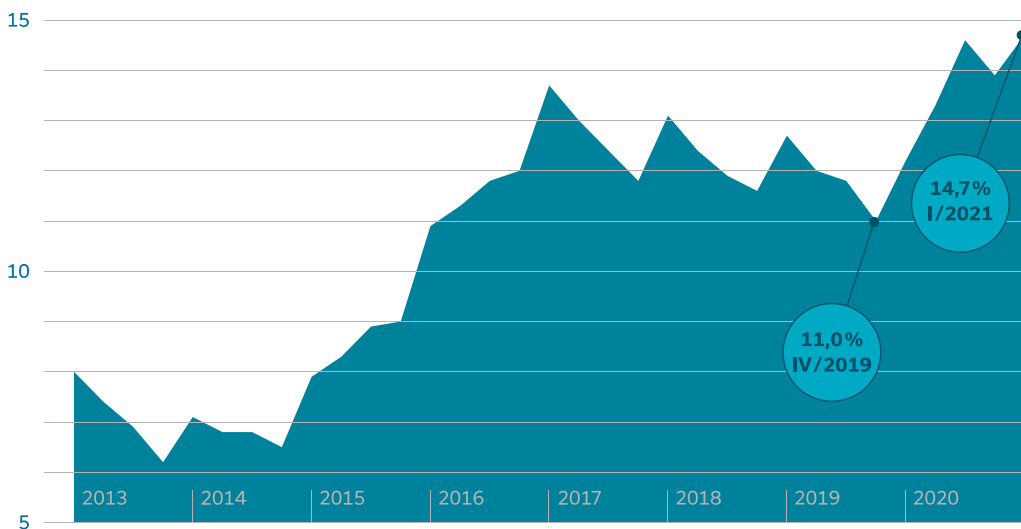
Jahren aus, die weder arbeiten noch in irgendeiner Form an Aus- oder Weiterbildungsprogrammen teilnehmen. Mit der Pandemie nahmen die Zahlen um etwa drei Prozentpunkte zu und der Anteil derjenigen, die innerhalb der Altersgruppe zur „Generation Weder-Noch“ gezählt werden müssen, stieg insgesamt auf den eingangs erwähnten Rekordwert von 29,33 Prozent.²⁰ Dies lässt sich insbesondere auf die coronabedingte Rezession (siehe Abb. 2) zurückführen. Die brasilianische Wirtschaft brach im Corona-Krisenjahr 2020 um 4,1 Prozent²¹ ein, was vor allem im Dienstleistungssektor, etwa im Tourismus und dem sich über Monate im Lockdown befindlichen Hotel- und Gaststättengewerbe, zu einer massiven Entlassungswelle führte, von der jüngere Beschäftigte in besonderem Maße betroffen waren.

In Brasilien gelang es den privaten Bildungseinrichtungen in den ersten Monaten des Jahres 2020 vergleichsweise schnell, zu improvisieren und Mechanismen so zu verändern, dass die geregelte Durchführung des Schuljahres 2020 durch virtuellen Unterricht und Hausaufgaben sowie Anpassungen in der Jahresplanung gewährleistet war. Öffentliche Schulen hingegen

mussten in ihren Lehrplänen viel stärkere Abstriche machen, da die überwiegende Mehrheit der Schüler aus wenig privilegierten Schichten stammt, die oftmals nicht auf internetfähige Endgeräte zugreifen können, um etwa Fernunterricht zu folgen. Entsprechend trat das Problem der digitalen Ungleichheit an dieser Stelle deutlich zutage. Neben der Tatsache, dass der Zugang zu den digitalen Medien angesichts der Einkommensunterschiede nicht für die gesamte Bevölkerung gleichermaßen gewährleistet werden konnte, sind auch die digitalen Kompetenzen sehr unterschiedlich, da insbesondere die am wenigsten privilegierten Jugendlichen keinen durchgängigen Zugang zu stabilem Internet haben, geschweige denn grundlegende technische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt bekommen. Die Unmöglichkeit, allen Schülern einen gleichberechtigten Zugang zum Internet und zu technischen Hilfsmitteln zu garantieren, war so einer der Gründe für vermehrte Schulabbrüche, was wiederum als eine weitere Hauptursache für den erheblichen Anstieg derer gilt, die infolge der Pandemie zur „Generation Weder-Noch“ gezählt werden müssen.²²



Abb. 3: Arbeitslosenquote in Brasilien in Prozent



Quelle: eigene Darstellung nach IBGE 2021: Biblioteca. PNAD contínua trimestral, ID 2421, in: <https://bit.ly/3Ccqgxc> [11.11.2021].



Akademische und soziale Selektion: Schüler versammeln sich zur Hochschulzugangsprüfung ENEM. Studien zeigen, dass Schüler von teuren Privatschulen in der Regel deutlich besser abschneiden. [Quelle: © Amanda Perobelli Reuters.](#)

Ein weiterer negativer Begleitumstand ist die Arbeitslosenquote. Sie steigt seit 2012 fast kontinuierlich an, konnte sich zwischen 2017 und 2019 stabilisieren und schnellte im Jahr 2020 durch die Coronakrise und den darauffolgenden globalen Konjunktureinbruch abermals nach oben, was die Situation der „Generation Weder-Noch“ stark beeinträchtigte. Die Abbildung 3 veranschaulicht den Anstieg der Arbeitslosenzahlen von der ersten Hälfte des Jahres 2020 bis zu ihrem Höhepunkt im Jahr 2021.

Gemäß der Studie von FGV Social stieg die Arbeitslosenquote in der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 29 Jahren pandemiebedingt von 49,4 auf 56,3 Prozent.²³ Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Zahl der Schulabbrecher sowie angesichts der Schwierigkeiten, an den virtuellen

Unterrichtsstunden teilzunehmen, geraten junge Menschen in Brasilien in eine Situation, in der sie in Millionen von Fällen weder studieren noch arbeiten können.

Fazit

Brasilien wurde von der Pandemie hart getroffen und hat große Schwierigkeiten, die bereits vor Corona existierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu bewältigen, was vor allem auf die politische Instabilität sowie Inkompetenz in den Reihen der Regierung zurückzuführen ist. Die Coronanothilfe (Auxílio Emergencial)²⁴ war eine der wenigen wirksamen staatlichen Maßnahmen, mit denen versucht wurde, den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch sowie Massenarmut und eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit zu verhindern. Da ein

großer Teil der brasilianischen Bevölkerung im informellen Sektor arbeitet und durch die Pandemie schlagartig keine Einkommensquelle mehr hatte, konnten mit dieser wichtigen Maßnahme positive Ergebnisse erzielt und Millionen von Familien unterstützt werden.

Zugleich stellt sich die Situation der Jugend in Brasilien dramatisch dar. Obwohl sich das Phänomen der „Generation Weder-Noch“ bereits vor der aktuellen pandemiebedingten Krise abzeichnete, sind deren Auswirkungen für die jungen

Menschen zwischen 15 und 29 Jahren, die unter Chancenlosigkeit, Arbeitslosigkeit und mangelnder Bildung leiden, besonders verheerend.

Trotz der Investitionen in die Sozial- und Bildungspolitik, die sich positiv auf das Leben der jungen Brasilianer auswirkten, haben die Regierungen unter Führung der linken Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) von 2003 bis 2016 eine Reihe von Fehlern gemacht. Das Hauptproblem war ihr Versäumnis, eine solide Strategie für eine nachhaltig chancengerechte



Bilder von Ex-Präsident Lula da Silva (links) und Staatschef Jair Bolsonaro bei einer Demonstration in São Paulo: Weder die früheren Regierungen der Arbeiterpartei noch die aktuelle rechtspopulistische Regierung haben nachhaltige Lösungen in der Bildungs- und Sozialpolitik entwickelt.

Quelle: © Amanda Perobelli, Reuters.

und finanzierbare Bildungs- und Sozialpolitik zu entwickeln, die nicht Interessengruppen einerseits und wirtschaftlichen Schwankungen andererseits ausgeliefert ist. Durch den Rohstoffboom und Brasiliens wirtschaftlichen Aufschwung wurden eine Vielzahl erfolgversprechender sozial- und bildungspolitischer Maßnahmen implementiert. So hatte beispielsweise das Programm „Universität für alle“ (Universidade para todos, ProUni) aus dem Jahr 2006 das Ziel, durch staatliche Finanzierung Stipendien an privaten Universitäten für Studenten aus armen Verhältnissen zu vergeben. Durch die Ausweitung des Studienfinanzierungsfonds (Fundo de Financiamento Estudantil, FIES) für die Hochschulbildung übernahm der Staat die Ausbildungskosten, welche von den Absolventen nach dem Abschluss zinsfrei zurückgezahlt werden konnten. Bei all diesen Neuerungen wurde es jedoch verpasst, langfristig zu denken und sie tiefergehend in der brasilianischen Gesetzgebung zu verankern. Als die Rohstoffpreise (insbesondere ab 2010 während des Übergangs von der zweiten Regierung Lula zur ersten Regierung Dilma Rousseff) zu fallen begannen, verlor das Politikfeld aufgrund von Interessenkonflikten und der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung rasch wieder an Bedeutung. Mit der Verschärfung der Krise im Jahr 2016 und der Amtsenthebung Dilma Rousseffs wurden zahlreiche Maßnahmen nach und nach wieder ausgehöhlt oder aus Kostengründen nicht verlängert. Darüber hinaus wurde die Gelegenheit verpasst, neben dem verbesserten Zugang zu Hochschulbildung ebenso Maßnahmen zu ergreifen, die die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt erleichtern und nichtakademische, praxisorientierte Ausbildungsmodelle fördern.

Auch die aktuelle Regierung scheint sich der Probleme der jungen Generation nicht annehmen zu wollen und versucht stattdessen, das Feld der Bildungspolitik zu ideologisieren. Der Wille zur internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Technologie ist in der Regierung Bolsonaro ebenso wenig ausgeprägt. Dabei wäre es umso wichtiger, dass die Politik der besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppe der 15- bis 29-Jährigen mit speziellen

Angeboten entgegenkommt, da es sich bei dem beschriebenen Dilemma der „Generation Weder-Noch“ zweifelsohne um ein Thema von gesamtgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Tragweite handelt. Gleichzeitig befinden sich die betroffenen Personen auf ganz individuelle Weise in einer jeweils entscheidenden Phase ihrer Entwicklung zwischen Jugend und Erwachsenenalter. Gelingt es nicht, effiziente politische Maßnahmen für diesen Teil der Bevölkerung zu verabschieden, die sich auf wissenschaftliche Daten und reale Bedürfnisse stützen, wird das Problem lediglich in die Zukunft verschoben – und die aktuelle „Generation Weder-Noch“ könnte zu einer „verlorenen Generation“ werden. Es handelt sich somit um ein Thema, über das es sich lohnen würde, im bereits anlaufenden Präsidentschaftswahlkampf zu debattieren und einen konstruktiven Wettstreit der Ideen zu entfachen. Brasilien als „Land der Zukunft“ sollte seiner Jugend weder mangelnde Bildungschancen noch berufliche Perspektivlosigkeit zumuten und seinen *nem-nems* schnellstmöglich Wege aus der Sackgasse aufzeigen.

Luiz Gustavo Carlos ist Projektkoordinator im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien.

Kevin Oswald ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien.

- 1 Neri, Marcelo C. 2021: Juventudes, Educação e Trabalho: Impactos da Pandemia nos Nem-Nem, FGV Social/ FGV EPGE, S. 6, in: <https://bit.ly/3r6xEIy> [23.11.2021].
- 2 Neri, Marcelo C. / Hecksher, Marcos 2021: Jovens: Projeções Populacionais, 06/2021, FGV Social, S. 3, in: <https://bit.ly/3n3snyV> [11.11.2021].
- 3 IBGE 2021: População do Brasil, in: <https://bit.ly/3ocT2ZL> [30.07.2021].
- 4 UNDP 2019: Human Development Report 2019, Beyond income, beyond averages, beyond today: Inequalities in human development in the 21st century, in: <https://bit.ly/3n1wTOu> [10.11.2021].
- 5 Sasse, Cíntia 2021: Recordista em desigualdade, país estuda alternativas para ajudar os mais pobres, Agência Senado, Senado Federal, 12.03.2021, in: <https://bit.ly/3BXpvpn> [27.08.2021].
- 6 Weltbank 2020: Distribution of income or consumption – World development indicators, WDI Table 1.3, in: <http://wdi.worldbank.org/table/1.3> [27.08.2021].
- 7 IBGE 2021: Síntese de indicadores sociais – 2020. Uma análise das condições de vida da população brasileira, Coordenação de População e Indicadores Sociais, 12.11.2020, in: <https://bit.ly/3HeFPID> [11.11.2021].
- 8 Sasse 2021, N. 5.
- 9 Inhudes Gonçalves da Cruz, Adriana et al. 2012: BNDES 60 anos: perspectivas setoriais, Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES), S. 12–14, in: <https://bit.ly/3kqBWxi> [11.11.2021].
- 10 Barbosa, Fernando 2017: A crise econômica de 2014/2017, Estudos Avançados 31: 89, S. 51–60, in: <https://bit.ly/3c3BOYQ> [10.11.2021].
- 11 Die Operation Lava-Jato begann 2014. Es handelte sich laut Bundesstaatsanwaltschaft um „eine der größten Initiativen zur Bekämpfung von Geldwäsche der jüngsten brasilianischen Geschichte“.
- 12 Neri, Marcelo C. 2019: Juventude e Trabalho. Qual foi o Impacto da Crise na Renda dos Jovens? E nos Nem-Nem?, 11/2019, FGV Social, S. 8, in: <https://cps.fgv.br/juventude-trabalho> [11.11.2021].
- 13 Ebd., S. 8.
- 14 Ebd., S. 23.
- 15 Angaben des Bildungsforschungsinstituts Inep (Instituto Nacional de Estudos e Pesquisas Educacionais Anísio Teixeira) zufolge, einer Behörde des Bildungsministeriums, die für die ENEM-Prüfungen verantwortlich ist, nahmen 2020 etwa fünf Millionen Schüler an den Prüfungen teil. Arêa, Larita 2021: Divulgados os resultados finais do exame, Inep, 29.03.2021, in: <https://bit.ly/3qmbAJG> [27.08.2021].
- 16 de Oliveira, Thiago Soares 2016: O ENEM: breves considerações sobre importância avaliativa e reforma educacional, Educação Por Escrito 7: 2, 31.12.2016, in: <https://bit.ly/3D6DyNd> [11.11.2021].
- 17 Zaitune Curi, Andréa / Menezes Filho, Naércio Aquino 2013: Mensalidade escolar, background familiar e os resultados do Exame Nacional do Ensino Médio (ENEM), S. 241, in: <https://bit.ly/3DaTyh1> [11.11.2021].
- 18 Correio Braziliense 2021: Educação sofre o maior corte em orçamento anual sancionado por Bolsonaro, 23.04.2021, in: <https://bit.ly/3DdmxB2> [11.11.2021].
- 19 Globo, G1 2021: Ministro da Educação defende que universidade seja ‚para poucos‘, 10.08.2021, in: <https://glo.bo/3qsLcxX> [11.11.2021].
- 20 Neri 2021, N. 1, S. 6.
- 21 IBGE 2021: Contas Nacionais Trimestrais. 4^o Trimestre de 2020. Coordenação de Contas Nacionais, 03.03.2021, S. 2, in: <https://bit.ly/3wujOk2> [09.11.2021].
- 22 Macedo, Renata Mourão 2021: Direito ou privilégio? Desigualdades digitais, pandemia e os desafios de uma escola pública, Estudos Históricos 34: 73, S. 262–280.
- 23 Neri 2021, N. 1, S. 18.
- 24 Die Nothilfe wurde von der Regierung am 2. April 2020 auf der Grundlage des Gesetzes 13.982/2020 veröffentlicht. Der Betrag lag ursprünglich bei 600 Reais, anspruchsberechtigt waren Familienoberhäupter und informell Beschäftigte mit einem Familieneinkommen von weniger als einem halben Mindestlohn pro Person. Das erste Hilfspaket lief im Dezember 2020 an und kostete die Staatskasse 322 Milliarden Reais. Im Jahr 2021 wurde die Beihilfe verlängert, allerdings mit einem reduzierten Betrag von 150 Reais für Alleinstehende, 250 für Familien und 375 für alleinstehende Mütter. Die Soforthilfe wurde vor allem auf Druck der Opposition und des Parlaments bewilligt, da die Regierung die Coronapandemie und ihre Auswirkungen leugnete. Soares, Jussara / Weterman, Daniel 2020: Depois de 48 horas, Bolsonaro sanciona auxílio emergencial a informais, Estadão, 01.04.2020, in: <https://bit.ly/3C51Zt4> [27.08.2021].



Im Gespräch

Mehr als nur Zuschauer? Jugend und Politik

Treibstoff des europäischen Motors

Was bedeutet die deutsch-französische Partnerschaft für junge Menschen beiderseits des Rheins?

Ein Gespräch mit Hugo Leclerc und Jannis Stöter

Im Frühjahr 2021 hat eine Gruppe von Studierenden um Hugo Leclerc und Jannis Stöter den deutsch-französischen Think-tank La DenkFabrik gegründet. Mit den Auslandsinformationen sprachen die beiden Studenten über den Blick der jungen Generation auf die deutsch-französische Partnerschaft und die europäische Integration – und verrieten uns, was sie mit Konrad Adenauer verbinden.

Ai: Herr Leclerc, Herr Stöter, was kommt Ihnen als Erstes in den Sinn, wenn Sie an die deutsch-französischen Beziehungen denken?

Hugo Leclerc: Ganz spontan denke ich an meinen Großvater, dessen Bruder im Zweiten Welt-

krieg nach Auschwitz deportiert wurde. Mein Großvater verbrachte sein ganzes Leben damit, die Erinnerung an diese schlimme Zeit wachzuhalten und hat in Caen eine Erinnerungsgruppe für Angehörige von Deportierten koordiniert. Und er hat sich stark für die Versöhnung und den Aufbau von Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland eingesetzt. Ich bin sicher, er wäre stolz, dass auch ich mich für die deutsch-französischen Beziehungen engagiere.

Jannis Stöter: Mein persönlicher Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen ist nicht so stark durch die Familiengeschichte geprägt worden. Meine Eltern sind in der DDR aufgewachsen, da gab es nicht die Möglichkeit, Frankreich intensiver kennenzulernen, etwa durch einen Austausch oder eine Urlaubsreise. Das Kapitel der Familiengeschichte, in dem man sich mit dem Nachbarn im Westen intensiver befasst, das habe ich selbst schreiben dürfen.

Mein Bild von den deutsch-französischen Beziehungen ist geprägt durch persönliche Erlebnisse. In der zehnten Klasse habe ich an einem Schüleraustausch nach La Rochelle teilgenommen, das war das erste Mal, dass ich in Frankreich war. Damals hatte ich noch wenig Sensibilität für die historische Dimension der deutsch-französischen Beziehungen. Diese ist mir erst vor Ort bewusst geworden.

Ai: Sie beide haben einen deutsch-französischen Studiengang in Köln studiert, dort haben Sie sich kennengelernt. Gemeinsam haben Sie dann einen Thinktank – die DenkFabrik – gegründet, der sich mit den deutsch-französischen Beziehungen befasst. Was war der Grund für den Entschluss?

Stöter: Wir beide beziehungsweise die Gruppe, die den Thinktank gegründet hat, wollten das, womit

wir uns im Studium in der Theorie befassen, auch praktisch mitgestalten. Mit der DenkFabrik wollen wir uns in die deutsch-französische Dynamik einbringen. Wir wollen Ideen Gehör verschaffen und junge Menschen aus Deutschland und Frankreich zusammenbringen und für die deutsch-französischen Beziehungen begeistern.

Ai: Wie sieht das konkret aus?

Leclerc: Wir organisieren Veranstaltungen und Projekte, bei denen junge Menschen aus beiden

Ländern zusammenkommen. Es geht dabei nicht nur um Politik, sondern um unterschiedliche Themen, etwa Soziales oder Kultur. Wir arbeiten auch an einem Projekt, das junge Menschen mit Firmenchefs, Forschern oder Autoren aus Frankreich und Deutschland zusammenbringen will. Wir wollen also Begegnungen und Diskussionen möglich machen. Außerdem verfassen Studentinnen und Studenten im Zusammenhang mit der DenkFabrik Artikel und Analysen zu aktuellen Themen.

Ai: Ihrem Eindruck nach: Wie blicken Jugendliche heute auf die Beziehungen der beiden Länder? Ist Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Besonderheit und von Konflikten geprägte Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen bewusst – oder spielt das eher eine geringe Rolle?

Leclerc: Doch, die Geschichte ist noch präsent und spielt auch für unsere Generation noch eine Rolle.

In Frankreich behandeln wir das Thema etwa im Geschichtsunterricht. Aber natürlich spielt es heute eine andere Rolle als unmittelbar nach dem Krieg. Was die deutsch-französische Beziehung heute auszeichnet, geht über die Erinnerung, aber auch einfache Begriffe wie Freundschaft hinaus.

Stöter: Wenn ich nochmal darüber nachdenke, wo mein erstes Bild von Frankreich entstanden ist, so war das im Französischunterricht, und zwar in erster Linie in Anlehnung an das romantische Frankreich, an schöne Orte wie Paris. Das löste den Wunsch aus, nach Frankreich zu gehen. Ich habe ja schon gesagt, dass ich dort dann erstmals wirklich auf die blutigen Seiten der deutsch-französischen Geschichte aufmerksam wurde. So wurde mir vor allem durch Kontakte mit der älteren Generation bewusst, dass noch heute Wunden durch den Krieg existieren. Bei den Jüngeren steht jedoch das Bewusstsein von einer gemeinsamen europäischen Identität im Vordergrund, die Möglichkeit, in einem vereinten Europa zusammenzuarbeiten. Die große Nachfrage beispielsweise nach Austauschprogrammen zeigt, dass die Beziehung der beiden Länder heute auf einer ziemlich soliden Grundlage steht.

Ai: Nun waren Austauschprogramme und andere Kontakte zwischen jungen Menschen aus Deutschland und Frankreich aufgrund der Pandemie stark eingeschränkt. Und auch andere Selbstverständlichkeiten innerhalb Europas, etwa offene Grenzen, waren plötzlich gar nicht mehr so selbstverständlich. Wie blicken Sie auf den europäischen Umgang mit der Coronakrise? Und was bedeutet diese Zeit für junge Menschen?

Stöter: Wir haben gesehen, dass die Coronapandemie einerseits zunächst zu mehr Protektionismus

führte, andererseits aber auch zu mehr Solidarität. So wurden angesichts überfüllter Intensivstationen Patienten aus Frankreich nach Deutschland geflogen und dort behandelt. Insbesondere auf Initiative von Frankreich und Deutschland wurde ein umfassender europäischer Wiederaufbaufonds aufgelegt.

Und unterhalb der politischen Ebene sind durchaus auch positive Ideen und Entwicklungen aus der Krise hervorgegangen. Es gibt eine neue Bereitschaft, Beziehungen und Netzwerke aufzubauen, zum Beispiel über Zoom und soziale Netzwerke. Diese Möglichkeiten haben wir vorher in diesem Maße nicht genutzt. So haben wir als Thinktank beispielsweise Gespräche mit Städten und Politikerinnen und Politikern auf beiden Seiten des Rheins geführt – und diese quasi aus dem Wohnzimmer heraus organisiert.

***Ai:** Die Pandemie hat Ihnen also – bei allen Schattenseiten – in gewisser Weise auch neue Möglichkeiten eröffnet.*

Stöter: Genau. Wer weiß, wie lange es sonst gedauert hätte, bis wir als junger Thinktank mit

diesen Menschen in Kontakt gekommen wären? Aber klar ist natürlich: Zoom eröffnet neue Wege, ersetzt aber in keiner Weise das Zwischenmenschliche. Ich sehe in der eingeschränkten Mobilität eine stille Gefahr für die europäische Integration.

***Ai:** Was meinen Sie damit?*

Stöter: Viele Projekte, die junge Menschen von Europa begeistern, haben als Grundvoraussetzung

eine nahezu uneingeschränkte Mobilität, sei es der Schüleraustausch, das europäische Jugendparlament, ein Praktikum, das Auslandssemester oder einfach die Interrail-Reise. Das war für viele Menschen während der Pandemie unmöglich. Das wirklich Gemeine daran ist, dass die Möglichkeit, solche Erfahrungen zu sammeln und mit Europa zu verknüpfen, in vielen Fällen nicht so einfach wiederkommt, weil die Zeit ja voranschreitet. Noch schwerer wiegt, dass das Grundvertrauen in die Mobilität in gewisser Weise erschüttert wurde, das Vertrauen, dass ich ein Erasmus-Programm auch antreten kann, wenn ich das möchte. Dieses Bild der Grenzen und nicht eingelösten Versprechen darf sich nicht in den Köpfen der jungen Menschen festsetzen.

***Ai:** Deutschland und Frankreich werden manchmal als „Motor Europas“ bezeichnet. Läuft dieser Motor derzeit rund oder stockt er?*

Leclerc: Was Frankreich und Deutschland gemeinsam voranbringen, ist aus meiner Sicht ein

Beispiel für die Kraft des Kompromisses. Das hat sich auch bei der Bewältigung der Coronapandemie gezeigt, beim Wiederaufbaufonds. Man ist nicht immer einer Meinung, findet aber im Dialog Kompromisse. Genau das macht die Stärke der Beziehung aus. Der Begriff des „Motors Europas“ wird aber manchmal so aufgefasst, als bedeute er, dass Frankreich und Deutschland in Europa die Richtung vorgeben und andere Länder vergessen. Ich würde sagen, das deutsch-französische Paar ist eher Treibstoff als Motor. Wenn es funktioniert, funktioniert der europäische Motor.



Ai: Wo sehen Sie im deutsch-französischen Verhältnis die größten Schwachstellen und Spannungspotenziale? Oder anders gefragt: Was läuft nicht gut zwischen den beiden Partnern?

Leclerc: Es besteht die Gefahr, dass Frankreich und Deutschland bei wichtigen Entscheidungen

aneinander vorbeireden. Es wird gesagt, dass Präsident Macron in den ersten Jahren seiner Amtszeit viele Anrufe nach Berlin getätigt hat, die aber unbeantwortet blieben. Bei der Verabschiedung des Konjunkturprogramms waren sich die beiden jedoch einig und machten einen großen Schritt nach vorn. Wie in jeder Beziehung müssen sie sich vor Missverständnissen hüten, die sie trennen können. Meine persönliche Befürchtung ist, dass die nächsten Monate besonders viel Potenzial für solche Missverständnisse bergen.



Paris und Berlin näher zusammenbringen: Dies ist eines der Ziele, die sich Hugo Leclerc (rechts) und Jannis Stöter mit der Gründung des deutsch-französischen Thinktanks La DenkFabrik gesetzt haben.

Quelle: © Louisa Heuss, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ai: Inwiefern?

Leclerc: Ein Beispiel dafür ist die französische EU-Ratspräsidentschaft, die im Januar 2022 beginnt.

Seit einigen Tagen hört man die Ungeduld und die Erwartung einiger französischer Politiker, die hoffen, dass Deutschland mit einer neuen Regierung und damit mit echtem Handlungswillen an den Tisch kommt. Falls nicht, bestünde die Gefahr, dass Frankreich einen alleinigen Vorstoß wagt, ohne auf Deutschland zu warten. Dies gilt umso mehr, da die französische EU-Ratspräsidentschaft wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen für Macron von großer Bedeutung ist. Ein weiterer Spannungspunkt ist die Defizitregel. Es ist möglich, dass Deutschland zu einer strengeren Position in Bezug auf die europäische Regel für die Überschreitung von Defizitgrenzen zurückkehrt, die Frankreich nicht mehr wünscht. Dies wäre eine große wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheit, die auch zu Frustration führen würde.

Stöter: Wie Hugo bereits sagte: Deutschland verhielt sich gegenüber den Integrationsvorschlägen Frankreichs unter der Großen Koalition eher zurückhaltend. Eine klare Positionierung zur Weiterentwicklung der EU und ein Bekenntnis zur Kompromissfindung bei Streitthemen, insbesondere auch der Defizitregel, werden daher zu umso wichtigeren Themen für die neue Bundesregierung. Mit Blick auf die bevorstehende französische Ratspräsidentschaft wäre eine schnell handlungsfähige Regierung wünschenswert – nicht um Herrn Macron in seinem Wahlkampf zu unterstützen, sondern um ein Signal zu senden, dass der deutsch-französische Treibstoff für Europa funktioniert und die beiden Länder einen gemeinsamen Gestaltungswillen haben. Gleichzeitig stehen im April jedoch Wahlen in Frankreich an. Das könnte den Prozess erneut ausbremsen – oder der neuen deutschen Bundesregierung Gelegenheit geben, ihre Position zu schärfen und selbst Initiative zu zeigen.

***Ai:** Vor einigen Monaten entzündete sich eine Debatte zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der damaligen deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer über die Vorstellung einer „strategischen Autonomie Europas“. Während Kramp-Karrenbauer die zentrale Rolle der USA für die Sicherheit Europas betonte und eine strategische Autonomie Europas in diesem Kontext als „Illusion“ bezeichnete, forderte Macron mehr europäische Eigenständigkeit und nannte Kramp-Karrenbauers Einschätzung eine „Fehlinterpretation der Geschichte“. Wie haben Sie diese Debatte verfolgt?*

Leclerc: In Frankreich wurde die Diskussion durchaus kontrovers aufgenommen. Manche haben sie

als Zeichen gesehen, dass die beiden Länder sehr unterschiedliche Vorstellungen haben. Aus meiner Sicht war die Debatte zu persönlich, aber ich glaube, dass es eine Debatte ist, die wir führen müssen.

Stöter: Dieses Thema bewegt uns auch, weil es entscheidende Fragen für die Zukunft Europas aufwirft: Wie soll sich die Europäische Union im geopolitischen Konflikt zwischen den USA und China in Zukunft positionieren? Welche Rolle will sie in diesem Zusammenhang spielen? Diese Fragen müssen gestellt werden und gehen mit anderen Fragen einher, etwa jener nach einer europäischen Armee. Damit befassen wir uns auch in der DenkFabrik.

Ai: Und wo stehen Sie inhaltlich in der Debatte? Braucht Europa mehr Autonomie? Und was bedeutet das für die Beziehungen zu den USA und China?

Stöter: Aus meiner Sicht muss Europa strategisch autonomer werden. Es ist wichtig, in eine

Gestalterrolle zu kommen. Dabei geht es nicht darum, in Konkurrenz zu den USA zu treten. Wenn es zum Beispiel um Menschenrechte geht, ist Europa den Vereinigten Staaten natürlich wesentlich näher als China.

Leclerc: Es gibt Themen, da brauchen wir eigenständigere europäische Positionen. Da müssen Strategien entwickelt werden und es braucht mehr Souveränität und europäische Stärke.

Ai: Nun kam es kürzlich zu einer tiefen diplomatischen Krise zwischen Paris und Washington, nachdem ein zwischen Frankreich und Australien vereinbartes U-Boot-Geschäft platzte und die Australier stattdessen auf die Anschaffung einer nuklearbetriebenen U-Boot-Flotte in Kooperation mit den USA und Großbritannien setzten. Frankreich zog in diesem Zusammenhang sogar seine Botschafter aus den USA und Australien zurück. Auch im Zuge des Afghanistan-Abzugs gab es Kritik an den Vereinigten Staaten, denen eine mangelhafte Abstimmung mit Verbündeten vorgeworfen wurde. Sprechen auch diese Entwicklungen für mehr europäische Autonomie und eine neue Positionierung gegenüber den USA?

Stöter: Für mich stand im Rahmen der angesprochenen Debatte gar nicht das eigentliche Geschäft,

sondern vielmehr der vereinbarte trilaterale Sicherheitspakt zwischen den USA, Australien und Großbritannien im Vordergrund. Die davon ausgehende Symbolik wirkt wie eine Vereinigung der anglophonen Welt unter Ausgrenzung der EU, zumal sich die vereinbarte Partnerschaft auch noch auf weitere Zukunftsthemen in den Bereichen künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und Cyberabwehr erstreckt. Das sind Themen, zu denen auch Europa seine Hausaufgaben machen und seinen eigenen Beitrag leisten muss. Der Pakt verdeutlicht diese Aufgabe noch einmal. Allerdings wäre es eine vertane Chance und auch ein falsches Symbol, diese Entwicklungen nicht partnerschaftlich mit anderen demokratischen Ländern voranzutreiben. Die NATO sollte hierfür ausreichend Gelegenheit bieten.

Leclerc: Ich weiß, dass Deutschland die Seite an Frankreich nicht sehr mag, die dazu neigt, um wenig viel Lärm zu machen. Hier geht es aber, wie ich finde, um viel mehr als nur um einen verlorenen Auftrag. Es geht um unsere Positionierung in der Mitte der Allianzen sowie um die geopolitische Wahrnehmung Frankreichs und der EU. Ein Abschluss des Auftrages durch Frankreich wäre auch ein positives Aushängeschild für die EU gewesen. Daher ist es umso bedauerlicher, dass der Auftrag nun an die USA gegangen ist. Gleiches hätte natürlich auch für einen derart großen deutschen Rüstungsauftrag gegolten.

Ai: *Wie blicken Sie auf die Idee einer europäischen Armee?*

Leclerc: Eine europäische Armee könnte zu mehr Autonomie führen. Fraglich bleibt allerdings, was man

genau darunter versteht. Die Frage berührt ja auch Aspekte der nationalstaatlichen Souveränität. In Frankreich haben wir eine starke Bindung an unsere Armee.

Stöter: Die Frage nach einer europäischen Armee ist untrennbar mit der Frage nach Kompetenzen und Aufgaben verbunden. Geboten erscheint mir die Debatte insbesondere im Kontext der Verteidigung europäischer Infrastruktur, wie z.B. des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo, und zukünftig auch noch entscheidender im Bereich der Cyberabwehr. Darüber hinaus, gerade auch in Bezug auf Ihre vorherige Frage zum Afghanistan-Abzug, sollte insbesondere die Koordination nationaler Kräfte bei der Planung gemeinsamer Einsätze forciert werden. Dafür braucht es aber keine europäische Armee als solche.



Ai: Die Diskussion über eine europäische Armee ist eine über weitere Integrationsschritte. Nun gibt es aber sowohl in Deutschland als auch in Frankreich politische Persönlichkeiten, Bewegungen und Parteien, die nicht nur weitere Integrationschritte verhindern wollen, sondern das ganze Konstrukt der europäischen Integration infrage stellen. Wie verfangen solche Positionen in Ihrer Generation?

Stöter: Die europäischen Grundfreiheiten sind für viele junge

Menschen aus unserem Umfeld selbstverständlich. Wir sind so aufgewachsen, wir haben nichts anderes kennengelernt und das ist für uns toll. Aber diese Wahrnehmung kann auch trügen. Diese Freiheiten sind zumeist für die Menschen selbstverständlich, die die Chance hatten, früh in ihren Genuss zu kommen. Andere, die die Gelegenheit so nicht hatten, mögen daher in der EU vielleicht eher eine intransparente Institution sehen, die ihnen keine Vorteile bringt. Das ist gefährlich, da dies zu einer Gleichgültigkeit gegenüber Europa führen kann.

Leclerc: Man sollte nicht vergessen, dass auch junge Menschen selbst stellenweise Teil der populistischen Dynamik sind. Es gibt diese Idee des Rückzugs ins Nationale. Wir müssen zeigen, dass dies weder wünschenswert noch realistisch ist. Das wollen wir auch mit der DenkFabrik. Dabei ist es wichtig, dass man auf eine substanzvolle Art für Europa wirbt, nicht bloß nach dem Motto: „Europa ist gut, deshalb muss man es weiterentwickeln“. Für uns ist es wichtig, dass junge Menschen konkrete Erfahrungen machen und auch eigene Überlegungen in Diskussionen einbringen können.

Stöter: Uns geht es darum, Menschen zusammenzubringen, aber auch darum, Geschichten von Menschen zu erzählen, die im deutsch-französischen beziehungsweise europäischen Kontext aktiv sind. Wir wollen zum Beispiel darüber informieren, was es bedeutet, einen deutsch-französischen Studiengang zu studieren, welche Chancen und Herausforderungen es da gibt. Es ist wichtig, Menschen Erfahrungen zu ermöglichen, die vielleicht weniger Berührungspunkte mit Europa hatten und da etwas skeptisch sind.

Ai: Was sind die häufigsten Kritikpunkte, die sie von jungen Menschen an der Europäischen Union hören? Und wo sehen Sie ganz konkret die Schwächen der EU?

Leclerc: Das ist ein Thema, dessen wir uns gerne in einem neuen Projekt annehmen würden. Ganz

konkret kann ich aber sagen, dass Europa nicht nur ein Gefühl oder eine Idee bleiben darf. Es ist nicht schwer, für Europa zu sein. Aber was bedeutet das konkret? Es gibt zu wenige Antworten auf diese Frage. Es ist einfach zu sagen, dass man proeuropäisch ist, ohne eine konkrete Idee oder Ambition dahinter zu haben. Vielleicht verhindert die Tatsache, dass wir einen Berg an Dingen sehen, die noch getan werden müssen, dass wir etwas Konkretes sehen. Dennoch glaube ich, dass wir Schritt für Schritt und mit

Dürfen sie drinnen zu wenig mitspielen? Jugendliche vor dem Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel. Laut Hugo Leclerc stehen junge Menschen nach wie vor zu oft am Rand von europäischen Entscheidungsprozessen. [Quelle: © Yves Herman, Reuters.](#)



echtem Ehrgeiz ein anderes Europa gestalten können, das mehr Unterstützung finden wird, weil es konkret, effizient und nah an allen ist.

Stöter: Die Frage, die sich für mich ebenso wie für Hugo stellt, wenn ich über die EU nachdenke, ist die nach einer konkreten gemeinsamen Vision. Der politische Prozess sendet hierzu oft verschiedene Signale und wirkt manchmal wie eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Ich denke, dass die EU eine Klärung ihres Selbstverständnisses braucht, um sich weiterentwickeln und auch um für junge Menschen greifbarer werden zu können. Gleichzeitig müssen auch junge Menschen stärker in den europäischen Prozess miteinbezogen werden. Es geht schließlich um ihre europäische Zukunft, die sie auch mitgestalten können müssen.

***Ai:** Was ist denn aus Ihrer Sicht auf der politischen Ebene nötig, um junge Menschen stärker von Europa zu überzeugen?*

Stöter: Ich glaube nicht, dass wir die allermeisten jungen Menschen von Europa und seiner Schönheit

erst noch überzeugen müssen. Das ist zumindest meine Wahrnehmung. Wenn es darum geht, was man konkret tun muss, dann sind meiner Meinung nach vor allem zwei Themen bedeutsam. Zum einen ist da das Thema Nachhaltigkeit, das ja mit dem European Green Deal auch angegangen wird und bei dem es um die Frage geht, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Dabei ist es zentral – und das ist das zweite große Thema –, dass junge Menschen beteiligt werden. Es ist wichtig, in Europa Formen der Mitgestaltung zu ermöglichen. Wenn ich etwas mitgestalten kann, dann habe ich dazu auch eine persönlichere Bindung.

Leclerc: Junge Menschen stehen oft noch zu sehr am Rand des Entscheidungsprozesses. Es gibt viele Initiativen, die sind aber zu oft von oben nach unten organisiert. Mitgestaltung ist auch für mich eine zentrale Frage. Und darum geht es auch bei uns in der DenkFabrik.

Stöter: Um gemeinsam zu gestalten, wenn ich das hinzufügen darf, braucht es Mobilität. Wenn man einfach in ein anderes Land gehen und dort Menschen treffen kann, kommt man auch auf neue Ideen. Es ist auch wichtig, Strukturen zu vereinfachen. Einen Verein zu gründen, das haben wir mit der DenkFabrik selbst erlebt, ist ganz schön Arbeit. Und es gibt nicht die Möglichkeit, das auf europäischer Ebene zu tun, wir mussten uns also zwischen Deutschland und Frankreich entscheiden. Aus praktischen Gründen ist es dann Deutschland geworden.

Leclerc: Also ich bin jetzt ein französischer Vorsitzender eines deutschen Vereins. Das ist cool (lacht).

***Ai:** Zum Abschluss unseres Gesprächs noch eine letzte Frage: Was verbinden Sie – in wenigen Worten – mit Konrad Adenauer?*

Leclerc: Oberbürgermeister von Köln.

Stöter: Und natürlich, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg erste Schritte gegangen ist und die Beziehungen zum Westen und vor allem Frankreich wiederaufgebaut hat. Das verbinde ich mit ihm. Und das ist ein großes Vermächtnis.

Die Fragen stellten Sören Soika und Fabian Wagener.

Hugo Leclerc (21) wurde in Paris geboren und ist dort groß geworden. Für sein Studium des deutsch-französischen Rechts an der Universität zu Köln und der Sorbonne in Paris ist er zum ersten Mal nach Deutschland gezogen. Während seiner drei Jahre in Köln hat er La DenkFabrik ins Leben gerufen. Heute leitet er als Präsident ihre weitere Entwicklung.

Jannis Stöter (24) begann sein Jurastudium in Köln und wechselte später an die Humboldt-Universität nach Berlin. Im Dezember 2021 schloss er zudem ein Informatikstudium an der Duke University in den USA ab. Aufgewachsen ist er in der Nähe von Schwerin. Als Vorstands- und Gründungsmitglied der DenkFabrik ist er für deren strategische Entwicklung in Deutschland verantwortlich.



Zwischenruf

[Weitere Themen](#)

Tun, was man für richtig hält

Die neue Bundesregierung muss die Lücke zwischen
Anspruch und Wirklichkeit in ihrem Außenhandeln schließen

Frank Priess

Nach dem Ende einer Ära – so jedenfalls werden die 16 Jahre der Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade international momentan in vielen Würdigungen gesehen – lohnt sich eine nüchterne Bestandsaufnahme. Stehen Deutschland und Europa heute besser da als 2005? Ist ihr Einfluss größer, ist ihr Gestaltungsspielraum gewachsen? Ist ihr Modell in einer veränderten Welt widerstandsfähig oder „resilient“, wie es auf Neudeutsch heißt? Wie steht es um die beiden traditionellen Pfeiler deutscher Außenpolitik: die Europäische Union und das transatlantische Verhältnis? Wie um das Gewicht „des Westens“ in der Welt? Antworten auf diese Fragen weisen den Weg zu den Herausforderungen für die neue Bundesregierung und speziell für ihr Außenhandeln.

Ein kritisches Zwischenfazit sucht dabei nicht nach Alleinverantwortung für die Art der Bewältigung des Krisenreigns, der die Ära prägte: die von den USA ausgehende Banken- und Finanzkrise, die Staatsschulden- und Eurokrise, die Flüchtlingskrise, COVID-19. Es lässt sich dabei durchaus von guten 16 Jahren für Deutschland sprechen und gleichzeitig die Frage stellen, ob das Land für künftige Herausforderungen hinreichend gerüstet wurde. Am Beginn stand – allerdings auch damals hierzulande zu Recht schon kritisch beobachtet – der amerikanische Versuch des „nation building abroad“ der Regierung von George W. Bush. Am Ausgang stehen eine neue Großmachtrivalität mit dem neuen Giganten China, verunsicherten Vereinigten Staaten nach vier Jahren Donald Trump und dem mühsamen Versuch, Vertrauen zurückzugewinnen sowie eine Europäische Union unter Stress, die selbst in der eigenen Nachbarschaft Prägewirkung vermissen lässt und im weltweiten Konzert einen Bedeutungsverlust erleidet.

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik dürfte in den kommenden Jahren eine Hauptaufgabe zunächst darin bestehen, die enorme Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen; noch besser, Gleiches auf der Ebene der Europäischen Union zu unterstützen. Eine moralische Weltmacht ohne machtpolitischen

Willen und Fähigkeiten ist sonst in der Gefahr, weltweit zur Lachnummer zu werden, auf die man wenig Rücksicht nehmen muss. Und unser Problem sind dabei nicht fehlende Analysen oder kluge Strategiepapiere.

Die deutsche Außenpolitik – und die der EU – sind sehr erfolgreich darin, große Ansprüche zu formulieren. Weltpolitikfähig will man sein, mehr Verantwortung übernehmen – schon vor vielen Jahren formulierten dies Außenminister und Bundespräsidenten. Und die Realität? Hilflos mussten Deutschland und die EU zusehen, wie überall ohne sie Tatsachen geschaffen wurden. Völkerrechtswidrig eignete sich Russland die Krim an, destabilisierte die Ukraine und erweiterte den eigenen Einfluss durch *frozen conflicts*. In der unmittelbaren Nachbarschaft versank Syrien im Kriegschaos, wurde Libyen zum *failed state*, in beiden Ländern schufen Mächte wie die Türkei und Russland militärisch Fakten, die Europäische Union versuchte irgendwie, mit den Flüchtlingswellen klarzukommen und sich einzureden, die eigene Zeit komme noch, wenn man für den Wiederaufbau gebraucht werde. Selbst auf Aktionen diktatorisch regierter mittelgroßer Staaten in der eigenen Nachbarschaft wie Belarus findet man keine Antwort, wenn der Herrscher sich entschließt, Flüchtlinge aus dem Irak an die Grenze zu Litauen und Polen zu



Russlands Präsident Wladimir Putin als Wandbild auf der annektierten Halbinsel Krim: In den vergangenen Jahren mussten Deutschland und Europa häufig hilflos zusehen, wenn in ihrer Nachbarschaft politisch und militärisch Fakten geschaffen wurden. [Quelle: © Pavel Rebrov, Reuters.](#)

transportieren. China und die USA befinden sich mitten in einer neuen Großmachtauseinandersetzung, die Europäer müssen aufpassen, nicht zwischen alle Stühle zu geraten und Opfer extritorialer Sanktionen beider Seiten zu werden, statt eine eigenständige Rolle spielen zu können. Dem Wunsch nach mehr „strategischer Souveränität“ folgen trotzdem kaum Taten: Sicherheitspolitisch bleibt die totale Abhängigkeit von den

Vereinigten Staaten – deren Interessen mit denen der Europäer keineswegs immer deckungsgleich sind –, technologisch gerät man ins Hintertreffen. Das unrühmliche Ende eines 20-jährigen Engagements in Afghanistan hat das Ausmaß der Probleme noch einmal wie unter einem Brennglas deutlich gemacht und das Narrativ befeuert, „der Westen“ danke ab, aller Rhetorik zum Trotz.



Das Publikum daheim bleibt zurückhaltend

Die CDU hatte Außen- und Sicherheitspolitik – ein Novum – ausführlich an den Beginn ihres Wahlprogramms gestellt, im Wahlkampf selbst allerdings spielten die dort angesprochenen Fragen samt und sonders keine Rolle. Auch das ein Teil des Problems. Seit Jahren weisen einschlägige Umfragen nach, dass die Bürgerinnen und Bürger internationales deutsches Engagement wünschen, je konkreter und je robuster das allerdings jenseits humanitärer Hilfe eingefordert wird, umso geringer wird die Bereitschaft. Ein Afghanistan-Einsatz war letztlich nicht als militärischer begründbar, es brauchte das entwicklungspolitische Narrativ vom Schulunterricht für Mädchen. Bedrohungsgefühle? Durch Russland oder China? Weitgehend Fehlanzeige. Da ist es natürlich schwierig, eine angemessene Erhöhung des Verteidigungsetats durchzusetzen und auf die Erfüllung deutscher Zusagen innerhalb der NATO zu drängen. Gemeinsame Rüstungsprojekte in Europa, um eigene technologische Fähigkeiten zu erhalten oder erst wieder zu entwickeln? Gern, aber bitte nicht für den Export, was Deutschland als Partner für andere unattraktiv macht. Eine europäische Armee? Vielleicht, aber wohl doch eher als schöne Vision, die von der tristen Realität dessen ablenkt, was unsere Streitkräfte und längst existierende gemeinsame „battle groups“ nicht können und vor allem auch gar nicht sollen. Andere schaffen mit überschaubarem Aufwand und Risiko Fakten, während bei uns die Frage nach der Bewaffnung von Drohnen eine Regierungskoalition an den Rand ihrer Bestandsfähigkeit bringt. Und das dürfte in neuen Koalitionsformationen kaum einfacher werden.

Bleibt die wirtschaftliche Macht, mit der wir punkten könnten. Sie allerdings steht auf zunehmend wackeligen Beinen, die Wettbewerbsfähigkeit nimmt nicht gerade zu, demografische Probleme drücken, Kosten explodieren auch als Folge ideologisch motivierter Klimaentscheidungen. Zudem verbaut man sich mit der Ablehnung von Freihandel – noch nicht einmal das Abkommen mit Kanada ist ratifiziert, eines mit dem MERCOSUR wackelt, an eines mit den USA ist

aktuell kaum zu denken – die Stabilisierung wichtiger Märkte und den Einfluss auf Gestaltung von Normen und Standards. Gleichzeitig verstehen es andere deutlich besser, wirtschaftlichen Einfluss in politischen zu übersetzen, man blicke nur auf Chinas Engagement in Afrika und Lateinamerika, eigentlich Kontinente mit europäischen Startvorteilen. Wenn allerdings unser Wirtschaftsmodell nicht mehr so eindrucksvoll strahlt, wird es auch immer schwieriger, mit unseren Werten durchzudringen. In den Vereinten Nationen und den Entscheidungen seines Menschenrechtsrates ist gut zu besichtigen, dass eher autoritäre Modelle Konjunktur haben.

Will man im globalen Konzert eine Rolle spielen, geht das für keinen Nationalstaat Europas allein.

Will man die genannten Defizite in Angriff nehmen, beginnt man nicht am Punkt Null, viele Strategien und Prioritäten sind formuliert, klingen für manche sogar schon fast banal. Stichwort erneut: Umsetzungsdefizit!

Grundlage bleibt die Europäische Union

Natürlich braucht es, und hier muss der Schwerpunkt jeder Bundesregierung liegen, eine starke und handlungsfähige Europäische Union. Will man in Zukunft im globalen Konzert eine Rolle spielen und Gehör finden, geht das für keinen Nationalstaat Europas allein. Es gilt, Risse zu kitten, Brüche nicht tiefer werden zu lassen, die Agenden von Mittelost-, West- und Südeuropäern wieder anzunähern. Das bedeutet ein robustes deutsches Engagement für die Sicherheitsinteressen der baltischen Staaten und Polens und die Übernahme von Lasten, die die USA im Rahmen der NATO nur noch begrenzt tragen wollen, auch wenn ihr atomarer Schutzschirm unersetzlich bleibt. Im Süden und Südosten heißt es nicht zuletzt, Antworten auf den Migrationsdruck zu finden, dem gerade diese Staaten auf dem Land- und Seeweg ausgesetzt sind – dieses Thema

hat nichts von seiner Bedeutung verloren, auch wenn es zeitweise etwas aus den Schlagzeilen verschwunden ist.

Für Deutschland heißt das traditionell auch, eine Vermittlerrolle aktiv einzunehmen, statt auf einer Seite wahrgenommen zu werden. Gleichwohl wird es ohne strukturelle Reformen nicht gehen: Das Einstimmigkeitsprinzip macht einzelne Länder mit all ihren Spezialinteressen zu Vetospielern, was auf Kosten der Handlungsfähigkeit geht, externen Akteuren massive Einflusschancen bietet und alle anderen erpressbar macht. Die Alternative sind „Koalitionen der Willigen“, die mutig vorangehen. Es braucht auf allen Gebieten attraktive Gemeinschaftsprojekte, von denen sich keiner ausgeschlossen sehen will. Das Feld von Schlüsseltechnologien und Datenwelten ist da zentral, zumal Europa hier die größte Gefahr droht, Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren und international abgehängt zu werden.

Blick in die Nachbarschaft

Das unmittelbarste Interesse haben Deutschland und Europa, das muss der zweite Schwerpunkt sein, an einer stabilen Nachbarschaft im Osten und im Süden. Das Interesse an den Staaten des westlichen Balkans und an der Ukraine könnte sich engagierter manifestieren, auch der lieblose Umgang mit Georgien und dem Gebiet des südlichen Kaukasus verdiente ein Upgrade – angesichts der bekannten Interessenunterschiede innerhalb der EU kein einfaches Unterfangen, allerdings eines, bei dem Deutschland eine Führungsrolle spielen muss.

Die Angebote gerade der wirtschaftlichen Integration an die Staaten südlich des Mittelmeeres bleiben weit hinter dem zurück, was nötig wäre, was erwartet wird und was auch in unserem Interesse liegt. Hierzu gehören besonders Perspektiven für die junge Generation, was Qualifizierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht, will man nicht eine weitere Destabilisierung und Radikalisierung riskieren, deren Folgen Europa unmittelbar spüren würde. Gleiches gilt in noch stärkerem Maße für das Pulverfass des Nahen Ostens mit seiner bedrohlichen Konkurrenz von

Regionalmächten, mit Instabilität selbst in früheren „Musterländern“ wie dem Libanon, mit einer Proliferationsgefahr im Nuklearbereich und nicht zuletzt dem unbewältigten Problem des islamistisch motivierten Terrorismus, der längst zu einem weltweiten Phänomen geworden ist. Und mittendrin Israel, dessen Existenzrecht, so Angela Merkel, zur „Staatsräson“ der Bundesrepublik Deutschland zählt. Ein Schlüsselland bleibt zudem die Türkei. Deutschland hat hier auch durch die türkischstämmige Minderheit im eigenen Land die besten Voraussetzungen – und das größte Interesse –, zu einer engen Bindung an Europa und die EU beizutragen und auch in schwierigen Lagen immer wieder Brücken zu bauen.

Europa muss sich für Amerika relevant machen, will man weiter von den unverzichtbaren Sicherheitsgarantien profitieren.

Schwieriger ist das derzeit mit Russland. Von der berühmten konzilianten Rede von Präsident Wladimir Putin 2001 im Deutschen Bundestag bis heute hat sich das Verhältnis kontinuierlich verschlechtert, wenige Ansatzpunkte gibt es derzeit für eine wirkliche Verbesserung. Ein großer Bedarf besteht an glaubwürdiger Rüstungskontrolle, gleichzeitig aber spielt hier Europa kaum eine Rolle. Der Verhandlungspartner Russlands, das ohnehin einem traditionellen Großmachts- und Souveränitätsbegriff anhängt und die Europäische Union deshalb aktuell kaum als ebenbürtig wahrzunehmen vermag, sind dabei die USA. Der neuen Bundesregierung muss – innerhalb des EU-Geleitzuges, da sich von Russland immer wieder in den Raum gestellte „Sonderbeziehungen“ verbieten – gleichwohl ein Spagat gelingen: die eigenen Werte nicht zur Disposition zu stellen und Verbündeter einer demokratischen russischen Zivilgesellschaft zu sein, gleichzeitig aber pragmatisch an einem Ausgleich mit diesem wichtigen Nachbarn zu





Zunehmend ungeduldig: Die USA dürften den Wert der transatlantischen Partnerschaft künftig vor allem danach bemessen, welchen Beitrag die Europäer im Systemwettbewerb mit China leisten. [Quelle: © Kevin Lamarque, Reuters.](#)

arbeiten, wo gemeinsame Interessen dies gebieten. Gerade eine gemeinsame Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen verspricht hier interessante Debatten.

Transatlantische Partnerschaft wird es nicht zum Nulltarif geben

Die Basis gerade dafür, aber auch für die Wahrnehmung weltweiter Interessen Deutschlands und Europas, bleibt – hier der dritte Schwerpunkt – die enge transatlantische Beziehung zu

den Vereinigten Staaten. Die Trump-Jahre haben hier Vertrauen zerstört, das nicht leicht wiederaufzubauen ist, zumal, wenn auch die neue Regierung dem America first ein „buy American“ und unabgestimmten Unilateralismus bei Entscheidungen wie in Afghanistan folgen lässt. Auch die angloamerikanische AUKUS-Achse mit Australien und Großbritannien war sicher nicht vertrauensbildend. Gleichwohl zeigt sich daran deutlich, dass sich Europa selbst für die Vereinigten Staaten relevant machen muss, will man weiter von den unverzichtbaren und von Europa

realistisch nicht zu ersetzenden Sicherheitsgarantien profitieren.

Wirtschaftlich ist das eindeutig – ein gemeinsames Freihandelsabkommen wäre eine wichtige Priorität, auch der jetzt etablierte EU-US Trade and Technology Council zu technologischer Abstimmung geht in die richtige Richtung, abgestimmte Aktionen zur Reform der Welthandelsorganisation müssten folgen, auch wenn sich der Blick der USA auch hier in den indopazifischen Raum verschiebt. Das geht aber vor allem durch die Übernahme von mehr Verantwortung und Lasten in der unmittelbaren Nachbarschaft – Ostflanke der NATO, Nordafrika, Nahost, NATO-Beitrag insgesamt – und das dürfte für Europa und Deutschland bei allen Problemen schon der leichtere Teil sein. Andererseits nämlich scheinen die USA ihr Verhältnis zu Europa immer mehr als Funktion ihres Verhältnisses gegenüber China zu betrachten und erwarten, dass Europa hier ohne Wenn und Aber Partei ergreift. Gerade für Deutschland ist das angesichts seiner erheblichen wirtschaftlichen Abhängigkeit von China ein Problem. Und dabei ist noch völlig offen, ob China bereit ist, die saubere Schubladisierung der Europäischen Union mitzumachen, die es gleichzeitig als Partner, Wettbewerber und systemischen Rivalen sehen möchte und bei Bedarf in unterschiedliche Teile des Instrumentenkastens greift. Auch im eigenen Land tun sich zudem viele schwer damit, sich auf die Begrifflichkeiten vom neuen „Systemkonflikt“ einzulassen, von Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika einmal ganz abgesehen. Es braucht nicht viel Fantasie, auf diesem Feld eine weitere Großbaustelle für die neue Bundesregierung zu identifizieren.

Eine engagierte internationale Menschenrechtspolitik bleibt Auftrag jeder Regierung, die die eigenen Werte ernst nimmt.

Ein Faktum ist allerdings, dass Demokratien wie Deutschland international herausgefordert

werden und gerade Akteure wie Russland und China robust versuchen, selbst im Inneren unseres Landes und der EU Einfluss zu nehmen. Es braucht Strategien, um Cyberangriffe und Desinformationskampagnen abzuwehren, die die Substanz von Demokratien und das Vertrauen, auf dem ihr Funktionieren beruht, angreifen und nachhaltig beschädigen. Gleichzeitig bleiben Demokratieförderung und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure weltweit Auftrag jeder Regierung, die die eigenen Werte ernst nimmt. Die Fortsetzung einer engagierten internationalen Menschenrechtspolitik kann von jeder neuen Regierung erwartet werden.

Weltweit den Schulterschluss mit Gleichgesinnten suchen

In jedem Fall – hier lässt sich an Bestehendes anknüpfen – ist die „Allianz der Multilateralisten“ eine gute Idee, die nach Partnern Ausschau hält, die ähnlich wie Deutschland eine wertegeleitete und regelbasierte internationale Ordnung favorisieren und alles andere wünschen als ein neues Konzert der Großmächte, in dem tatsächlich nur diese etwas zu sagen haben. Der wohlklingende Begriff allein allerdings macht noch nicht den Unterschied, ebenso wenig wie die zahlreichen „strategischen Partnerschaften“ Deutschlands, bei denen man sich fragt, was daran eigentlich das Strategische ist. In jedem Fall ist der Begriff vermutlich hilfreicher, als den des „Westens“ zu retten und zu erklären, warum eigentlich auch Länder wie Japan und Indien irgendwie „Westen“ sind. Beide aber gehören eindeutig in den Kreis der Länder, mit denen auch in internationalen Organisationen ein enger Schulterschluss gesucht werden sollte, für Australien, Neuseeland und Kanada gilt das ohnehin, ebenso für Großbritannien, das trotz Brexit so eng wie irgend möglich mit Deutschland und der Europäischen Union verbunden bleiben muss. In all diesen Fällen und darüber hinaus ist dann auch der Einsatz der berühmten *soft power* Europas besonders geboten: mit einem engagierten Ausbau von Begegnungsangeboten, vom Jugendaustausch bis zum Deutschen Akademischen Austauschdienst, von den Plattformen der Goethe-Institute bis zu den medial gestützten

der Deutschen Welle – hier ist ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland noch viel zu schüchtern. Auch in Lateinamerika finden sich viele Länder, die Europa historisch und kulturell eng verbunden sind, hier allerdings zu wenig Aufmerksamkeit erfahren und selbst wenig tun, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Gerade die großen *player* wie Mexiko und Brasilien, eigentlich natürliche Partner, boxen deutlich unterhalb ihrer Gewichtsklasse, Länder wie Kolumbien und Chile bieten mit ihren Ambitionen in der OECD hoffnungsvolle Anknüpfungspunkte und irgendwie möchte man, trotz aller erfahrungsgesättigten Enttäuschung, auch den MERCOSUR noch nicht abschreiben.

Europäische Union, unmittelbare europäische Nachbarschaft, Transatlantik und NATO, Multilateralismus – bei aller Priorisierung fallen Leerstellen ins Auge, bliebe es dabei. An erster Stelle denkt man an den Nachbarkontinent Afrika, dessen Wichtigkeit für Deutschland und Europa außer Zweifel steht und das nicht nur unter dem Gesichtspunkt Migration und Fluchtursachenbekämpfung. Diese Aspekte finden sich auch in Zentral- und Südasiens, wie aktuelle Migrationsstatistiken belegen. Afrika mit seiner jungen Bevölkerung und seinem gewaltigen demografischen Wachstum, boomenden Megacities, seinem Rohstoffreichtum, mit seinen vielen demokratischen Hoffnungsschimmern, mit seinem Gewicht von mehr als 50 Stimmen in internationalen Organisationen, aber auch mit seinen zahlreichen Konflikten ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Gleichwohl bleibt das Engagement jenseits des entwicklungspolitischen Schwerpunkts überschaubar, traditionelle Platzhirsche wie England und Frankreich nutzen ihre Startvorteile, auch wenn koloniale Belastung nachwirkt. Hier immerhin hat Deutschland mit seiner Aufarbeitung ein Zeichen gesetzt, auf das sich aufbauen lässt.

Bleiben strukturelle Fragen, die mit schöner Regelmäßigkeit alle vier Jahre auftauchen und letztlich doch selten zu größeren Reformen des Regierungsgebäudes führen – so auch diesmal nicht. Braucht es, so fragten auch jetzt wieder wichtige Stimmen, ein unabhängiges

Entwicklungsministerium? Wäre eine Verbindung mit dem Außenministerium die bessere Lösung oder eine, die speziell die Außenwirtschaft stärker adressiert? Wäre gar eine neue Konstruktion naheliegend, die etwa BMZ und Umwelt zu einem Ministerium für globale Fragen verbände, vielleicht sogar in Verbindung mit Agrarfragen? Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, interessegeleiteten Kommentaren auch nicht. Vermutlich aber hätte jede dieser Lösungen das Problem des Ressortdenkens nicht behoben, zumal auch eine ganze Reihe anderer Ministerien international unterwegs sind, von der europäischen Ebene ganz zu schweigen. Ob ein Bundessicherheitsrat Abhilfe schaffen könnte und ob er überhaupt eine Realisierungschance hat, ist offen. Der Wunsch nach „Außenhandeln aus einem Guss“ dürfte ein frommer bleiben, soviel scheint jetzt schon sicher.

Frank Priess ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ISSN 0177-7521
37. Jahrgang
Ausgabe 4|2021



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
www.auslandsinformationen.de
[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)
www.twitter.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Canan Atilgan
Thomas Birringer
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Dr. Peter Hefe
Frank Priess
Sabina Wölkner
Nils Wörmer
Dr. Jan Woischnik

Redaktionelle Betreuung:
Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:
Valentin Carl, Christoph Kleiber, Tim Knauth,
Kristin Langguth, Leonie Lieske und Lyn Westphal

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-,
Landtags- und Kommunalwahlen sowie für
Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement
günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein
Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informati-
onen und Bestellungen wenden Sie sich bitte
an: auslandsinformationen@kas.de

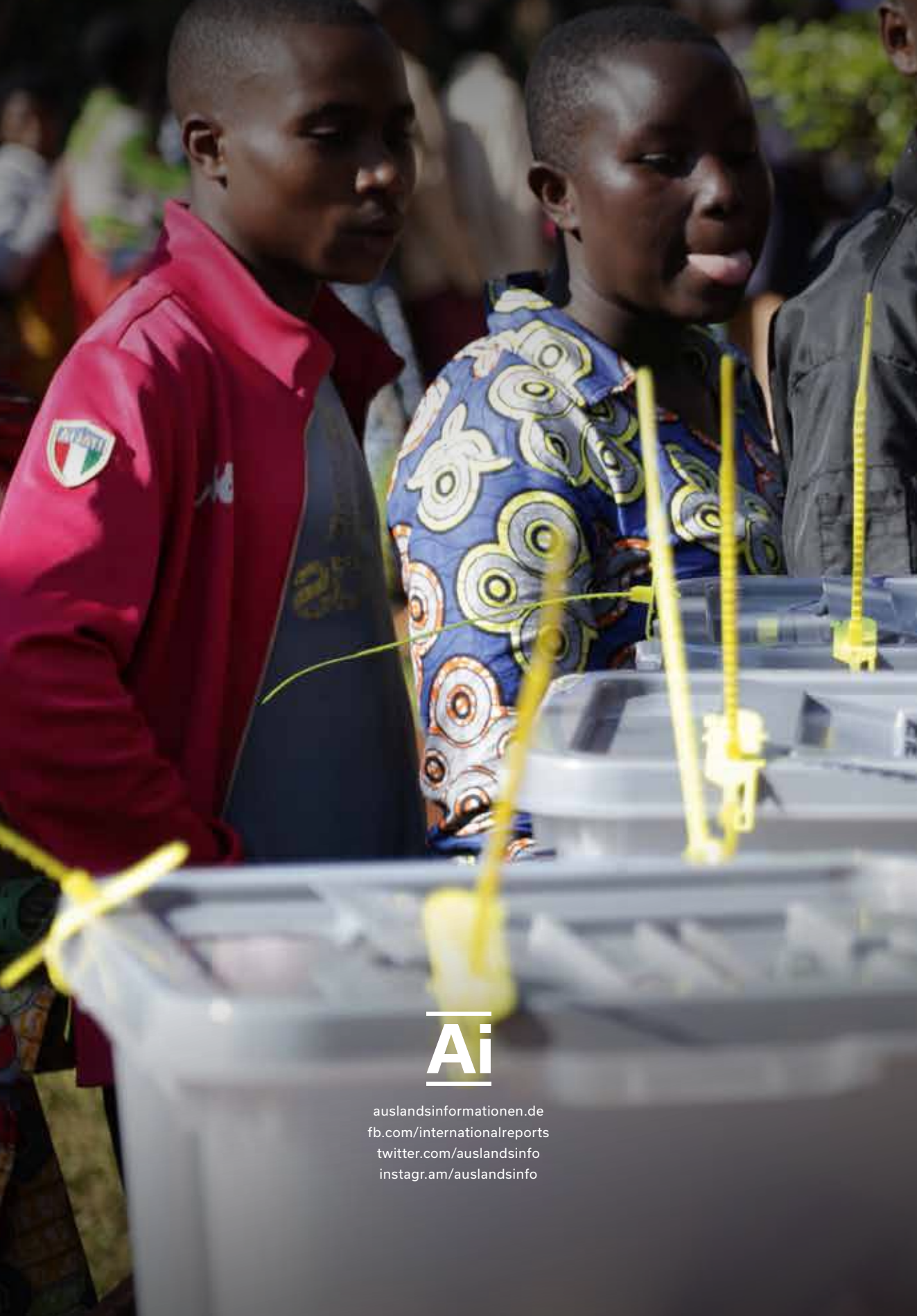
Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Eine ältere Wählerin gibt während der Präsident-
schafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen
2020 in einem Wahllokal in Ngozi (Burundi) unter
den Augen junger Menschen ihre Stimme ab.
© Clovis Guy Siboniyo, Reuters.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Dr. Benedikt Helfer
Oliver Seifert

Gestaltung / Satz:
racken GmbH, Berlin



auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
twitter.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo